



SCHLESWIG-HOLSTEINISCHER LANDTAG
16. Wahlperiode

Drucksache **16/882**
21.06.2006

B e r i c h t

der Investitionsbank 2005

Geschäftsbericht 2005

Geschäftsbericht 2005

Standardsförderung

Öffentliche Bundesförderung

INTERREG

EU-Förderung

Mittelstandsförderung

Förderprogramme

Wirtschaft

ren

Kommunen

Euro Info Centre

Förderprogramme

Öffentliche Bundesförderung

Euro Info Centre

Mittelstandsförderung

Wirtschaft

Immobilien

ung

Beratungszentren



INTERREG

Investitionsbank Schleswig-Holstein im Überblick

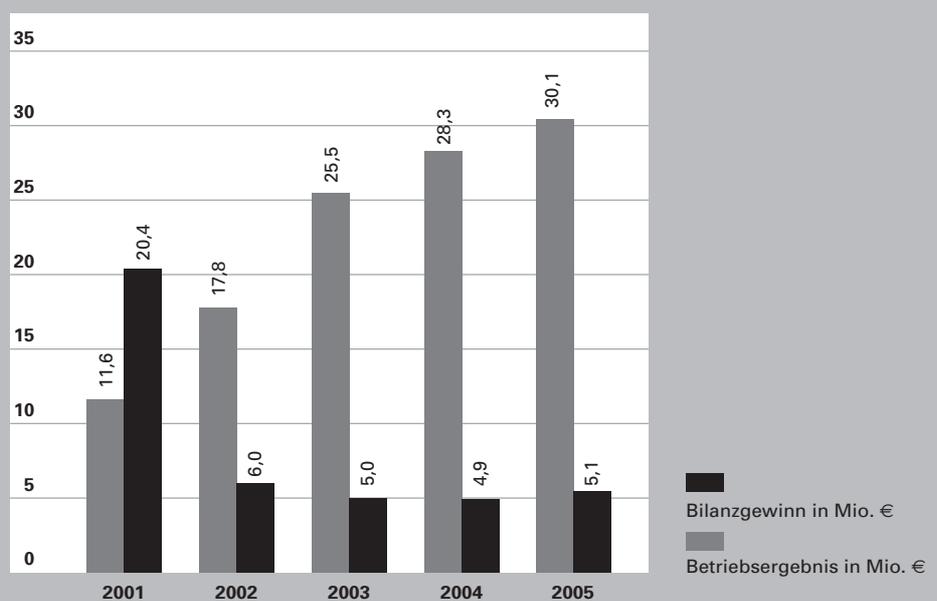
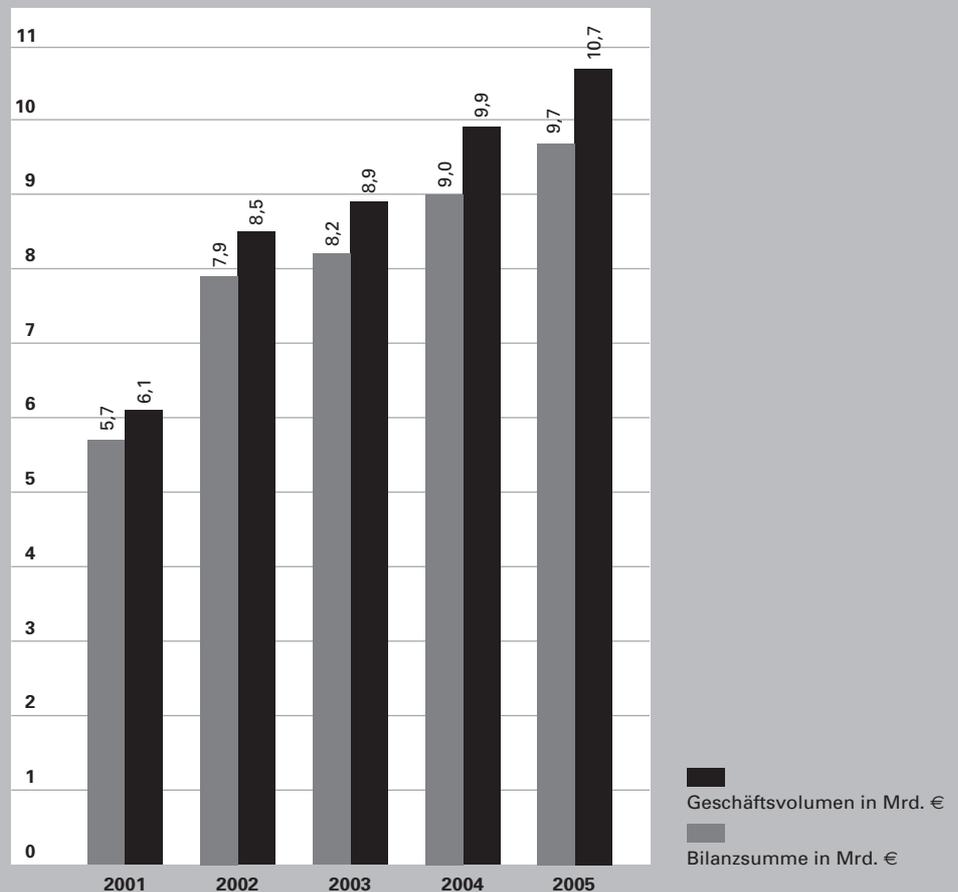
Rechtsform

Die Investitionsbank Schleswig-Holstein ist eine rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts und besitzt eine Bankerlaubnis der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin). Träger der Investitionsbank Schleswig-Holstein ist das Land Schleswig-Holstein.

Aufgaben

Wir unterstützen öffentliche und private Investitionsvorhaben in Schleswig-Holstein. Wir fördern Privatpersonen, Kommunen und Unternehmen mit zinsgünstigen Darlehen, fachkundiger Beratung und weiteren Dienstleistungen. Unsere Aktivitäten gliedern wir in die Bereiche Wirtschaft, Immobilien und Kommunen.

Die Investitionsbank Schleswig-Holstein ist das zentrale Förderinstitut des Landes Schleswig-Holstein.



Inhalt

4	Vorwort des Vorstands
6	Unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter
10	Bericht der Gewährträger- versammlung
11	Bericht des Verwaltungsrates
12	Lagebericht
32	Kulturengagement
33	Highlights 2005
36	Unser Leistungsspektrum
38	Wirtschaft
46	Gesellschaft für Wagniskapital Mittelständische Beteiligungsgesellschaft
48	Immobilien
54	Kommunen
62	Öffentliche Bundesförderung
64	INTERREG
68	Jahresbilanz
70	Gewinn- und Verlustrechnung
71	Anhang
73	Angaben zur Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung
77	Organe der Investitionsbank
79	Bestätigung des Abschlussprüfers

In Zeiten teils dramatisch steigender Energiepreise und weltweit wachsender Nachfrage nach Energie liegt der Schlüssel für unsere Zukunft im verantwortungsvollen Umgang mit den natürlichen Ressourcen. Aus diesem Grund unterstützen wir Unternehmen, Privatpersonen und Kommunen beim Energiesparen und bei der Erzeugung von Energie durch Wind, Biomasse und Sonne, als Ihre Bank mit neuer Energie. Schleswig-Holstein, das Land zwischen den Meeren:

Hier weht der Wind stärker als anderswo. Und seit dem Mittelalter nutzen die Schleswig-Holsteiner die Kraft des Windes, um Korn zu mahlen oder Wasser zu pumpen. Heute finanzieren wir Windenergieprojekte, fördern aber auch die Energiegewinnung aus Biomasse und den Einsatz von Solarthermie und Photovoltaik.

Wir helfen auch mit beim intelligenten Umgang mit Energie in kommunalen Gebäuden. Mit unserer Internet-basierten Software IB.EnergieCheck können Kommunen auf einfache Weise Energiemanagement und Energiecontrolling betreiben. Neben dem Energiesparen und Reduzieren der CO₂-Emissionen steht hierbei die Kostensenkung im Vordergrund.

Wir fördern energiesparendes Bauen und Modernisieren mit fachkundigen Beratungsleistungen und intelligenten Finanzierungslösungen. Für die Modernisierung von Mehrfamilienhäusern stehen wir mit unserer Beratungsdienstleistung IB.ImmoCheck mit erfahrenen Teams aus Finanzierungs- und Energieexperten zur Verfügung. So werden im Vorfeld Nutzen und Kosten von Sanierungsmaßnahmen, die erzielbare Heizkostensparnis, die optimale Förderung sowie eine dynamische Investitionsrechnung erarbeitet und gemeinsam mit dem Investor diskutiert, um eine transparente Entscheidungsgrundlage zu erarbeiten.

Wir stellen die Weichen, damit ökologisch sinnvolle Investitionen auch ökonomisch ein Erfolg werden. Wir machen Schleswig-Holstein fit für die Zukunft getreu unserem Motto:

Ziele erkennen... Zukunft gestalten.





Vorwort des Vorstands

**Sehr geehrte Damen und Herren,
sehr geehrte Kunden und Geschäftspartner,**

mit Stolz blicken wir auf das zweite vollständige Geschäftsjahr unserer Verselbständigung zurück. Das Rekord-Fördervolumen von 1,55 Mrd. Euro bedeutet nicht nur ein gegenüber dem Vorjahr deutlich verbessertes operatives Ergebnis, sondern führte gleichzeitig zum erfolgreichsten Geschäftsabschluss seit unserer „Existenzgründung“ am 1. Juli 2003. Damit haben wir erneut bewiesen, dass wir uns bei der Stärkung des Wirtschaftsstandortes Schleswig-Holstein auf dem richtigen Weg befinden.

Während der Bereich Wirtschaft sein Neugeschäftsvolumen um zehn Prozent steigerte, erzielte die Kommunalförderung mit 640,8 Mio. Euro ein Plus von 30 Prozent. Sehr erfolgreich verlief hier der Start der IB als Kompetenzzentrum für Öffentliche Private Partnerschaften (ÖPP). Im Bereich Immobilien lag der Schwerpunkt in der allgemeinen Wohnraumförderung. Mit unseren Produkten und Dienstleistungen unterstützten wir Bau- und Kaufinteressierte, Modernisierer und Renovierer und sind Partner für die Wohnungswirtschaft und Kreditinstitute.

**Rekord-Förderergebnis
seit Bestehen der IB.**

Die Gründe für die erfolgreiche Umsetzung unserer Geschäftsziele liegen in unserem komplexen und maßgeschneiderten Angebot. Mit der Verzahnung einzelner Bausteine in den Bereichen Wirtschaft, Immobilien und Kommunen bieten wir gute Chancen, Finanzierungslücken zu schließen. Wir vergaben Darlehen, Zuschüsse, Bürgschaften und weitere Förderungen an Privatpersonen, Kommunen und Unternehmen, so dass alle Bürgerinnen und Bürger unseres Landes direkt oder indirekt von der Arbeit der Investitionsbank profitieren. Mit unserer neuen und barrierefreien Internetseite www.ib-sh.de bieten wir unseren Kunden außerdem ein interaktives Förderportal und ermöglichen neben dem technischen Zusatznutzen einen leichteren Zugang zu unseren Förderprogrammen und Dienstleistungen.

Udenkbar wäre der Erfolg allerdings ohne das Vertrauen unserer Kunden und Geschäftspartner sowie das Engagement unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Dafür bedanken wir uns sehr herzlich. Obwohl wir die Zahl unserer Beschäftigten erneut erhöhten, blieb unsere Cost-Income-Ratio mit 0,65 (Vj. 0,65) stabil.

Mit der Aufnahme der landwirtschaftlichen Haupteinzelbetriebe als weitere Zielgruppen positioniert sich die IB neben der Energieberatung wieder zunehmend im ländlichen Raum. Im Bereich Immobilien wird das durch den ersatzlosen Wegfall der Eigenheimzulage fehlende Neugeschäft erst in den nächsten zwei bis drei Jahren kompensiert werden können. In der sozialen Wohnraumförderung stehen gemäß Programmerrlass für 2006 Mittel in Höhe von 75 Mio. Euro zur Verfügung. Darüber hinaus werden für die Jahre 2006 und 2007 wiederum Mittel für Zuschussförderungen bereitgestellt.



„IB – mehr als nur Kredite!“ Auch für das WM-Jahr 2006 sehen wir uns mit einem starken Kader gut aufgestellt. Unsere Hauptaufgabe bleibt es, die Produktpalette entsprechend der Markterfordernisse so auszurichten, dass Finanzierungen in allen drei Bereichen – Wirtschaft, Immobilien und Kommunen – ermöglicht oder zumindest erleichtert werden. Wir erwarten eine weiterhin positive Geschäftsentwicklung und hoffen, an die hervorragenden Ergebnisse von 2005 anknüpfen zu können.

Innerhalb des Vorstandes wird es im neuen Geschäftsjahr Veränderungen geben. Dr. Heinz Engelhaupt wird zum 30. Juni 2006 aus dem Vorstand ausscheiden und in den Ruhestand treten. Seine Aufgaben wird in Zusammenarbeit mit den IB-Bereichsleitern das Vorstandsmitglied Dr. Klaus Rave übernehmen.

Die Investitionsbank Schleswig-Holstein unterstützt nicht nur die Sanierung von einzelnen Gebäuden, sondern fördert auch die Erneuerung ganzer Stadtteile. Wohnungen aus der Nachkriegszeit wurden rundum erneuert und die Grundrisse an die aktuellen Bedürfnisse einer modernen Gesellschaft angepasst. Dazu gehören nicht nur interne Umbaumaßnahmen eines Objektes, sondern auch die Anbringung von modernen Wärmedämmungen außen.

Die IB investiert so in zeitgemäße Wohn- und Lebensqualität. Dr. Heinz Engelhaupt, Dr. Klaus Rave und Lutz Koopmann (v. l. n. r.) informieren sich auf einer Baustelle vor Ort über eine Stadtteilsanierung.

Lutz Koopmann
(Vorstandsvorsitzender)

Dr. Heinz Engelhaupt

Dr. Klaus Rave

Unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Personalstruktur

Am Stichtag 31. Dezember 2005 waren 354,6 (Vj. 346,16) Vollzeitkräfte in der IB beschäftigt. Ein – trotz wachsender Aufgabengebiete – moderater Anstieg, der auf einen effizienten Personaleinsatz zurückzuführen ist. Somit konnte die ursprünglich geplante Anzahl neuer Beschäftigter um 7,4 Vollzeitkräfte unterschritten werden.

Für das Jahr 2006 erwarten wir hingegen einen Zuwachs auf 366,8 Vollzeitkräfte. Gründe hierfür sind die Erfüllung aufsichtsrechtlicher Anforderungen, die Übernahme der Beibuchbearbeitung als In-Sourcing, projektbezogene Stellen sowie der weitere Aufbau von Ausbildungskapazitäten und die Einrichtung neuer Trainee-Arbeitsplätze.

17,1 Vollzeitkräfte in 2005 und geplante 18,1 Vollzeitkräfte in 2006 entfallen auf die IB-INTERREG-Programme. In diesem Bereich verzeichnen wir einen Anstieg beim Abschluss befristeter Verträge. Die hierfür anfallenden Personalkosten werden aus dem Budget für „technische Hilfe“ von der EU erstattet.

Prozessanalysen

Die IB hat in 2005 in verschiedenen Bereichen Prozessanalysen durchgeführt und wird dies in 2006 fortsetzen. Geschäftsprozesse werden optimiert, um Leistungen weiterhin kostengünstig zu erbringen. Zur effizienteren Personalsteuerung gehört daher auch der Einsatz von zeitlich begrenzten Arbeitsverhältnissen.

Auszubildende

Im Geschäftsjahr 2005 konnte der erste Auszubildende nach verkürzter Ausbildungszeit als fester Angestellter übernommen werden. Im Jahr 2006 werden weitere drei Auszubildende ihre Berufsausbildung bei der IB abschließen. Wir freuen uns, auch sie anschließend in unserem Hause weiterbeschäftigen zu können. Der zusätzlich eingerichtete Ausbildungsgang „Bürokauffrau/-mann“ wird nach gutem Erfolg als Ausbildungsangebot fortgesetzt.

Mit fünf neuen Auszubildenden wird die IB ihre Ausbildungskapazität im Jahr 2006 erhöhen, um im Rahmen ihres gesellschaftspolitischen Auftrags Schulabsolventen eine qualifizierte Berufsausbildung zu ermöglichen. Insgesamt werden zwölf Auszubildende sowie vier Trainees betreut. Wir bilden zu folgenden Berufszielen aus:

Bankkauffrau/-mann

Bürokauffrau/-mann

Bachelor of Arts (Dipl. Betriebswirt / Berufsakademie)

Bachelor of Science (Dipl. Wirtschaftsinformatiker / Berufsakademie,
ab Ausbildungsjahr 2006)

Die Berufsausbildung der IB wird durch Kooperationen mit der HSH Nordbank AG und der Sparkasse Kiel (zukünftig Förde Sparkasse) unterstützt. Während die IB überdies Arbeitsplätze für Rechtsreferendare zur Verfügung stellt, erhalten Studenten in verschiedenen Bereichen der Bank die Möglichkeit, ein Praktikum zu absolvieren. Schüler und Schülerinnen können im Rahmen eines Wirtschaftspraktikums erste Erfahrungen in der Berufswelt sammeln.

Personalmarketing

Im Bereich unseres Personalmarketings nimmt das Internet als Forum einen wichtigen Stellenwert ein. Wir nutzen dieses Medium, um mit potenziellen Bewerberinnen und Bewerbern in Kontakt zu treten. Neben aktuellen Informationen unserer Fachbereiche finden sich auf der neu gestalteten und barrierefreien IB-Homepage stets aktuelle Job-Angebote.

Projektarbeit

In verschiedenen Projekten (u.a. wg. Basel II), die zum Teil zwei Jahre lang laufen, wird eine Vielzahl von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern die Projektfähigkeit der Bank unter Beweis stellen. Neben den bereits projekterfahrenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sollen weitere Beschäftigte systematisch an diese Arbeit herangeführt werden. Dadurch soll das erforderliche Know-how in fachlicher wie methodischer Hinsicht gefestigt werden, um der ständig zunehmenden Anzahl von Projektaktivitäten gerecht werden zu können. Notwendige Qualifizierungsmaßnahmen wurden bereits begonnen.

Weiterbildung

Im Jahr 2005 schulten wir unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in über 730 Personentagen in Seminarveranstaltungen. Insbesondere durch die Veranstaltungen hinsichtlich den Mindestanforderungen an das Kreditgeschäft (MaK) erfuhren im Jahreswechsel 2005/2006 mehr als 180 Beschäftigte etwas über die veränderten aufsichtsrechtlichen Rahmenbedingungen ihrer Tätigkeit.

Die permanente Fortbildung ist für uns Investition in die Zukunft, um weiterhin mit gut qualifizierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern den Anforderungen unserer Kunden und unseres Eigentümers gerecht zu werden.

Die besondere Personalrekrutierung und die intensiven Aus- und Weiterbildungsaktivitäten spiegeln sich in einem hohen Ausbildungsstand unserer Beschäftigten wider. Fast ein Drittel aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter absolvierte ein Hochschul-, bzw. Fachhochschulstudium oder eine Fachwirtausbildung.

In Personalentwicklungstagen werden zwischen Mitarbeiter/in und Führungskraft konkrete Maßnahmen zur Weiterqualifizierung abgestimmt, um fachliche und/oder persönliche Entwicklungspfade aufzuzeigen. Eine Überprüfung findet alle zwei bis drei Jahre statt. Die Stufen der Entwicklung sind in Bereichsentwicklungsplänen aufgezeigt und dargestellt.

Thema Gesundheit in der Bank

In regelmäßigen Sprechzeiten bieten wir über unsere Betriebsärztin und unserem Berater zur Gesundheitsprävention Möglichkeiten, sich über das Thema Gesundheit zu informieren.

In Zusammenarbeit mit einem Kieler RehaMed-Zentrum haben wir die Initiative „Massage und Kinesiotaping“ gestartet, um die Chance zu bieten, unmittelbar in der Bank gesundheitsfördernde Maßnahmen wahrzunehmen.

Familienfreundliche Personalpolitik

In einer Umfrage im ersten Quartal 2006 haben wir unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nach der Vereinbarkeit von Beruf und Familie befragt. Die Umfrage richtete sich in erster Linie an diejenigen, die eine Betreuung von Kindern und eine Betreuung von pflegebedürftigen Angehörigen mit den beruflichen Anforderungen zu vereinbaren haben. Sowohl bankintern als auch im Zusammenwirken mit der Initiative „Familienfreundliche Stadt“ der Stadt Kiel wollen wir die Bedürfnisse unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter noch besser umsetzen. Zurzeit werten wir die Fragebögen aus, um anhand der Ergebnisse unsere Familienfreundlichkeit weiter steigern zu können.

Dank an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Wir danken unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für die gute Arbeit in einem sich permanent verändernden Umfeld. Mit hoher Qualifikationsbereitschaft und aus der Erfahrung heraus konnten die in 2005 uns allen gestellten Aufgaben gut gelöst werden.

Unser Dank gilt überdies unserem Personalrat und der Gleichstellungsbeauftragten für die sehr konstruktive und pragmatische Zusammenarbeit.

Wir gedenken unseres verstorbenen Leiters Wirtschaft, Herrn Volker Hinke, der am 10. Januar 2006 nach kurzer Krankheit verstarb.



Unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben Ideen und entwickeln Projekte und Pläne. Mit Geschäftspartnern, miteinander, mit Fachwissen und mit viel Elan.



Bericht der Gewährträgerversammlung

Die IB ist eine rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts und das zentrale Förderinstitut des Landes Schleswig-Holstein.

Die Gewährträgerversammlung trat im Dezember zu einer Sitzung zusammen. Darüber hinaus fasste sie im schriftlichen Umlaufverfahren Beschlüsse. Am 12. Juni 2006 billigte die Gewährträgerversammlung den vom Vorstand aufgestellten Jahresabschluss 2005 nebst Lagebericht. In der gleichen Sitzung erteilte die Gewährträgerversammlung dem Vorstand und dem Verwaltungsrat die Entlastung für das Geschäftsjahr 2005 und beschloss auf Vorschlag des Vorstands und des Verwaltungsrats über die Verwendung des Gewinns.

Kiel, 12. Juni 2006

Die Gewährträgerversammlung der Investitionsbank Schleswig-Holstein

gez. Rainer Wiegard

(Vorsitzender)

Bericht des Verwaltungsrates

Die Investitionsbank Schleswig-Holstein ist eine rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts und das zentrale Förderinstitut des Landes Schleswig-Holstein. Der Verwaltungsrat trat 2005 dreimal zusammen.

Der Vorstand hat den Verwaltungsrat regelmäßig über den aktuellen geschäftlichen Verlauf und über die erwartete zukünftige Entwicklung informiert.

Der Verwaltungsrat hat den vom Vorstand aufgestellten Jahresabschluss und den Lagebericht in seiner Sitzung am 12. Juni 2006 beraten. Einwendungen wurden nicht erhoben. Der vom Vorstand aufgestellte Jahresabschluss und der Lagebericht wurden der Gewährträgersammlung zur Feststellung empfohlen.

Dem Vorschlag des Vorstands an die Gewährträgersammlung über die Verwendung des Gewinns stimmte der Verwaltungsrat zu.

Der Verwaltungsrat dankt dem Vorstand sowie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der IB für die im Jahr 2005 geleistete Arbeit.

Kiel, 12. Juni 2006

Der Verwaltungsrat der Investitionsbank Schleswig-Holstein

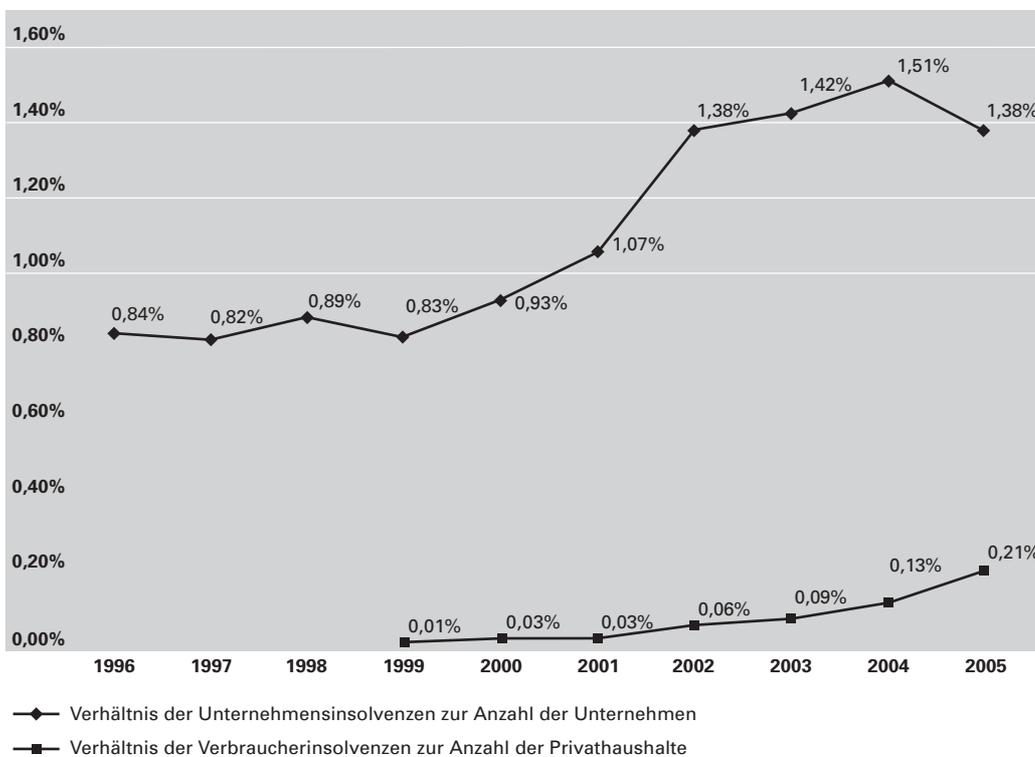
gez. Dr. Arne Wulff
(Vorsitzender)

1. Geschäfts- und Rahmenbedingungen

1.1. Wirtschaftliches Umfeld

Die deutsche Wirtschaft wuchs im Jahr 2005 um 1,1% (Vj. 1,6%). Wachstumsmotor war wiederum die Außenwirtschaft, die für nahezu zwei Drittel des Gesamtwachstums sorgte. Der private Konsum als wichtigste Komponente der Binnennachfrage stagnierte hingegen.

Im Jahr 2005 wurden in Schleswig-Holstein 1.387 Unternehmensinsolvenzen beantragt. Das sind rd. 9% weniger als im Vorjahr (1.516 Anträge). Dagegen ist bei den Verbraucherinsolvenzen mit 2.788 Anträgen ein deutlicher Anstieg festzustellen (Vj. 1.761).



Insolvenzentwicklung in Schleswig-Holstein 1996 bis 2005

Während sich die erforderlichen Wertberichtigungen im Bereich Wirtschaft rückläufig entwickelten, stiegen die Wertberichtigungen im Bereich Immobilien stark an.

Das Zinsniveau im europäischen Währungsraum war auch im Jahre 2005 weiterhin niedrig. Allerdings

kam es im Jahresverlauf in Folge von Zinsänderungen auf den US-Märkten zu gleichgerichteten Renditeschwankungen auf den heimischen Märkten.

Während sich die kürzerfristigen Zinssätze kaum änderten, kam es bei den längerfristigen Kapitalmarktzinsen zu Schwankungen, die auch durch die Unsicherheit über die künftige Konjunktur- und Zinsentwicklung ausgelöst wurden. Mittlerweile haben wir aber auch dort wieder ein niedriges Niveau erreicht.

Anfang Dezember 2005 erhöhte die Europäische Zentralbank den seit 5 Jahren konstanten Leitzins um 0,25%-Punkte. Angesichts der auf den Finanzmärkten vorhandenen Liquidität und der über dem Zielwert von 2% liegenden Inflationsrate ist davon auszugehen, dass die geldpolitischen Zügel weiter angezogen werden.

Insgesamt wirkte sich das niedrige Zinsniveau günstig auf unser Kreditgeschäft in 2005 aus. Dieses zeigt sich insbesondere im weiter gestiegenen Neugeschäft. Das Treasuryergebnis wurde hingegen durch die zusammenlaufenden Zinskurven der kurz- und langfristigen Zinssätze beeinflusst.

1.2. Betriebliche Entwicklung

Die Investitionsbank Schleswig-Holstein (kurz IB) wurde am 1. Juni 2003 durch Landesgesetz als rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts errichtet¹. Ausschließlicher Träger der IB ist das Land Schleswig-Holstein. Die IB unterstützt als zentrales Förderinstitut das Land Schleswig-Holstein bei der Erfüllung öffentlicher und im öffentlichen Interesse liegender Aufgaben.

Die IB hat sich in 2005 eine neue Gesamtbankstrategie gegeben, die die bisherige Strategie aus dem Jahre 2001 ablöst. Der neuen Strategie dienen als Grundlage das Leitbild und ein Verhaltenskodex. Eine Strategiekommission überwacht die aus der Gesamtbankstrategie abgeleiteten Ziel- und Maßnahmenvorgaben sowie Änderungen von Rahmenbedingungen. Für weitergehende Informationen verweisen wir auf Ziff. 6. Risikobericht.

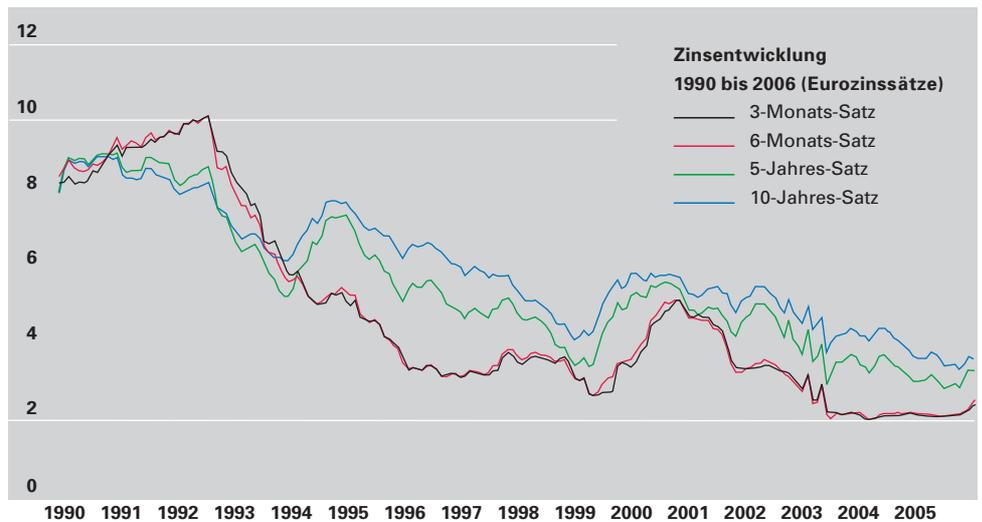
Zur Umsetzung der aufsichtsrechtlichen Anforderungen an die Eigenkapitalausstattung („Basel II“) sowie das Risikomanagement der Kreditinstitute (MaRisk) wurde ein entsprechendes Projekt initiiert. Wie bereits bei der Umsetzung der Mindestanforderungen an das Kreditgeschäft (MaK) sollen auch diese Anforderungen weitestgehend mit internen Mitarbeitern umgesetzt werden, um das erforderliche Know-How in der Bank weiter auszubauen.

In den 2005 durchgeführten Projekten haben eine Vielzahl von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern erneut die Projektfähigkeit der Bank unter Beweis gestellt. Um auch der in Zukunft erwarteten, zunehmenden Anzahl der Projektaktivitäten gerecht werden zu können, werden neben den bereits projekterfahrenen weitere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter systematisch an die Projektarbeit herangeführt, um das erforderliche Wissen in fachlicher wie in methodischer Hinsicht zu festigen. Notwendige Qualifizierungsmaßnahmen wurden bereits begonnen.

Zum 31.12.2005 beschäftigte die IB 402 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (Vj. 390), davon 310 Vollzeit- und 92 Teilzeitkräfte. Im Jahr 2005 wurden 4 weitere Auszubildende eingestellt. Ein erster Auszubildender konnte nach verkürzter Ausbildungszeit übernommen werden. Damit werden derzeit 11 Auszubildende und 4 Trainees betreut.

Die durchschnittliche Betriebszugehörigkeit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beträgt 14,4 Jahre bei einem Durchschnittsalter von 42,8 Jahren.

Weiterbildungsmaßnahmen erfolgten in über 300 Seminarveranstaltungen. Insbesondere durch Veranstaltungen zu den Mindestanforderungen an das Kreditgeschäft



¹ § 1 Abs. 1 des Gesetzes über die Errichtung der Investitionsbank Schleswig-Holstein als rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts (Investitionsbankgesetz – IBG) vom 7. Mai 2003 (GVBl. Schl.-H. S. 206/211 ff.)

(MaK) wurden die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter hinsichtlich der veränderten aufsichtsrechtlichen Rahmenbedingungen ihrer Tätigkeit geschult.

An dieser Stelle danken wir unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für ihr Engagement und die geleistete Arbeit.

Im Jahr 2005 wurde der Internetauftritt der IB überarbeitet und zum 01.01.2006 frei geschaltet. Neben einer kompletten Umstrukturierung der Websites erfüllt der neue Internetauftritt nun alle Voraussetzungen der Barrierefreiheit gemäß der zum 01.01.2006 anzuwendenden Verordnung über „barrierefreie Informationstechnik“.

Daneben wurden weitere umfangreiche Investitionen im IT-Bereich getätigt. Hierbei lagen die Schwerpunkte bei der Implementierung von EDV-Anwendungen im Rahmen der Umsetzung der MaK sowie der Umstellung des optischen Archivierungssystems. Die Investitionen in das Sachanlagevermögen waren gekennzeichnet durch den Umzug der Bereiche Wirtschaft und Euro-Info-Centre in das Haus der Wirtschaft in Kiel.

Umzug in das Haus der Wirtschaft

Um den Vertriebsbereich Immobilien an die geänderten Marktanforderungen anzupassen, wurde das Geschäft im Mietimmobilienbereich als eigene Vertriebseinheit reorganisiert. Die bisherigen Standorte Oldenburg und Plön wurden in Eutin zusammengelegt. In der Außendarstellung erhielten sämtliche Standorte nunmehr die Bezeichnung „IB.Büro“ gefolgt vom Namen des entsprechenden Ortes.

Mit dem „ÖPP-Beschleunigungsgesetz“ wurde die deutsche Bezeichnung „Öffentlich-Private-Partnerschaften“ etabliert. Die IB wird diese Bezeichnung künftig verwenden und ihr Kompetenzzentrum daher gleich lautend in ÖPP-Kompetenzzentrum umbenennen.

Im Zuge weiterer Kostenoptimierungen wurden verschiedene extern bezogene Leistungen neu strukturiert. Neben der Neuvergabe an kostengünstigere Anbieter werden künftig bisher extern bezogene Leistungen nunmehr im eigenen Haus erbracht.

1.3. Geschäftsverlauf

Die Marktbereiche der IB sind nach Kundengruppen in die Sparten Immobilien, Wirtschaft und Kommunen unterteilt. Leistungen, die keiner dieser Kundengruppen zugeordnet sind, werden in der Sparte Dienstleistungen zusammengefasst. In der Sparte Wirtschaft wird die Förderung der gewerblichen Wirtschaft inkl. der Agrarförderung ausgewiesen. Die Sparte Immobilien umfasst die Förderung des privaten und gewerblichen Immobilienbereichs sowohl im Rahmen der allgemeinen als auch der sozialen Wohnraumförderung. Die Sparte Kommunen beinhaltet neben der Förderung von Kommunen auch die Förderung der kommunalnahen Unternehmen. Im Rahmen der EU-Förderung übernimmt die IB die Funktion der gemeinsamen Verwaltungsbehörde und Zahlstelle für die INTERREG-Programme III B und III C der Europäischen Union und der Ostseeanrainerstaaten. Diese sowie das Geschäft der Öffentlichen Bundesförderung werden in der Sparte Dienstleistungen abgebildet.

Das Neugeschäftsvolumen bildet einen zentralen finanziellen Leistungsindikator für die Beurteilung des Fördergeschäfts der IB. Im Geschäftsjahr 2005 wurde in den oben genannten Sparten ein Neugeschäftsvolumen von insgesamt 1.554,7 Mio. € erzielt. Dies entspricht einer Steigerung gegenüber dem Vorjahr (1.417,4 Mio. €) von rd. 10%.

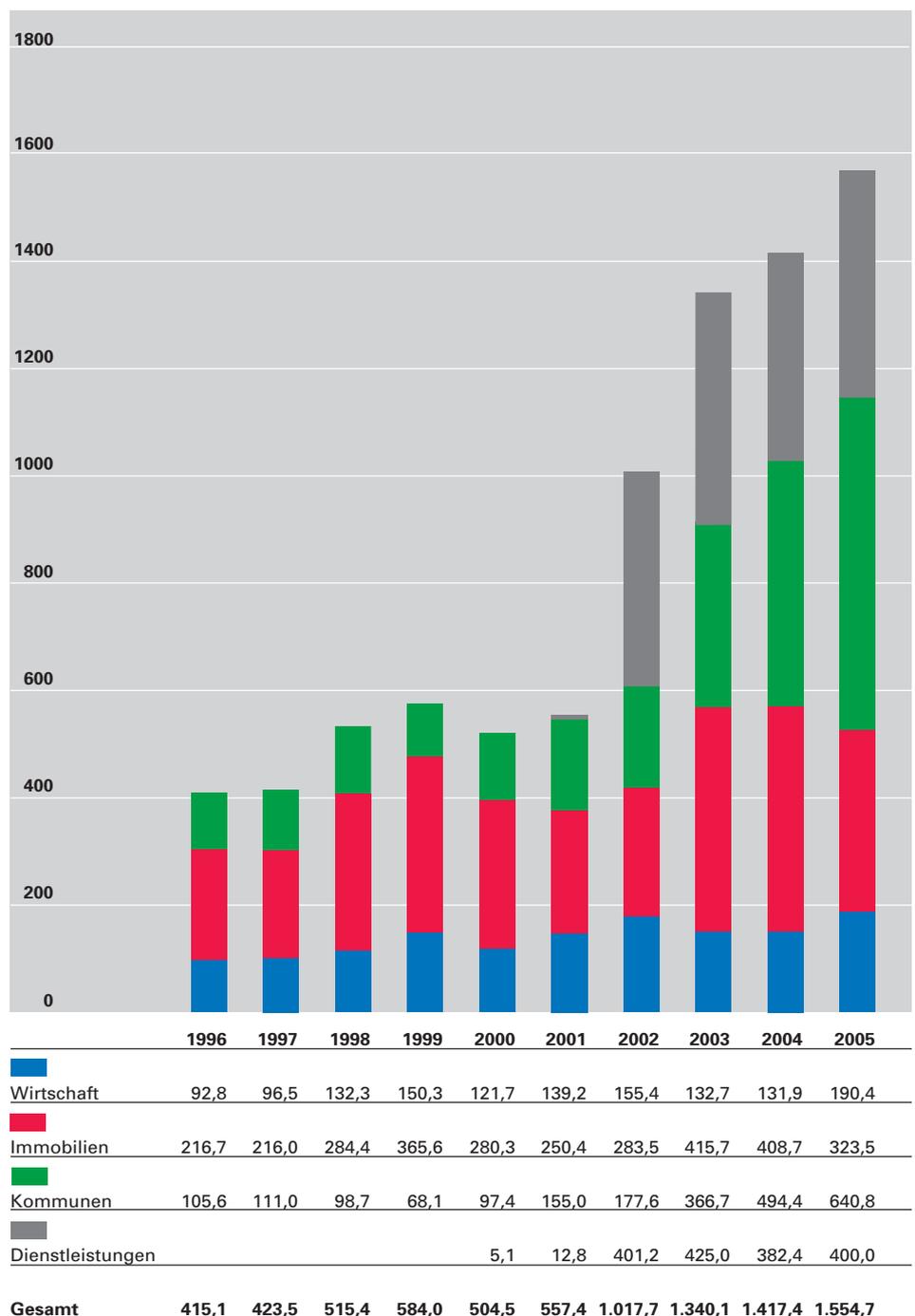
Der Förderbestand zum 31.12.2005 erhöhte sich auf 8,99 Mrd. € (Vj. 8,76 Mrd. €). Von dem Neugeschäftsvolumen entfallen 81% auf Darlehen, 14% auf Zuschussförderungen sowie 5% auf Bürgschaften und sonstige Förderarten.

Die Sparte Wirtschaft erzielte ein Neugeschäftsvolumen von 190,4 Mio. €. Dies entspricht einem Anteil am gesamten Neugeschäft von 12% (Vj. 9%) und einer Steigerung gegenüber dem Vorjahr (131,9 Mio. €) von 58,5 Mio. € bzw. 44%. Kernstück der nachgefragten Produkte war auch im Geschäftsjahr 2005 wiederum das „Kooperationsdarlehen“. Hierbei werden Finanzierungsanteile der Hausbanken an Firmenkrediten übernommen, um durch die damit erreichte Eigenkapital- und Risikoentlastung deren Kreditvergabemöglichkeiten zu verbessern.

Um insbesondere kleinen und mittleren Unternehmen mit geringem Finanzierungsbedarf den Zugang zum Kreditmarkt zu erleichtern, wurde Ende 2005 mit Unterstützung aus dem Schleswig-Holstein-Fonds der Landesregierung ein neues Kreditprogramm „IB.KMUdirekt“ aufgelegt. Aus diesem Programm wurden in 2005 bereits erste Zusagen gegeben.

In Zusammenarbeit mit der Gesellschaft für Wagniskapital Mittelständische Beteiligungsgesellschaft Schleswig-Holstein GmbH (MBG) und dem Land Schleswig-Holstein wurde ein regionaler Beteiligungsfonds aufgelegt. Hiermit wird kleinen und mittleren Unternehmen sowie Existenzgründungen – insbesondere in strukturschwachen Gebieten – der Zugang zu Beteiligungskapital erleichtert. Neben einer nationalen Kofinanzierung wurden hierbei Zuschussmittel aus dem „Europäischen Fonds für regionale Entwicklung“ (EFRE) in ein revolvinges Fondsmodell eingebracht.

Im Rahmen der Förderberatung wurden im Geschäftsjahr 2005 insgesamt 98 Informationsveranstaltungen durchgeführt. Der Schwerpunkt lag mit 69 Veranstaltungen



Neugeschäftsentwicklung 1996 bis 2005 nach Sparten in Mio. €

tungen auf dem Thema Existenzgründung, davon 19 speziell für Gründerinnen und 6 an Schulen und Hochschulen. Bei den Beratungen war u. a. aufgrund der ab 2005 eingeschränkten Fördermöglichkeiten bei Existenzgründungen aus dem ALG II-Bezug ein Rückgang zu verzeichnen.

Auf die Sparte Immobilien entfällt mit 323,5 Mio. € (Vj. 408,7 Mio. €) ein Anteil von rd. 21% (Vj. 29%) am Gesamtneugeschäft. In der allgemeinen Wohnraumförderung verlief das Mengengeschäft vor dem Hintergrund der Entwicklung der privaten Haushalte insgesamt noch zufrieden stellend. Durch die Debatte über die steuerliche Förderung des Wohneigentums und die damit in den vergangenen Jahren ausgelösten Vorzieheffekte war das Potenzial an begünstigten Immobilienkunden nahezu ausgeschöpft.

Dagegen blieb das Individualgeschäft deutlich hinter dem Vorjahr zurück. Die Gründe hierfür liegen insbesondere in einem zurückhaltenden sowie zunehmend komplexeren und damit zeitintensiveren Investitionsverhalten im gewerblichen Wohnungsbau. Zudem hatte der Teilschulderlass im Gebäudesanierungsprogramm der KfW zu Vorzieheffekten in 2004 geführt.

Auch in der sozialen Wohnraumförderung blieb das Bewilligungsvolumen hinter dem Vorjahr zurück. Neben dem oben genannten Grund sehen wir eine weitere Ursache in dem derzeit relativ geringen Subventionsvorteil für Investoren aufgrund des anhaltend niedrigen Zinsniveaus.

Die Sparte Kommunen erzielte mit 640,8 Mio. € ein gegenüber dem Vorjahr (494,4 Mio. €) um 146,4 Mio. € bzw. 30% höheres Neugeschäft. Der Anteil am gesamten Neugeschäft erhöhte sich auf 41% (Vj. 35%). Der gestiegene Anteil am Neugeschäft entfällt hierbei überwiegend auf das Kommunalkreditgeschäft.

Weiterentwicklung von ÖPP-Projekten. In 2005 wurde die Geschäftstätigkeit mit den kommunalnahen Unternehmen gezielt intensiviert. Erste Geschäftsabschlüsse sowie die Anfragen zeigen, dass sowohl die Zielgruppe als auch die Banken und Sparkassen an einer Zusammenarbeit mit der IB interessiert sind.

In Zusammenarbeit mit dem Finanzministerium wurde ein Konzept für „Öffentlich-Private-Partnerschaften“ in Schleswig-Holstein entwickelt, dessen Zielsetzung es ist, die Entwicklung geeigneter Vorhaben und Modelle weiter voranzutreiben.

Mit „IB.EnergieCheck“ bietet die IB den Kommunen und Gewerbebetrieben eine Beratungssoftware an, die Daten über Energieverbräuche und deren Kosten aufzeigt sowie Einsparpotenziale offen legt. Die Software wird bisher in mehr als 30 Kommunen in Schleswig-Holstein eingesetzt und bildet ein wichtiges Instrumentarium bei der Einführung und Umsetzung eines Energiecontrollings und -managements.

Im Rahmen des „Euro-Info-Centre“ wurde in 50 eigenen und mit Kooperationspartnern organisierten Veranstaltungen über EU-Fördermöglichkeiten informiert. Im Mittelpunkt der durchgeführten Beratungen standen die Programme für Umwelt, erneuerbare Energien, Städtepartnerschaften sowie Finanzierungsmöglichkeiten in den neuen EU-Beitrittsländern.

Die Sparte Dienstleistungen erzielte ein Neugeschäft von 400,0 Mio. € (Vj. 382,4 Mio. €). Hiervon entfallen 347,3 Mio. € (Vj. 328,5 Mio. €) auf die Öffentliche Bundesförderung. Die Steigerung gegenüber dem Vorjahr wurde insbesondere durch gewerb-

liche Finanzierungen auf dem Gebiet der erneuerbaren Energien getragen. Mit der Einführung unserer webbasierten Software „FGCenter“ ermöglichen wir den mit uns zusammen arbeitenden Sparkassen die elektronische Antragsstellung bei der KfW.

In der EU-Förderung wurden Mittel aus den INTERREG-Programmen III B und III C von insgesamt 52,7 Mio. € (Vj. 53,9 Mio. €) bewilligt. Insgesamt beträgt der Anteil der Sparte Dienstleistungen am gesamten Neugeschäftsvolumen 26% (Vj. 27%).

2. Ertragslage

Das Geschäftsergebnis der IB zeigt einschließlich der einzelnen Ergebniskomponenten folgende Entwicklung.

Die gewählte Darstellung des Jahresergebnisses folgt betriebswirtschaftlichen Kriterien. Insbesondere wurden Ertrags- und Aufwandspositionen zusammengefasst und als Überschusspositionen dargestellt. Aperiodische und betriebsfremde Einflüsse sowie Einflüsse mit außergewöhnlichem Charakter wurden in einer gesonderten Position ausgewiesen.

Der Zinsüberschuss stieg aufgrund des weiter gewachsenen Kreditvolumens insbesondere im langfristigen Geschäft. Zudem erhöhte sich der Beitrag aus der Wertpapieranlage im Zuge des in 2005 erfolgten Bestandsaufbaus.

Der Provisionsüberschuss erhöhte sich infolge des gestiegenen Bürgschaftsneugeschäftes im Bereich Wirtschaft sowie der mit dem verminderten Neugeschäft im Bereich Immobilien verbundenen Aufwendungen aus Vermittlungsprovisionen.

Der sonstige betriebliche Überschuss enthält im Wesentlichen die Kostenerstattungen für die Bearbeitung von Landes- und EU-Programmen sowie erstmals Erträge aus der Beteiligung an der NordwestLotto GmbH & Co. KG. Dagegen entfielen nach dem Wegfall der Fehlbelegungsabgabe für öffentlich geförderte Wohnungen die hierfür vom Land Schleswig-Holstein gezahlten Bearbeitungsentgelte.

Die Personalaufwendungen erhöhten sich planmäßig, insbesondere im Zuge des erfolgten Stellenaufbaus sowie der tariflichen Entwicklung. Die anderen Verwaltungsaufwendungen und die Abschreibungen erhöhten sich im Wesentlichen durch Aufwendungen aus der Umsetzung aufsichtsrechtlicher und gesetzlicher Anforderungen.

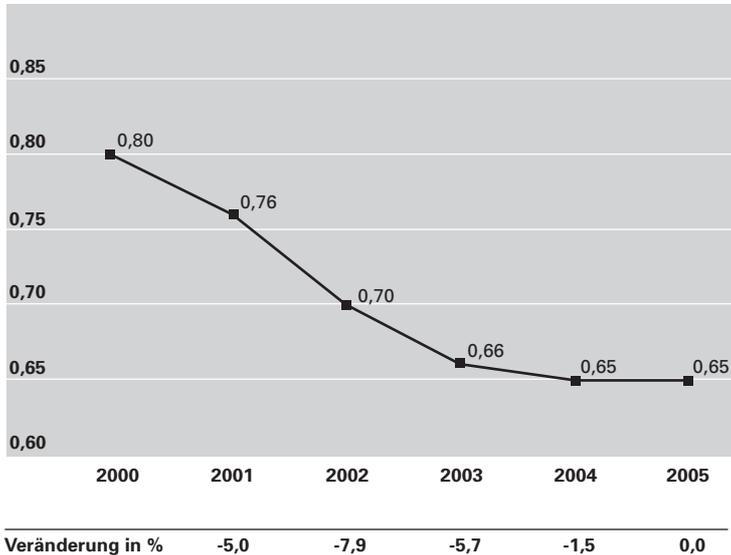
Vor Risikovorsorge und Bewertung sowie Sondereffekten wurde ein Ergebnis in Höhe von 30,1 Mio. € (Vj. 28,3 Mio. €) erzielt.

Die Risikovorsorge / Bewertung enthält die Nettoneuzuführungen zu den Wertberichtigungen und Rückstellungen im Kreditgeschäft, den Vorsorgereserven nach 340f HGB sowie Nettoerträge aus der Auflösung im Fonds für Zinsausgleich.

Die Sondereffekte beinhalten Erträge im Zusammenhang mit der Veräußerung von Wertpapieren des Anlagevermögens sowie Beteiligungen.

in Mio. €	2003	2004	2005
Zinsüberschuss	49,7	56,4	57,9
Provisionsüberschuss	2,0	2,0	2,6
Sonst. betr. Überschuss	9,0	6,8	8,6
Summe der Erträge	60,7	65,2	69,1
Personalaufwendungen	-21,7	-23,5	-25,1
Andere Verwaltungsaufwendungen	-12,5	-12,4	-12,6
Abschreibungen	-1,0	-1,0	-1,3
Summe der Aufwendungen	-35,2	-36,9	-39,0
Ergebnis vor Risikovorsorge/ Bewertung und Sondereffekten	25,5	28,3	30,1
Risikovorsorge/ Bewertung	-24,1	-23,4	-28,4
Sondereffekte	3,6	0,0	3,4
Jahresüberschuss	5,0	4,9	5,1

Ergebnisentwicklung
2003 bis 2005 in Mio. €



**Produktivitätsentwicklung
2000 bis 2005
(Cost-Income-Ratio)**

Der Jahresüberschuss beträgt 5,1 Mio. € (Vj. 4,9 Mio. €). Der Gewährträgerversammlung wird vorgeschlagen, hiervon einen Betrag in Höhe von 4,6 Mio. € der Gewinnrücklage zuzuführen und den verbleibenden Betrag von 0,5 Mio. € an das Land Schleswig-Holstein auszusütten.

Insgesamt liegt das erzielte Geschäftsergebnis leicht über dem für 2005 geplanten Ergebnis und im Rahmen der in der Strategie formulierten Ergebnisziele.

In der Analyse des Geschäftsergebnisses wird als finanzieller Leistungsindikator insbesondere auf die Produktivitätsentwicklung, gemessen als Cost-Income-Ratio, abgestellt. Sie gibt Auskunft darüber, wie hoch der Mitteleinsatz bezogen auf

1,- € Bruttoertrag ist. Aufgrund der Besonderheiten in der sozialen Wohnraumförderung wird die Ermittlung dieser Kennzahl ohne die Daten aus diesem Geschäftsfeld ermittelt. Die Höhe der Veränderung dieser Kennziffer von einer Berichtsperiode zur nächsten erlaubt die Aussage, in welchem Maße die Summe der Einzelentscheidungen und Veränderungen zur Optimierung des Ergebnisses beigetragen hat.

Die Cost-Income-Ratio blieb mit 0,65 (Vj. 0,65) auch im zweiten vollständigen Geschäftsjahr nach Verselbständigung stabil. Dem relativen Anstieg der Aufwendungen stand ein relativer Anstieg der Erträge in gleicher Höhe gegenüber.

3. Finanzlage

Die Zahlungsfähigkeit der IB wird anhand der Kennzahl „Grundsatz II“ gem. § 11 KWG überwacht. Die aufsichtsrechtlich vorgegebene Untergrenze dieser Kennziffer von 1,0 wurde zu keinem Zeitpunkt unterschritten. Die bei der Deutschen Bundesbank zu unterhaltende Mindestreserve wurde eingehalten. Die IB war im Jahr 2005 jederzeit in der Lage, ihren Zahlungsverpflichtungen nachzukommen. Zur weiteren Darstellung des Liquiditätsmanagements verweisen wir auf Ziff. 6.5. Liquiditätsrisiken.

Die Refinanzierung des Aktivgeschäfts erfolgte im Wesentlichen mit Mitteln der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW). Aufgrund der Gewährträgerhaftung und Anstaltslast des Landes Schleswig-Holstein ist die Möglichkeit einer jederzeitigen Refinanzierung gewährleistet, da die Adresse IB bei den Kredit gewährenden Instituten zu keiner Eigenkapitalanrechnung führt.

Im Rahmen der aktiven Risikosteuerung wurden Teile des Kreditbestandes und des Neugeschäftes durch Swapgeschäfte zinsgesichert.

Im Rahmen der Treasurystrategie werden neben Fristen-/Liquiditätstransformation und der Erzielung fester Margen (Bonitätstransformation) auch Wertpapierpositionen aufgebaut und grundsätzlich bis zur Endfälligkeit gehalten.

4. Vermögenslage

Die Bilanzsumme der IB hat sich zum 31.12.2005 um rd. 8 % auf 9,71 Mrd. € (Vj. 9,02 Mrd. €) erhöht. Die wesentlichen Veränderungen der Bilanz- und Unterstrichpositionen werden im Folgenden näher erläutert.

Die Forderungen an Kunden erhöhten sich insbesondere aufgrund des Neugeschäftes bei den Kommunalkrediten.

Im Geschäftsjahr wurden weitere Wertpapiere für den Anlagebestand der Bank gekauft. Die Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapiere erhöhten sich hierdurch. Erworbene Schuldscheindarlehen wurden entsprechend den Emittenten unter den Forderungen an Kreditinstitute bzw. den Forderungen an Kunden ausgewiesen. Anlageschwerpunkt waren Papiere mit sehr guter Bonität.

Die Beteiligungen verringerten sich durch den Rückerwerb von Anteilen durch die Gesellschaft für Wagniskapital Mittelständische Beteiligungsgesellschaft Schleswig-Holstein GmbH (MBG) sowie den Verkauf der Anteile an der Windtest Kaiser-Wilhelm-Koog GmbH. Die nach dem Verkauf verbleibenden Anteile an der MBG betragen 16,67%. Die bewährte Zusammenarbeit zwischen der Bank und der MBG wird durch diese Maßnahme nicht beeinträchtigt.

Die im Vorjahr in den sonstigen Vermögensgegenständen ausgewiesene Kaufpreiszahlung für die Anteile an der NordwestLotto Schleswig-Holstein GmbH & Co. KG in Höhe von 60,0 Mio. € wird nach erfolgtem schuldrechtlichen Übergang von Gefahr, Nutzen und Lasten zum 01.01.2005 nun in den Anteilen an verbundenen Unternehmen ausgewiesen. Die Position beinhaltet weiterhin die Anteile an der NordwestLotto Schleswig-Holstein GmbH.

Das Treuhandvermögen und die Treuhandverbindlichkeiten verringerten sich insgesamt aufgrund von planmäßigen Tilgungen bei den Treuhandkrediten. Das im Treuhandgeschäft erfolgte Neugeschäft betrifft im Wesentlichen den Kommunalen Investitionsfonds (KIF).

Der aktive Rechnungsabgrenzungsposten erhöhte sich in Folge der Abgrenzung von Agien auf erworbene Schuldscheindarlehen.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten erhöhten sich um die für die Ausweitung des Aktivgeschäftes erforderliche Refinanzierung. Die Refinanzierung des Aktivgeschäftes erfolgte dabei im Wesentlichen mit Mitteln der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW).

Die passive Rechnungsabgrenzung reduzierte sich aufgrund ihrer planmäßigen Auflösung und des geringeren Neugeschäftes bei den Disagioprodukten im Bereich Immobilien.

Der Kapitalrücklage wurden Haushaltsmittel des Bundes und des Landes von insgesamt netto 5,3 Mio. € zugeführt. Mit Beschluss der Gewährträgerversammlung vom 21.06.2005 wurde der Bilanzgewinn des Vorjahres (4,9 Mio. €) in die Gewinnrücklage eingestellt. Zum 31.12.2005 wird ein Eigenkapital in Höhe von 1.012,6 Mio. € (Vj. 1.002,2 Mio. €) ausgewiesen. Hierin ist ein Bilanzgewinn von 5,1 Mio. € (Vj. 4,9 Mio. €) enthalten.

Die Eventualverbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen erhöhten sich aufgrund des Neugeschäftes im Bereich Wirtschaft.

5. Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung für die Beurteilung der Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage sind im Zeitraum nach dem 31.12.2005 bis zum Berichtsabschluss nicht eingetreten.

6. Risikobericht

Die Gesamtbanksteuerung der IB war auch im zurück liegenden Geschäftsjahr geprägt durch die Verbesserung und den Ausbau eines zukunftsweisenden aktiven Risikomanagements unter Beachtung des Förderauftrages des Landes Schleswig-Holstein. Bankweit wurden nennenswerte Fortschritte im Ausbau und in der Optimierung des betriebswirtschaftlichen Steuerungsinstrumentariums erzielt. Die Entwicklung eines modernen Instrumentariums ist darauf aufgebaut, vorhandene Verfahren zu optimieren oder bei Bedarf durch methodisch aktuelle zu ersetzen.

IB-Strategie 2010 vorgestellt. Dabei wird der integrative Ansatz weiter verfolgt, bei dem die verschiedenen Risikoarten vergleichbar gemacht werden sollen und neben qualitativen Beurteilungen vermehrt Quantifizierungen von Ausfallgrößen möglich sein werden. Außerdem wird mittelfristig eine Verfahrenskonsistenz zwischen Vor- und Nachkalkulation sowie zwischen Einzelgeschäften und Portfoliosteuerung angestrebt, mit dem technischen Ziel der späteren Verarbeitung in einem einheitlichen EDV-System.

Ziel des Risikomanagements, das sich auch in unserer Kreditrisikostategie findet, ist es in erster Linie, organisatorisch sicher zu stellen, dass im Zeitraum der rollierenden Planungsperiode die Summe der Ergebnisse vor Risikovorsorge unter Berücksichtigung schlagend gewordener Marktpreis-, Liquiditäts- und operationeller Risiken größer ist als die Risikovorsorge-Nettoneubildung der Bank.

In 2005 hat die Bank ihre Gesamtbankstrategie 2001 - 2005 überarbeitet und verfügt damit über eine alle Bereiche der IB konsistent einschließende Strategie mit einem Zeithorizont bis 2010. Hierbei handelt es sich um eine rollierende Strategie, die jährlich aktualisiert werden wird. In den Strategiefindungsprozess werden auch zukünftig alle Bereiche der Bank unter Federführung der Strategiekommission eingebunden, die den Vorstand bezüglich der Ziele, Einzelstrategien und Maßnahmen unterstützt. Geänderte Gesamtbankstrategien leitet der Vorstand dem Verwaltungsrat zur Kenntnisnahme zu.

Basierend auf einer Analyse der Ausgangssituation sowie den Erwartungen für die zukünftigen Entwicklungen unterscheidet die Bank nach förderpolitischen und bank-spezifischen Zielkategorien. Erstere leiten sich überwiegend aus dem Investitionsbankgesetz (IBG) ab und stellen Aufgabenübertragungen des Landes Schleswig-Holstein dar, die z.B. der Schaffung und dem Erhalt von Arbeitsplätzen dienen, der Sicherstellung der Wohnraumversorgung oder der Kreditvergabemöglichkeit der Kreditinstitute im Land, der Gründung oder Erhaltung förderungswürdiger Unternehmen und der Verbesserung der Infrastruktur aber auch dem Erhalt einer intakten Umwelt.

Bei den bankbezogenen Zielen soll ausgehend von historischen Werten sowie mittelfristigen Plandaten insbesondere ein quantifiziertes durchschnittliches Betriebsergebnis vor Risikovorsorge mit definierten Schwankungsbreiten erzielt werden, in

denen sich zukünftige Chancen und Risiken widerspiegeln. Bei Erreichung dieser bankbezogenen Ziele besteht die Möglichkeit, den förderpolitischen Anforderungen gerecht zu werden sowie erwartete und unerwartete Risiken ertragsseitig abdecken und eine angemessene Ausschüttung vornehmen zu können.

Das Gesamtbankziel wird auf die einzelnen Bereiche herunter gebrochen („quantitative Unterziele“) und im Rahmen des jährlichen Planungsprozesses überprüft. Neben den quantitativen Zielen gibt es für die einzelnen Bereiche qualitative Unterziele wie z.B. Erweiterung der Kundenbasis, Optimierung der Kundenbeziehung (Aufbau eines Customer-Relationship-Management), Entwicklung und Markteinführung neuer Produkte, Steigerung der Arbeitsqualität und -produktivität.

Zur Erreichung der genannten Ziele werden von den einzelnen Bereichen spezifische Einzelstrategien wie z.B. die Vertriebs-, Personal-, IT- oder Treasurystrategie abgeleitet und kontinuierlich weiterentwickelt.

Vielfältige Maßnahmen, die insbesondere im Rahmen des Förderauftrages das Herausarbeiten von Chancen zum Inhalt haben, konkretisieren die Strategien und werden regelmäßig den Bedürfnissen angepasst. Hierzu zählen insbesondere die Schaffung von neuen Produkten sowie die Antizipation von sich ändernden Umfeldbedingungen wie z.B. der „Demografische Wandel“ und eine entsprechende Reaktion hierauf.

Die Strategiekommission überwacht die Einhaltung der Ziel-, Strategie- und Maßnahmenvorgaben sowie die Änderungen der Rahmenbedingungen und berichtet dem Vorstand.

Die Bank befindet sich mit dem in 2005 erreichten Betriebsergebnis vor Risikovor-sorge innerhalb der bankbezogenen Zielbandbreiten und hat auch die förderpolitischen Ziele erfüllt.

6.1. Chancen und Risiken

Unter „Chance“ versteht die IB mögliche zukünftige Entwicklungen, die sich im Rahmen der Ziele der Bank direkt oder indirekt vorteilhaft auf die Förderaspekte, die Liquiditäts-, Vermögens- oder Ertragslage (unter Berücksichtigung von Aufwand und Risikovor-sorge) auswirken. Das „Risiko“ stellt dagegen entsprechende nachteilige Entwicklungen dar.

Die am Planungs- und Neue-Produkte-Neue-Märkte-Prozess beteiligten Bereiche identifizieren Chancen wie Risiken aufgrund von Beobachtungen, Analysen und Prognosen der Marktentwicklungen, der Gesetzgebung, der demografischen Entwicklung und weiterer relevanter Rahmenbedingungen für die Geschäftsfelder der Bank. Die Beurteilung derartiger Chancen- und Risikopotenziale findet Eingang in die längerfristig angelegte Gesamtbankstrategie, in die rollierende 3-Jahresergebnisplanung sowie die einjährige Kurzfristergebnisplanung.

In Ansehung der größeren Planungssicherheit für Annahmen für einen kürzeren Zeithorizont gegenüber solchen für einen längeren, gehen Chancen und Risiken im Rahmen der Einjahresplanung unter Berücksichtigung von Eintrittswahrscheinlichkeiten quantitativ in die Betriebsergebnisplanung ein. Für längerfristige Planungen werden abgestuft vermehrt vorsichtigere Annahmen unterstellt.

Die Überwachung realisierter Chancen und Risiken erfolgt durch das Controlling bzw. die Strategiekommission mittels regelmäßiger Soll/Ist-Vergleiche im Rahmen der jeweiligen Planungsprozesse.

6.2. Risikomanagement

Beim Risiko werden die Risikoarten Adressenausfall-, Marktpreis-, Liquiditäts- und Operationelle Risiken unterschieden. Das Risikomanagement wird als Oberbegriff für die Aufgabenstellungen Identifizierung, Messung, Überwachung und Steuerung von Risiken definiert.

Im Rahmen des Risikomanagementprozesses werden wie bisher auch Methoden und Verfahren von der Messung bis hin zur Risikosteuerung weiterentwickelt. Die Risikosteuerung ist in das System der Gesamtbanksteuerung dergestalt eingebettet, dass die Entwicklungen von Ertrags- und Risikopotentialen integriert betrachtet werden. Das Instrumentarium ist sowohl unter betriebswirtschaftlichen als auch unter aufsichtsrechtlichen Gesichtspunkten konzipiert und berücksichtigt ebenfalls die förderpolitischen Aspekte.

Auch im Jahr 2005 hat die IB im Bereich der Risikomessung und -steuerung ihre Verfahren weiter verbessert; die IT-spezifischen MaK-Anforderungen wurden zum 31.12.2005 vollständig umgesetzt. Auf der Grundlage der Risikotragfähigkeit der IB, aus der das operationale und das regulatorische Risikodeckungspotenzial (RDP) abgeleitet werden, hat der Vorstand im Geschäftsjahr das Globallimit auf 44 Mio. € festgelegt, das sich in drei Unterlimite für die Risiken, denen die IB ausgesetzt ist, gliedert, ein Adressenrisikolimit (35 Mio. €), ein Marktpreisrisikolimit (5 Mio. €) und ein Limit für Liquiditäts- und operationelle Risiken (4 Mio. €).

Die vom Vorstand für die Bank vorgegebenen Ertrags- und Rentabilitätsziele werden für die Organisationseinheiten auf die internen Steuerungselemente wie die Deckungsbeitragsrechnungen übertragen. Die Leiter der einzelnen Organisationseinheiten sind für die Steuerung ihrer Geschäftsbereiche verantwortlich, die auch die Risikosteuerung einschließt.

Der Bereich Controlling betreut zum größten Teil dieses stetig fortentwickelte Instrumentarium zur Risikosteuerung. In seiner Risikoüberwachungstätigkeit wird der Vorstand neben dem Bereich Controlling durch die Rechtsabteilung sowie durch das Management der Fachbereiche unterstützt. Darüber hinaus erhält der Vorstand durch die Revision aus deren Prüfungen heraus Beurteilungen des Steuerungs- und Überwachungsverfahrens und Hinweise zu seiner Verbesserung.

Die operative Risikomessung und Limitüberwachung für Marktpreisrisiken und die Überwachung von Kontrahenten- und Emittentenrisiken erfolgt anhand der vom Controlling vorgeschlagenen und vom Vorstand festgelegten Methoden im Bereich Controlling. Die Steuerung der bedeutenden Risiken der Bank wird darüber hinaus durch den Vorstand unter Einbeziehung des Risikoausschusses sowie des Dispositionsausschusses sichergestellt. Entsprechend der bewusst begrenzten Treasuryaktivitäten sind die Marktpreisrisiken von vergleichsweise geringer Bedeutung. Bemerkenswerte Risiken im Liquiditätsbereich bestehen nicht.

Die Liquiditätsrisikoüberwachung erfolgt mit dem in 2003 installierten Verfahren „Liquiditätsablauf“, das eine Vorschau der Liquiditätsüber- und -unterschüsse für die nächsten 10 Jahre liefert. Im Rahmen des quartalsweisen Berichtswesens durch den Bereich Controlling wird der Vorstand neben den Bereichsleitern Treasury und Unternehmenssteuerung über die Liquiditäts-Abläufe unterrichtet.

Im Einklang mit den förderpolitischen Aufgaben entwickelt die IB kontinuierlich eine margenorientierte Risikostrategie und legt zugleich besonderen Wert auf ein ausgewogenes Portfolio, in dem Groß- und Klumpenrisiken im Adressenbereich grundsätzlich vermieden werden. Für ausgewählte Förderprogramme übernimmt das Land einen Teil des Risikos in Form von Bürgschaften.

Das Berichtswesen an den Vorstand, die spezifischen Bereichsleiter und das Aufsichtsorgan (Verwaltungsrat/Kreditausschuss) wurde auch 2005 weiter verbessert. Entscheidungswege, Informationsflüsse und Funktionszuständigkeiten sind klar festgelegt.

Im Geschäftsjahr wurden in den Risikomanagement-spezifischen Projekten „Basel II“, „Ratingverfahren“, „Interne Preiskalkulation“ und „MaRisk“ vielfältige Aktivitäten zur Verfeinerung des Steuerungsinstrumentariums entfaltet, die aufeinander abgestimmt die Feinsteuerung des Risikomanagements hinsichtlich der Erträge sowie der Risiken und Stückkosten weiter optimieren sollen.

Die schriftlich fixierte Ordnung bezüglich des Risikomanagements findet sich zweckmäßigerweise an den spezifischen Stellen der Prozess-Regelungen in den relevanten Anweisungen der Bank; das Risikohandbuch, als aggregierte Darstellung des Risikomanagements mit seinen verschiedenen Risikoaspekten und -segmenten, in dem an entsprechenden Stellen auf bestehende Detailregelungen Bezug genommen wird, wurde nach Fertigstellung zum Jahreswechsel 2004/2005 ergänzt und der Entwicklung angepasst. Aktualisierte Anweisungen zu den Themen „Risikodeckungspotenzial“, „Ergebnis vor Risikovorsorge“ und „Globallimitsystem“ regeln einen systematischen und konsequenten Umgang auch unterjährig mit diesbezüglich entwickelten Instrumentarien sowie daraus resultierenden Analysen und Berichten.

6.3. Adressenausfallrisiken

Unter Adressenausfallrisiken werden mögliche Wertverluste verstanden, die durch den Ausfall bzw. Bonitätsverschlechterungen von Emittenten, Kontrahenten, Garanten, Beteiligungen und Ländern entstehen können. Die IB steuert diese Risiken sowohl auf Einzelgeschäfts- als auch auf Portfolioebene. Für das gesamte Adressenausfallrisiko der Bank wurde ein Globallimit in Höhe von 35 Mio. € vom Vorstand verabschiedet, das unter Berücksichtigung der Limite für die anderen Risikoarten (Marktpreis-, Liquiditäts- und operationelle Risiken) am Risikodeckungspotential, primär an der zukünftigen Ertragskraft der Bank, ausgerichtet ist. Im Rahmen der Überwachung erfolgt der Abgleich der erfolgswirksamen Ausprägung der Risikovorsorge des laufenden Geschäftsjahres mit dem Limit.

Die Ergebnisse der Analysen des Risikocontrollings werden den zuständigen Entscheidungsgremien berichtet, die - sofern erforderlich - umgehend Steuerungsmaßnahmen einleiten. Derzeit existieren verschiedene Risikoklassifizierungsverfahren, die

über eine Transformationsmatrix vergleichbar gemacht werden. Basis für die Messung und Steuerung aller Adressenausfallrisiken sollen zukünftig ratinggestützte Verfahren sein. Der angestrebte Ansatz von integrierten, validierten Ratingverfahren ist im Rahmen des Projektes „Ratingverfahren“ in weiten Teilen bereits sukzessive umgesetzt worden. In die risikoklassenorientierte Portfoliobetrachtung zum 31.12.2005 sind neben den Ergebnissen des internen Ratings auch externe Ratings (S&P, Moody's, Fitch IBCA) im Rahmen der Risikoklassifizierung eingeflossen.

Die Einhaltung der Großkreditgrenzen wird täglich überwacht und ihre Entwicklung dem Vorstand monatlich berichtet. Die standardisiert strukturierte Risikoberichterstattung, die über den reinen Informationsinhalt hinausgehende Risikobeurteilungen und Handlungsvorschläge enthält, erfolgt ebenfalls auf Monatsbasis. Darüber hinaus werden Ad-hoc-Berichte an den Vorstand bei Überschreiten festgelegter Schwellenwerte formulargestützt erstellt und durchlaufen einen geregelten Prozess.

Im Bereich der Einzeladressenrisiken sind die Prozesse im originären Kreditgeschäft weiter optimiert worden; die diesbezügliche schriftlich fixierte Ordnung wird in dem EDV-gestützten integrierten Kredithandbuch dokumentiert. In den Kreditbereichen sind die aufbau- und ablauforganisatorischen Maßnahmen zur Risikoreduzierung auch in 2005 fortgesetzt worden.

Der Prozess „Neuartige Produkte und neue Märkte“ wird auf der Basis der laufenden Erfahrungen kontinuierlich im Rahmen der aufsichtsrechtlichen Vorgaben weiter optimiert und stellt durch seine Standardisierung kontrollierte Innovationen organisatorisch sicher.

Wertpapiere für den Anlagebestand, die vom Bereich Treasury erworben werden, beschränken sich auf Emittenten mit Ratingnoten im A-Bereich; außerdem bestehen detaillierte Vorgaben zum Erwerb derartiger Papiere hinsichtlich Volumina, Ratingklassen und Laufzeiten im Rahmen einer Matrix.

Die Steuerung und Überwachung des Beteiligungsportfolios erfolgt im Vorstandsstab sowie im Controlling unter enger Einbindung des Vorstands. Die bestehenden Beteiligungen sind im Rahmen des gesamten Portfolios von geringer Bedeutung und weisen vertretbare Risiken auf.

Länderrisiken entstehen durch die Kreditvergabe an oder einen Kontraktabschluss mit einem ausländischen Geschäftspartner, unabhängig von der Bonität des Geschäftspartners. Das Risiko liegt darin, dass aufgrund von Beschränkungen im internationalen Zahlungsverkehr, Illiquidität oder Zahlungsverweigerung von staatlichen Stellen Zins- und Tilgungsleistungen oder andere vereinbarte Leistungen nicht oder nur unvollständig bzw. verspätet in der mit dem Gläubiger vereinbarten Währung erbracht werden. Ein ausländischer Geschäftspartner kann auch der Staat selbst sein. Das beim Adressenausfallrisiko mit zu berücksichtigende Länderrisiko spielt aufgrund der geschäftspolitischen Ausrichtung und des regionalen Schwerpunkts der IB keine Rolle; es existieren nur wenige Einzelfälle.

Die Risikosituation eines Förderinstituts wird durch die wirtschaftlichen und konjunkturellen Rahmenbedingungen stark beeinflusst. Bei der IB zeigt sich dies (siehe auch nachfolgende Tabelle) in dem Gesamtvolumen der Einzelwertberichtigungen, das sich durch die konjunkturelle Stagnation leicht weiter erhöht hat; allerdings hat sich

die Situation in der Sparte Wirtschaft verbessert, entgegen der Entwicklung in der Sparte Immobilien. Dies entspricht dem allgemeinen Trend der Insolvenzen, die im Privat-Bereich ebenfalls angestiegen sind.

Einzelwertberichtigungen Mio. €		EWB-Quote*		PWB** Mio. €
Vorjahr	31.12.2005	Vorjahr	31.12.2005	31.12.2005
120,6	128,0	1,37%	1,31%	8,5

6.4. Marktpreisrisiken

Unter Marktpreisrisiken werden potentielle Verluste verstanden, die aus zukünftigen Marktwertschwankungen unserer Positionen aufgrund von Änderungen der Zinsstruktur (Zinsrisiken) entstehen können. Sonstige Marktpreisrisiken (Währungsrisiken, Aktienkursrisiko sowie sonstige Preisrisiken) geht die IB nicht ein. Als Nicht-Handelsbuchinstitut betreibt die IB Derivategeschäfte ausschließlich zur Absicherung von Zinsrisiken im Anlagebuch. Handelsbestände bestehen in der Bank nicht, erworbene Wertpapiere fließen entweder in den Anlagebestand oder in die Liquiditätsreserve.

Im Geschäftsjahr wurden, wie im Vorjahr, Zinstauschvereinbarungen sowohl zur Absicherung einzelner offener Positionen (micro hedge) als auch zur Absicherung der Gesamtzinsposition (macro hedge) abgeschlossen.

Bei der Risikoermittlung und -überwachung geht die IB nach wie vor über die Anforderungen der MaH hinaus, hier stehen bei den Zinsänderungsrisiken Gesamtbankaspekte im Vordergrund. In der IB basiert die Messung und Steuerung von Marktpreisrisiken auf dem Value-at-Risk-Ansatz (VaR-Ansatz). Der Value at Risk stellt die mögliche Wertänderung eines Portfolios aus Finanzinstrumenten aufgrund von Schwankungen der Bewertungsparameter dar. Das Berechnungsverfahren ermittelt die mögliche Wertänderung, die bei einer eintägigen Haltedauer mit einer Wahrscheinlichkeit von 95 % nicht überschritten würde. Zur Prognose werden Zeitreihen von Zinssätzen über die letzten 250 Tage verwendet. Die Risiken werden der eingeräumten Verlustgrenze (Limit) in Höhe von 5 Mio. € gegenübergestellt und wöchentlich an den Vorstand, die Unternehmenssteuerung und das Treasury berichtet.

Neuartige Produkte gemäß MaH werden systematisch in die Risikomessung mit eingebunden.

Im Rahmen der Erfassung und Steuerung von Zinsänderungsrisiken auf VaR-Basis verwendet die IB ein barwertorientiertes Verfahren. Wesentliches Element ist die Ermittlung eines kumulierten Barwertes, der auf Basis der von den verzinslichen Aktiva und Passiva einschließlich Swaps generierten Netto-Cash-Flows für zinsrisikobehaftete Geschäfte berechnet wird. Die Berechnung des Barwertes der ermittelten Zahlungsströme erfolgt auf der Basis von laufzeitgerechten, aus der Zinsstrukturkurve gewonnenen Marktzinssätzen. Dabei wird das Zinsänderungsrisiko der unterjährigen Zinspositionen einer besonderen Betrachtung unterzogen. Zu den unterjährigen Positionen zählen beispielsweise Termingelder, Wertpapiere mit variablem Zins, Schuldscheindarlehen mit variablem Zins sowie die variablen Zinszahlungen aus den Swapabschlüssen.

*
bezogen auf das Kreditvolumen

**
Pauschalwertberichtigung

Neben der Gesamtrisikobetrachtung auf VaR-Basis findet eine Risikomessung im Rahmen des Basis Point Value (BPV) Ansatzes statt, für den ebenfalls ein Limit besteht. Der BPV drückt die Größe aus, mit der sich der Barwert einer Position verändert, wenn sich der zugrunde gelegte Zinssatz um eine Stelle verändert.

Kündigungsrisiken im Zusammenhang mit Optionsklauseln in einzelnen Kredit-

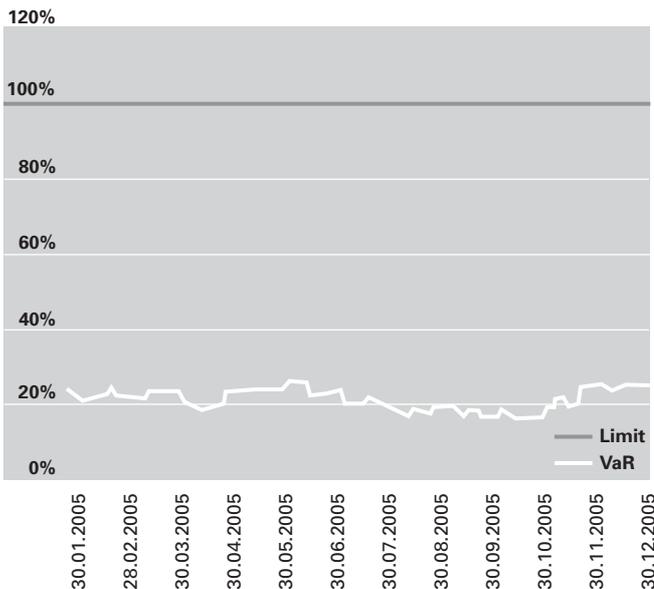
verträgen werden von der Bank identifiziert und unter Beurteilung des damit verbundenen Risikos dem Vorstand regelmäßig zur Entscheidung über Maßnahmen vorgelegt.

Zur Begrenzung des gesamten Marktpreisrisikos hat der Vorstand ein Risikolimit für die Bank vorgegeben. Das Risikolimit wurde im Berichtsjahr bei zurückhaltender Ausnutzung stets eingehalten. Um zu vermeiden, dass es zu einer tatsächlichen Limitüberschreitung kommt, existieren Frühwarnstufen, die nach einem festgelegten Procedere Anpassungsentscheidungen auslösen.

Der Value at Risk betrug per 31.12.2005 1,46 Mio €. Die durchschnittliche VaR-Limitauslastung lag für die Risiken des Treasury bei 19,3%, bei einer Schwankungsbreite zwischen 5,3 % (Tiefstwert) und 30,2 % (Höchstwert). Das VaR-Limit wurde im Geschäftsjahr unverändert bei 5,0 Mio. € belassen.

Innerhalb des Back-Testing-Verfahrens wird ein Vergleich zwischen dem prognostizierten zu erwartenden Höchstverlust von einem auf den nächsten Handelstag, dem VaR, und der tatsächlich eingetretenen Ergebnisveränderung des Portfolios durchgeführt. Hierbei wird für jeden Testvorgang ein Zeitraum von 250 Handelstagen zugrunde gelegt. In 2005 lag die Anzahl der „Ausreißer“ unterhalb der zulässigen Toleranz. Die durchgeführte Worst-Case-Betrachtung basiert auf einer Veränderung des Konfidenzniveaus von 95 % auf 99 %. Die Simulationen ergaben, dass auch bei einem 99 %- Konfidenzniveau das Risikodeckungspotential nicht überschritten wurde.

Daneben existiert ein Stresstest-Verfahren, welches die Krisenfestigkeit der Bank anhand äußerst extremer Marktentwicklungen prüft. Es beruht zum einen auf dem Modell des IWF bzw. der Deutschen Bundesbank und zum anderen auf einem Modell gemäß Basel II. Beide Modelle simulieren extreme, zum Teil auch asymmetrische Veränderungen der Zinsstrukturkurve und untersuchen die Auswirkungen der Marktwertänderung des Portfolios auf das Eigenkapital der Bank. Nach IWF/Deutsche Bundesbank darf die regulatorische Eigenkapitalquote von 8% (für IB z. Z. 12%) nicht unterschritten werden; gemäß Basel II darf die Marktwertänderung des Portfolios 20% des haftenden Eigenkapitals nicht übersteigen. Beide Prüfkriterien hat die Bank auch in 2005 problemlos erfüllt.



Entwicklung der Value-at-Risk-Auslastung Marktpreisrisiko 2005 in %

6.5. Liquiditätsrisiken

Das Liquiditätsrisiko stellt für die Bank das Risiko dar, keine ausreichende Liquidität vorzuhalten und damit nicht in der Lage zu sein, ihren ordnungsgemäßen Zahlungsverpflichtungen fristgerecht und im vollen Umfang nachzukommen. Das Liquiditätsrisiko wird im Rahmen der Liquiditätspolitik und -planung berücksichtigt.

Für die Festlegung von Rahmenbedingungen und Strategien zur Planung und Steuerung der Liquidität unterbreitet der Dispositionsausschuss dem Vorstand entsprechende Entscheidungsvorschläge, aufsichtsrechtliche (wie Mindestreserve, Grundsatz II) und betriebswirtschaftliche Risiken werden dann alleinverantwortlich vom Treasury gesteuert.

Die zur Umsetzung erforderlichen Maßnahmen, insbesondere die Deckung des Finanzierungsbedarfes und die tägliche Gelddisposition, werden vom Treasury (Liquiditätssteuerung) vorgenommen. Auf Basis der Auswertung „Liquiditätsablauf“ aus dem Controlling wird der Finanzierungsbedarf nach Laufzeit, Volumen und Instrument zur langfristigen Absicherung der deterministischen Liquiditätsrisiken festgelegt.

Die Einhaltung der aufsichtsrechtlichen Bestimmungen überwacht das Controlling. Der Koeffizient gemäß Grundsatz II (Liquiditätsgrundsatz) der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) betrug zum 31.12.2005 2,78 (Vorjahr 2,69). Er lag während des gesamten Geschäftsjahres oberhalb der Mindestanforderung von 1,0.

6.6. Operationelle Risiken

Unter dem Begriff „Operationelle Risiken“ werden die Risiken direkter oder indirekter Verluste verstanden, die durch das Versagen oder die Unangemessenheit von Technologie, Organisation und Personal oder durch externe Einflüsse verursacht werden. Die IB beabsichtigt, die operationellen Risiken bei der zukünftigen Eigenkapitalunterlegung nach dem Basisindikatoransatz gemäß Basel II zu ermitteln. Ungeachtet dessen werden aus betriebswirtschaftlichen Gründen die Methoden zur Überwachung und Steuerung operationeller Risiken weiterhin fortlaufend verfeinert. Im Rahmen der Planung waren die Bereiche, wie in den Vorjahren, im Rahmen eines plausibilisierten Self-Assessments aufgefordert, strukturiert die jeweiligen potenziellen Risiken zu identifizieren, zu bewerten und zu quantifizieren; dieses Verfahren wurde auch in 2005 weiter verbessert. Im Rahmen des laufenden Projekts „Basel II“ wurde ein Teilprojekt aufgesetzt, das sich dezidiert mit dem Thema Operationelle Risiken befasst.

Auch im organisatorischen Bereich wurden diverse Regelungen eingeführt oder angepasst, um das Sicherheitsniveau der Bank kontinuierlich zu erhöhen. Insbesondere die Notfallorganisation der Bank wurde strukturell und organisatorisch überarbeitet und in einem umfangreichen Regelwerk mit klaren Zuständigkeiten spezifiziert. Hinsichtlich des elektronischen Datenbestands wurde durch gezielte Maßnahmen die Datenqualität aufgrund systematischer Untersuchungen weiter angehoben.

Um Risiken im Bereich Personal zu minimieren, hat die Bank die Konzepte der Auswahl, der Einarbeitung, des Einsatzes, der Bindung sowie der Förderung und Entwicklung der MitarbeiterInnen fortentwickelt. Diese konzentrieren sich auf die Erkennung des Potentials sowie auf die fachliche und persönliche Qualifizierung. Die Programme stellen eine adäquate Ressourcensteuerung sicher, die den jeweiligen Ver-

änderungsprozessen Rechnung trägt. Die Personalkommission fördert und überwacht die entsprechenden Personalkonzepte. Für einen Großteil der Mitarbeiter wurden im Zusammenhang mit verschiedenen Implementierungen (z.B. MaK, Pricing, Basel II) Schulungsveranstaltungen mit in- und externen Referenten durchgeführt, um die Qualifizierung weiter zu steigern.

Den Rechtsrisiken begegnet die IB primär durch die Verwendung von Standardverträgen, regelmäßige Einzelvertragsprüfungen, die laufende Anpassung der Vertragsdokumentationen an die jeweils herrschende Rechtsprechung, die systematisch durch den Bereich Recht beobachtet und an die zuständigen Stellen in der Bank zeitnah kommuniziert wird, sowie Unterstützung der Marktbereiche durch die geregelte systematische Einbindung der Rechtsabteilung im Rahmen definierter Verantwortlichkeiten. Das Vertragsmanagement wurde auch EDV-spezifisch optimiert.

Die geregelte Projektorganisation der Bank stellt nicht nur die erfolgreiche Umsetzung der einzelnen Maßnahmen durch qualitätssichernde und überwachende (Zeit, Kosten und Ergebnisse) Institutionen organisatorisch sicher, sondern identifiziert, projiziert und priorisiert systematisch den Handlungsbedarf der Bank hinsichtlich organisatorischer und technischer Weiterentwicklungen Kosten-/Nutzen-orientiert im Rahmen der rollierenden Projekt-Masterplanung. Die Durchführung größerer Projekte erfolgt regelmäßig durch eine fachliche und eine organisatorische Projektleitung und vereint damit die unterschiedlichen Anforderungen an eine erfolgreiche Projektdurchführung. Der Ansatz, einen Großteil der Projekte mit eigenen Mitarbeitern zu bestreiten, erfordert ein strukturiertes Vorgehen, um die entsprechenden Kapazitäten für die stetig zunehmenden Projekte zu entwickeln und auszubauen. Durch gezielte individuelle Maßnahmen (z.B. Seminare, Coaching, Fachliteratur) wird die Qualifizierung für derartige Aufgabenstellungen kontinuierlich auf eine breitere Basis gestellt, um den zukünftigen Aufgaben adäquat gewachsen zu sein.

Der Arbeitsschutz-Ausschuss der Bank, der mit seiner Tätigkeit den Vorstand dabei unterstützt, operationelle Risiken verschiedenster Art durch Präventivmaßnahmen zu minimieren, trägt in erheblichem Maße auch dazu bei, Risiken dieser Art transparent zu machen.

7. Prognosebericht

Unter Berücksichtigung der derzeitigen Rahmenbedingungen der IB erwarten wir in den nächsten zwei Jahren (Prognosezeitraum) folgende Entwicklung.

Die Stimmung sowie die Aussichten hinsichtlich der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung haben sich für das Jahr 2006 gegenüber dem Vorjahr deutlich verbessert. Jüngste Wachstumsschätzungen gehen von Werten zwischen 1,5% und 2% aus. Als Konjunkturstütze wird neben der Exportwirtschaft auch die Binnennachfrage gesehen, die insbesondere von Vorzieheffekten infolge der für 2007 angekündigten Mehrwertsteuererhöhung profitieren soll. Als Risiken gelten weiterhin die hohen Energiepreise sowie die weltwirtschaftliche Entwicklung.

Angesicht der derzeit auf den Geld- und Kapitalmärkten vorhandenen Liquidität sowie der Inflationsentwicklung gehen wir für 2006 von weiteren geldpolitischen Maßnahmen der Europäischen Zentralbank aus.

Die wettbewerbsneutrale und unentgeltliche Beratung der Wirtschaft bleibt auch in Zukunft eine unvermindert wichtige Aufgabe der IB. Hierbei werden wir auch weiterhin eng mit den anderen Förderinstitutionen des Landes, des Bundes und der EU zusammenarbeiten.

Im Bereich Wirtschaft rechnen wir im Jahr 2006 mit einer verstärkten Nachfrage nach Fremdfinanzierungen und Beteiligungskapital, so dass die Produkte „Kooperationsdarlehen“ und Produkte mit mezzaninem Kapital weiterhin im Vordergrund stehen werden.

Um insbesondere kleinen und mittleren Unternehmen mit geringem Finanzierungsbedarf den Zugang zum Kreditmarkt zu erleichtern, wurde Ende 2005 mit Unterstützung aus dem Schleswig-Holstein-Fonds der Landesregierung ein neues Kreditprogramm „IB.KMUdirekt“ aufgelegt. Es wird erwartet, dass von dem bis Ende 2007 konzipierten Finanzierungsprogramm etwa 200 Unternehmen profitieren, die ansonsten von einer Finanzierung über den Kreditmarkt ausgeschlossen blieben. Ebenfalls im Rahmen des Schleswig-Holstein-Fonds wird unter Mitbeteiligung der IB ein Beteiligungsfonds für den Mittelstand und ein Beteiligungsfonds für Seed- und Start-up-Unternehmen bereitgestellt werden. Mit der Aufnahme der landwirtschaftlichen Haupterwerbsbetriebe als weitere Zielgruppen positioniert sich die IB neben der Energieberatung wieder zunehmend im ländlichen Raum.

**IB.KMUdirekt
hilft kleinen und mittleren
Unternehmen**

Im Bereich Immobilien wird das durch den ersatzlosen Wegfall der Eigenheimzulage fehlende Neugeschäft erst in den nächsten 2 bis 3 Jahren durch den verstärkten Ausbau bestehender sowie neuer Produkte kompensiert werden können. Im Individualgeschäft werden die Vertriebsaktivitäten verstärkt auch auf Privateigentümer ausgerichtet werden. In der sozialen Wohnraumförderung stehen gemäß Programmlauf für 2006 Mittel in Höhe von 75,0 Mio. € zur Verfügung. Darüber hinaus werden für die Jahre 2006 und 2007 wiederum Mittel für Zuschussförderungen bereitgestellt.

Vor dem Hintergrund der steuerlichen Rahmenbedingungen sehen wir den Wohnungsbau in Schleswig-Holstein vor schwierigen Jahren. Die immer differenzierter werdenden Ansprüche an das Produkt „Wohnen“ eröffnen aber auch Möglichkeiten für zielgruppenspezifische Angebotsstrategien.

Im Bereich Kommunen steht die IB auch weiterhin als Partner und Dienstleister zur Verfügung. Als Grundlage hierfür wird das Kommunalgeschäft weiter ausgebaut und durch weitere Produkte ergänzt werden. Durch das ÖPP-Kompetenzzentrum ist die IB zentraler Ansprechpartner für die Landesverwaltung, Kommunen, Wirtschaft und Fachplaner im Bereich „Öffentlich-Private-Partnerschaften“. Das Aufgabenspektrum in diesem sich dynamisch entwickelnden Bereich umfasst Netzwerkarbeit, Unterstützung bei der Entwicklung und Begleitung konkreter Vorhaben sowie deren Finanzierung. Das Land wird in 2006 die landesrechtlichen Voraussetzungen schaffen, dass Öffentlich Private Partnerschaften in Schleswig-Holstein erleichtert werden.

Durch den Austausch mit anderen Kompetenzzentren und Förderbanken sowie die Mitgliedschaft im ÖPP-Arbeitskreis des Verbandes Öffentlicher Banken wird die IB aktuelle Entwicklungen im diesem Bereich maßgeblich mit unterstützen. Zudem ist die IB als Mitglied einer deutsch-dänischen Arbeitsgruppe an der Erarbeitung geeigneter

Finanzierungsmodelle für eine feste Fehmarn-Belt-Querung beteiligt.

Die aktuelle Programmperiode für die in der IB verwalteten INTERREG III-Programme endet 2006. Daher wird es für diese Programme nach 2006 keine weiteren Ausschreibungsrunden bzw. Projektbewilligungen geben. Projektumsetzungen und Auszahlungen für laufende Projekte können jedoch bis 2008 erfolgen. Daneben wird die neue Programmperiode 2007 – 2013 vorbereitet.

Im Rahmen der Treasury-Strategie ist in 2006 eine weitere Aufstockung des Wertpapierbestandes geplant. Unter Beachtung der bisherigen hohen Qualitätsstandards sollen dabei auch neue Märkte erschlossen und neue Produkte eingesetzt werden.

Für die Jahre 2006 und 2007 sind im Zusammenhang mit der Umsetzung der aufsichtsrechtlichen Anforderungen aus „Basel II“ umfangreiche Investitionen geplant. Weitere Vorhaben beinhalten Investitionen in die Infrastruktur der Bank.

Für den Prognosezeitraum erwarten wir eine weiterhin positive Ertragsentwicklung. Die geplanten Geschäftsergebnisse erreichen trotz der Aufwendungen aus der Zuschussförderung im Bereich der sozialen Wohnraumförderung nahezu das Niveau des Jahres 2005.

Im Jahr 2006 werden zwei Auszubildende ihre Ausbildungszeit in der IB abschließen. Der zusätzlich eingerichtete Ausbildungsgang „Kauffrau/-mann der Bürokommunikation“ wird nach gutem Erfolg als Ausbildungsangebot fortgesetzt. Für das Jahr 2006 ist ein weiterer Personalaufbau vorgesehen.

Die permanente Fortbildung unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bleibt für die IB eine Investition in die Zukunft, um weiterhin den Anforderungen unserer Kunden sowie unseres Eigentümers gerecht zu werden. In Personalentwicklungstagen werden konkrete Maßnahmen zur Weiterqualifikation sowohl in fachlicher als auch persönlicher Hinsicht erarbeitet. Eine Überprüfung findet alle zwei bis drei Jahre statt.

Kiel, 10.04.2006

Lutz Koopmann
(Vorstandsvorsitzender)

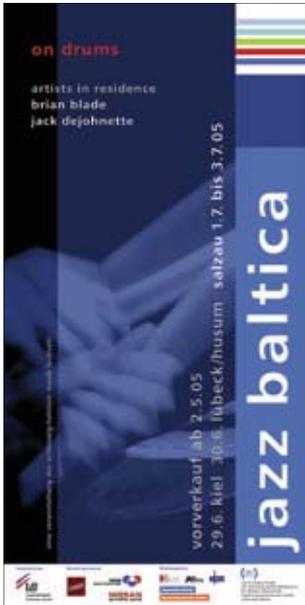
Dr. Heinz Engelhaupt

Dr. Klaus Rave



IB

Kulturrengagement



Als zentrales Förderinstitut des Landes fördern wir den Standort und seine Entwicklung. Deshalb engagieren wir uns auch für die regionale Kunst und Kultur.

Unser Kulturrengagement beruht auf drei Standbeinen: Zum einen unterstützen wir kulturelle Belange in Schleswig-Holstein im Rahmen unserer originären Arbeit, z.B. durch Fördermittel aus dem Kommunalen Investitionsfonds und der Städtebaulichen Denkmalpflege, aber auch durch unsere Beratung und Finanzierung von Existenzgründungen, die gerade in der künstlerischen „Szene“ Hilfestellung brauchen.

An zweiter Stelle steht unser Sponsoringengagement. Seit zwei Jahren sind wir Hauptsponsor des Jazzfestivals „JazzBaltica“. Das junge und innovative Image des Festivals und die Ausrichtung auf den Ostseeraum – Attribute, die wir auch für die IB in Anspruch nehmen – beeinflussten die Entscheidung bei der Auswahl des Partners. Ebenfalls als Sponsor unterstützen wir das Literaturhaus Schleswig-Holstein und entwickeln gemeinsame Projekte für unsere Kunden, Geschäftspartner und Mitarbeiter. Zusätzlich sponserten wir in 2005 regionale Kulturinitiativen wie den KulturKongress des Landeskulturverbandes.

Eine feste Größe ist unser IB.Kunstkalender. Regionale zeitgenössische Kunst und ein deutlicher Anteil an Nachwuchsförderung prägen dieses Werk, das in einer Auflage von 2.500 Exemplaren seit 1987 erscheint.

Darüber hinaus – an dritter Stelle – ist das Angebot kultureller Aktivitäten für unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter integrierter Bestandteil unserer Unternehmenskultur.

Der 2003 ins Leben gerufene Kulturkreis der IB eröffnet unseren Mitarbeitern die Möglichkeit, sich mit dem Thema Kunst und Kultur auseinander zu setzen und die künstlerischen Belange der IB mit zu gestalten. Der Kulturkreis entwickelt Angebote zur Teilnahme an Kulturereignissen von der Veranstaltung „Künstler zum Kennen lernen“, bei der die Künstler unseres IB.Kunstkalenders sich und ihre Arbeit vorstellen, bis hin zu einer Vernissage „Kunst aus der IB“, in der Mitarbeiter ihre eigenen Werke ausstellen.

Wir sehen in dem Kulturkreis eine neue Möglichkeit, mit Mitarbeitern in einen Dialog über das Unternehmen selbst und seine Einbindung in Wirtschaft und Kultur zu treten und die Mitarbeiterbindung zu stärken.

Unser Kulturrengagement eröffnet neue Wege für unsere Kunden und Partner, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, Künstlerinnen und Künstler – Kreativität als Standortfaktor. Im Rahmen unserer finanziellen Möglichkeiten werden wir diesen Weg auch in den kommenden Jahren fortsetzen.



Frühjahr

Baumessen

Bauherren, Hauskäufer und Modernisierer informieren sich über Förder- und Finanzierungsmöglichkeiten auf zahlreichen Baumessen im Land.



**Vier Wände
zum Leben**

Ob Neubau, Altbau oder
Modernisierung:
Eine besonnene, wettbewerbs-
neutrale Finanzierungsberatung
ist wichtig, damit aus Träumen
Realität werden kann.
Wir entwickeln für Ihr Wohnprojekt
die maßgeschneiderte Finanzierung.
Rufen Sie uns an.

Wir sind auch am 6. und 7. Mai
auf der Immobilien im Finanzzentrum
der Sparkasse Kiel für Sie da.

Ziele erkennen... Zukunft gestalten

Investitionsbank Schleswig-Holstein

IB.Büro Kiel
Fleethörn 29 - 31
24103 Kiel
Tel. (0431) 99 05-0



www.ib-sh.de

26. Januar

Künstler zum Kennen lernen

Die IB-Kalenderkünstlerinnen und -künstler Philine Fahl, Hanne Nagel-Axelsen, Jörgen Hadedank und Tobias Duwe stellen sich selbst und ihre Werke den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der IB vor.



Frühjahr und Herbst

Infoabende für Geschäftspartner
Unsere Partner aus Banken, Bau-
sparkassen und Finanzierungs-
beratungen verbringen einen
informativen Abend - einmal
außerhalb der Geschäftsräume
und ohne Laptop, Taschenrechner
und Kreditkonditionen.



8. März

Bilanz-Pressekonferenz

Rekord: Auf unserer Bilanzpresse-
konferenz präsentiert der IB-Vor-
stand das beste Geschäftsergeb-
nis seit Bestehen des Unterneh-
mens.



20. April

Junior

Zusammen mit dem Institut der
Deutschen Wirtschaft veranstalten
wir den Landeswettbewerb
„Bestes Miniunternehmen
an schleswig-holsteinischen
Schulen“.

4. Mai

Eröffnung IB.Büro Eutin

Als weiteres Zeichen unserer
Verbindung zur Region eröffnen
wir ein IB.Büro in der Eutiner
Innenstadt.





19. Mai Community Treff der Wind- energiebranche

In Husum trifft sich die Windenergiebranche auf Einladung der windcomm Schleswig-Holstein und der IB. Gespräche, Kontakte und Netzwerke stehen bei den über 120 Gästen im Mittelpunkt des Abends.



9. Juni Eröffnung Haus der Wirtschaft in Kiel

Unter dem Motto „Alles für die Wirtschaft unter einem Dach“ präsentiert die IB ihre Wirtschaftsförderungsabteilungen im neuen „Haus der Wirtschaft“ in Kiel.

14. Juni

Erfahrungsaustausch

Die IB ist Gastgeber für den „Erfahrungsaustausch Informationstechnologie“ des Verbandes Öffentlicher Banken



30. Juni

Kultursponsoring I: JazzBaltica

Als Hauptsponsor unterstützt die IB das bedeutsame Jazz Festival.



19. August

LIFE Umwelt Workshop erläutert EU-Fördermöglichkeiten

Damit EU-Förderanträge im Bereich „Umwelt“ nicht an bürokratischen Hemmnissen scheitern, geben das EIC und erfolgreiche EU-Antragsteller Tipps für die Antragstellung im Rahmen des Workshops.



31. August

bis 2. September

InWaterTec, Kiel

Die IB informiert über Förder- und Finanzierungsmöglichkeiten auf der Messe für maritime Technologien



8. September und

17. November

Kultursponsoring II: IB unterstützt Literaturhaus Schleswig- Holstein

Die Autoren Burkhard Spinnen, Svenja Leiber und Jana Scheerer lesen für Geschäftspartner, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der IB aus ihren aktuellen Büchern.



8. bis 13. September
Nordbau, Neumünster

Zahlreiche Interessenten informieren sich auf der größten Baumesse Europas an unserem Messestand über Förder- und Finanzierungsmöglichkeiten für die eigenen vier Wände.



11. September
IB sportlich

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der IB starten mit zwei Firmemannschaften erfolgreich beim Sparkasse Kiel Lauf.



20. bis 24. September
Husum Wind

Die IB stellt den Besuchern der weltweit größten Windenergiemesse ihre Produkte und Dienstleistungen vor.

19. Oktober
Strategie 2010

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter informieren sich über die zukünftige Strategie der IB.



2. November

Presse und Schalentiere

Zahlreiche Medienvertreter und Journalisten erleben den traditionellen Abend ohne Block und Bleistift bei maritimen Köstlichkeiten in der IB.



22. Dezember

Weihnachtsfeier

Bei Selbstgebackenem, weihnachtlichen Posaunenklängen mit Gesang und einer Tombola für einen guten Zweck stimmt sich die IB auf das Weihnachtsfest ein.

Während des ganzen Jahres

Von der Existenzgründung bis ins Unternehmen

Bei zahlreichen Veranstaltungen stellen unsere Fachleute Förder- und Finanzierungsmöglichkeiten vor – für Existenzgründungsinteressierte und bestehende Unternehmen.

Während des ganzen Jahres

AfterWorkWorkShops

Unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter arbeiten nicht nur intensiv in verschiedensten Projekten, sie bilden dazu auch in ihrer Freizeit Netzwerke und lernen voneinander.

Unser Leistungsspektrum

Wirtschaft

Förderprogramme/Zuschüsse

- ZAL- Biomasse und Energie
- Demonstrationsvorhaben zum Umweltaudit
- Investitionszuschüsse aus der Gemeinschaftsaufgabe (GA) „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“
- JEV (Joint-Ventures innerhalb der EU)
- Ökotechnische und ökonomische Maßnahmen
- Zuschüsse zur beruflichen Aufstiegsfortbildung (Meister-BAföG)

Kredite

- Investitionsdarlehen
- Kooperationsdarlehen
- Betriebsmitteldarlehen
- Refinanzierung von Beteiligungsgesellschaften
- „Starthilfe Schleswig-Holstein“ (Übernahme der Hausbankfunktion bei Existenzgründungen)
- IB.KMUDirekt
- Darlehen zur beruflichen Aufstiegsfortbildungsförderung (Meister-BAföG)

Beteiligungskapital

- Sonderdarlehen mit eigenkapitalähnlichem Charakter
- MBG-Beteiligungen: Beteiligungssofortprogramm für Arbeitsplätze
- Beteiligungskapital für mittelständische Unternehmen
- Beteiligungskapital für Markteinführung und Wachstum
- Beteiligungskapital für innovative Existenzgründer
- Beteiligungskapital für Unternehmensfortführungen
- Beteiligungskapital zur Unterstützung von Außenhandelsaktivitäten
- EFRE-Kapital-Fonds

Beratung und Dienstleistungen

- Beratung im Umwelt- und Energiesektor
- IB.GründerinnenBeratung für Existenzgründerinnen
- Durchleitung von gewerblichen Förderprogrammen der KfW und Landwirtschaftlichen Rentenbank an Sparkassen (Öffentliche Bundesförderung)
- Refinanzierung von Kapitalbeteiligungsgesellschaften (Öffentliche Bundesförderung)
- EU-Förderung Euro Info Centre/ IB-Verbindungsbüro Brüssel
- IB.Förderlotsen
- Projekt- und Prozessmanagement
- Beratung bei komplexen Förderfinanzierungen und Entscheidungsprozessen

Immobilien

Förderprogramme Kredite

Soziale Wohnraumförderung

Mietwohnungsbau

- Baudarlehen in der sozialen Wohnraumförderung für
- Neubau, Ausbau und Erweiterung und die Modernisierung von Mietwohnungen
 - Erwerb von Belegungsrechten an bestehendem Wohnraum
 - Erwerb bestehender Wohnungen durch neu zu gründende oder ausgründende Wohnungsgenossenschaften
- #### Eigentumsmaßnahmen
- Baudarlehen für
- Neubau und Ersterwerb
 - Gruppenselbsthilfemaßnahmen
 - Erwerb bestehenden Wohnraums in besonderen Fällen
 - Mieterprivatisierung

Allgemeine Wohnraumförderung

Mietwohnungsbau

- IB.ImmoFlex
- Vergabe von KfW-Darlehen für wohnwirtschaftliche Investitionen (= Wohnraum modernisieren, ökologisch Bauen, CO₂-Gebäude-Sanierungsprogramm)
- Kooperationsdarlehen

Eigentumsmaßnahmen

- IB.TandemPlus
- IB.ImmoFlex
- Vergabe von KfW-Darlehen für wohnwirtschaftliche Investitionen (= Wohnraum modernisieren, ökologisch Bauen, Wohneigentumsprogramm, CO₂-Gebäude-Sanierungsprogramm)

Beratung und Dienstleistungen

- kompetente Finanzierungsberatung
- Energetische und finanzwirtschaftliche Beratung im Mietwohnungsbereich (IB.ImmoCheck)
- Beratung mit Hilfe der dynamischen Investitionsrechnung
- Durchleitung von wohnwirtschaftlichen Förderprogrammen der KfW an Sparkassen (Öffentliche Bundesförderung)

Kommunen

Förderprogramme

Stadt- und Dorferneuerung

- Bund/Land Programm Städtebauförderung
- Bund/Land-Programm „Soziale Stadt“

Städtebauliche Denkmalpflege für Kommunen

- Darlehen für die denkmalgerechte Durchführung von Baumaßnahmen an historischer Bausubstanz in Altstadtbereichen

Verbesserung der kommunalen Infrastruktur

- Darlehen aus dem Kommunalen Investitionsfonds
- Regionalprogramm 2000
- Schulbaufonds
- Investitionsprogramm Zukunft, Bildung und Betreuung
- Forderungskauf
- Biomasse und Energie

Krankenhaus-, Heim- und Fachklinikfinanzierung

- Darlehen für Krankenhausbaumaßnahmen und -Einrichtungen
- Darlehen für Baumaßnahmen und Einrichtungen an Heimen, Fachkliniken und Behinderteneinrichtungen

EU-Programme im Ostseeraum

- INTERREG IIIA (Nord)*
- INTERREG IIIA (Süd)**
- INTERREG III B (Ostseeraum)
- INTERREG IIIC (Nord)

- Schleswig-Holstein-Fonds Energiebereich

* Estland, Litauen, Russland

** Lettland, Litauen, Belarus

Beratung und Dienstleistungen

Energieeinsparung

- Stromeinsparung in öffentlichen Gebäuden
- Wärmetechnische Gebäudesanierung

Erneuerbare Energien

- Biomasse
- Solar
- Wind

Rationelle Energieerzeugung

- Objektblockheizkraftwerke

Energiemanagement und -controlling

- Einführung, Begleitung, Schulung
- IB.EnergieCheck

Schulbausanierung

- Erstellung von Sanierungs- und Finanzierungskonzepten bei der Sanierung von schulischen Liegenschaften

Ausschreibung und Finanzierung

- Beratung und Begleitung z. B. bei der Ausschreibung von Stromlieferungen
- Beratung und Begleitung bei der Durchführung von Contractingvorhaben

Kommunale Finanzierungs- und Förderprogrammberatung

- Fördermittel Land/Bund/EU
- Erstellung von Finanzierungskonzepten für kommunale Infrastrukturmaßnahmen

EU-Förderung für Kommunen

- Euro Info Centre
- Beratung über EU-Fördermöglichkeiten
- Unterstützung bei der Antragsstellung und Projektabwicklung
- Recherche zu EU-Vorschriften
- EU-akkreditiertes Finanzinstitut
- IB-Verbindungsbüro Brüssel
- Bedarfsorientierte aktuelle Informationen aus den EU-Institutionen sowie Kontaktvermittlung und Vertretung Ihrer Interessen direkt in Brüssel

ÖPP-Kompetenzzentrum Schleswig-Holstein in der IB

- Praxisnahe Informationen für ÖPP-Beteiligte
- Entwicklung von Lösungskonzepten und Prüfung der ÖPP-Eignung
- Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen
- Begleitung von Vergabeverfahren
- Optimierung von Finanzierungskonzepten, Fördermitteleinbindung

Projektmanagement

- Neutrale und kompetente Beratung in Entscheidungsprozessen bei komplexen kommunalen Vorhaben
- Einzelfallbezogene, neutrale Prozessbegleitung bei komplexen kommunalen Vorhaben
- Neutrale Darstellung von Handlungsalternativen (Organisations- und Finanzierungsmodelle, ÖPP-Modelle, Wirtschaftlichkeitsberechnungen)
- Neutrale Begleitung bei Verhandlungen (mit Privaten/ mit der öffentlichen Hand)

Kommunalfinanzierungen

- Zinsgünstige Kommunalkredite
- Umschuldungen und Umfinanzierungen bestehender Kreditengagements

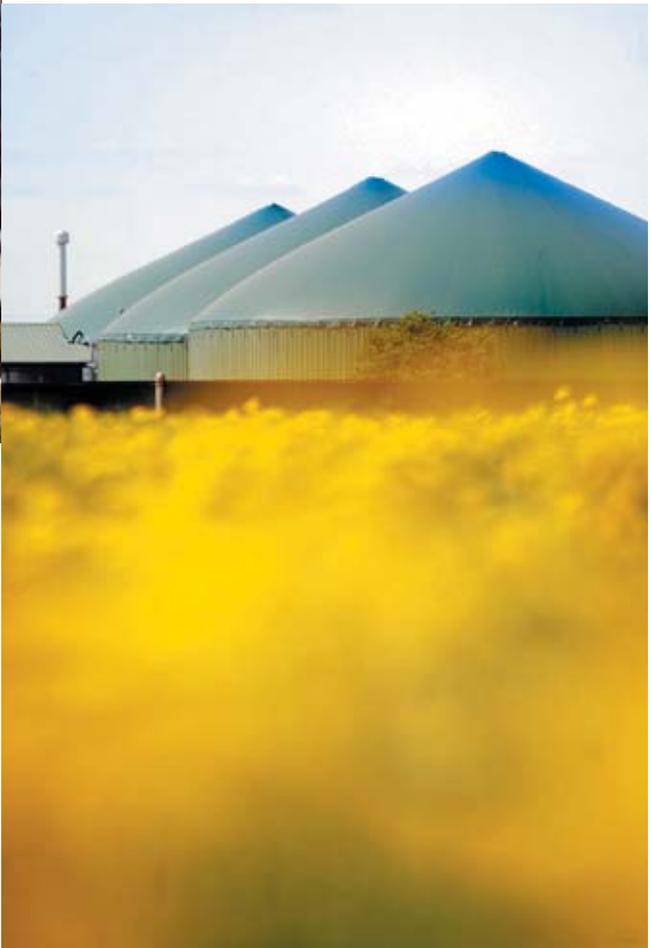
Darlehen an kommunale Unternehmen

- Partnerschaftlich mit Hausbanken
- Zinsgünstige Kredite
- Optimierung unter Fördergesichtspunkten
- Durchleitung von Mitteln der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW)

Die Biogasanlage Schuby ist eine der ersten größeren landwirtschaftlichen Biogasanlagen in Schleswig-Holstein, in der überwiegend Maisillage eingesetzt wird. Sie verarbeitet 17.900 t Substrat im Jahr. Gemeinsam mit der Hausbank unterstützte die Investitionsbank Schleswig-Holstein die Biogasanlage in Schuby bei der Finanzierung und trug damit zur Realisierung eines zukunftsweisenden Projektes bei.







Wirtschaft

Unsere Mittelstandsförderung steht auf vier Säulen: Wir sind Berater bei Finanzierungsfragen, Förderer von Existenzgründungen, Finanzierungspartner der Hausbanken und Beteiligungsgeber.

**Enge Zusammenarbeit
mit Förderinstituten,
Bund und EU.**

Wir sind Dienstleister für die Wirtschaft in Schleswig-Holstein und Partner der hiesigen Kreditinstitute, von gewerblichen Unternehmen und Existenzgründern. Darüber hinaus arbeiten wir eng mit den anderen Förderinstituten des Landes, des Bundes und der EU zusammen.

Beratung

Die Investitionsbank hilft Existenzgründungsinteressierten und Unternehmen, in dem wir umfassend über Förder- und Finanzierungsmöglichkeiten beraten, auf Gespräche mit den Hausbanken vorbereiten und als Finanzierungspartner mit der Hausbank das Kreditengagement und damit das Risiko teilen bzw. bei kleineren Gründungsvorhaben die Hausbankfunktion übernehmen. Dem Mittelstand werden so zusätzliche Wege der Fremdkapitalbeschaffung eröffnet. Die Finanzierungsspielräume der Kreditinstitute werden verbessert.

Kooperationsdarlehen
Existenzgründerinnen

Das gesamtwirtschaftliche Umfeld für den Mittelstand war trotz leichter konjunktureller Erholung schwierig. Dennoch steigerte die Sparte Wirtschaft ihr Neugeschäftsvolumen um 44 Prozent. Diese Trendumkehr war Folge einer deutlichen Steigerung der Investitionsbereitschaft und damit wachsenden Nachfrage nach Finanzierungen.

Starthilfe Schleswig-Holstein
Mittelstandsförderung

Förderberatung Wirtschaft

Projektmanagement
Communit

Erwarteter Rückgang bei den Beratungszahlen

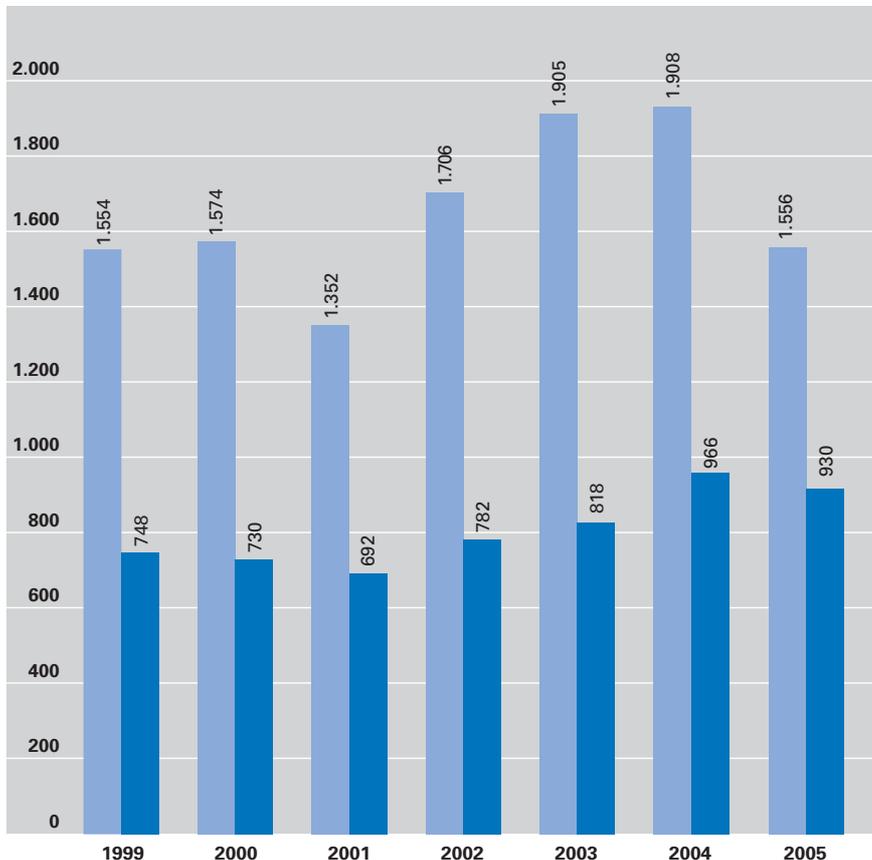
Die umfassende und unentgeltliche Beratung von Existenzgründungsinteressierten und bestehenden Unternehmen wird von unserer zentralen Serviceeinheit „Förderberatung Wirtschaft“ geleistet. Im Fokus steht hierbei die Auskunft über Förder- und Finanzierungsmöglichkeiten sowie die Vorbereitung auf die Bankgespräche. Die Notwendigkeit dieser Einrichtung verdeutlicht eine Erhebung des Deutschen Industrie- und Handelskammertages, wonach 46 Prozent aller Existenzgründerinnen und Existenzgründer den Kreditinstituten kein ausgereiftes Geschäftskonzept vorlegen können.

Die Beratungsintensität hinsichtlich überzeugender Businesspläne ist wegen der in den meisten Fällen durchaus nachvollziehbaren Zurückhaltung vieler Geldgeber bezüglich der Risiko- und Finanzierungsbereitschaft weiter gestiegen. Andererseits gab es nach jahrelangen Steigerungsraten wie auch bei anderen Beratungsinstitutionen einen Rückgang bei den Beratungsfällen. Wegen der Vorzieheffekte in 2004 (durch die ab 2005 eingeschränkten Fördermöglichkeiten bei Existenzgründungen aus ALG II-Bezug) kam diese Entwicklung nicht unerwartet. Auch die KfW Mittelstandsbank hatte bei den Existenzgründungsdarlehen einen deutlichen Rückgang gegenüber dem Vorjahr.

Mit 2.486 dokumentierten Beratungsfällen verzeichneten unsere „IB.Förderlotsen“ und die „IB.Gründerinnen.Beratung“ einen Rückgang um 14,5 Prozent gegenüber dem

IB.Förderlotsen





■ Beratung Existenzgründungsinteressierte
■ Beratung bestehende Unternehmen

Vorjahr. Sie berieten 1.556 Existenzgründungsinteressierte (minus 18,4 Prozent), davon 644 Frauen und 912 Männer) sowie 930 bestehende Unternehmen (minus 3,7 Prozent). Für das Jahr 2006 erwarten wir aufgrund der Nachfrage im ersten Quartal einen Wiederanstieg der Beratungszahlen.

Die Zahl der Informationsveranstaltungen sank 2005 um 9,3 Prozent auf insgesamt 98 Vorträge, Seminare und Sprechstage an 23 verschiedenen Orten in Schleswig-Holstein. Besonderes Interesse an Existenzgründungsinformationen verzeichneten wir bei momentan erwerbslosen Personen. Der Schwerpunkt lag 2005 bei 69 Existenzgründungsveranstaltungen, davon 19 speziell für Gründerinnen und sechs an Schulen und Hochschulen.

Die Investitionsbank spielt damit eine aktive Rolle in dem Beratungs-

netzwerk insbesondere mit der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW), den Wirtschaftskammern, den Technologie- und Gründerzentren, den regionalen Wirtschaftsförderungsgesellschaften und den Agenturen für Arbeit.

Förderung von Existenzgründungen

Um die Nachteile für kleine Existenzgründungsvorhaben am Kapitalmarkt auszugleichen, übernehmen wir die Hausbankfunktion im Rahmen unseres Produktes „Starthilfe Schleswig-Holstein“. Voraussetzung ist eine Empfehlung des Kreditinstitutes vor Ort. So eröffnen wir den Zugang zu den zinsgünstigen Existenzgründungsdarlehen der KfW. Im Jahre 2005 wurden auf diesem Wege Darlehen von ca. 2,5 Mio. € für insgesamt 70 Existenzgründer und Existenzgründerinnen bewilligt und der Start in die berufliche Selbständigkeit ermöglicht. Insgesamt wurden auf diesem Wege 116 neue Arbeitsplätze geschaffen.

Bestes Förderergebnis im Bereich Wirtschaft

Arbeitsplatzförderung auf Rekordniveau

Mit 156,1 (Vj. 139,9) Mio. € erreichten wir bei unserem Kreditneugeschäft ein Rekordergebnis und damit ein Wachstum von gut 10 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Hierin enthalten ist unser Refinanzierungsgeschäft für die Beteiligungsgesellschaften in Höhe von 23,2 (Vj. 25,0) Mio. €. Ohne Berücksichtigung dieses Geschäftes konnten

wir unser direktes Firmenkundenneugeschäft um 13,5 Prozent ausweiten. Hierzu haben vor allem unsere Kooperations- und Investitionsdarlehen beigetragen: Wir vergaben 21 (Vj. 27) Kooperationsdarlehen in Höhe von 55,6 (Vj. 58,6) Mio. € und 55 Investitionsdarlehen (Vj. 49) in Höhe von 65,4 (Vj. 44,5) Mio. €.

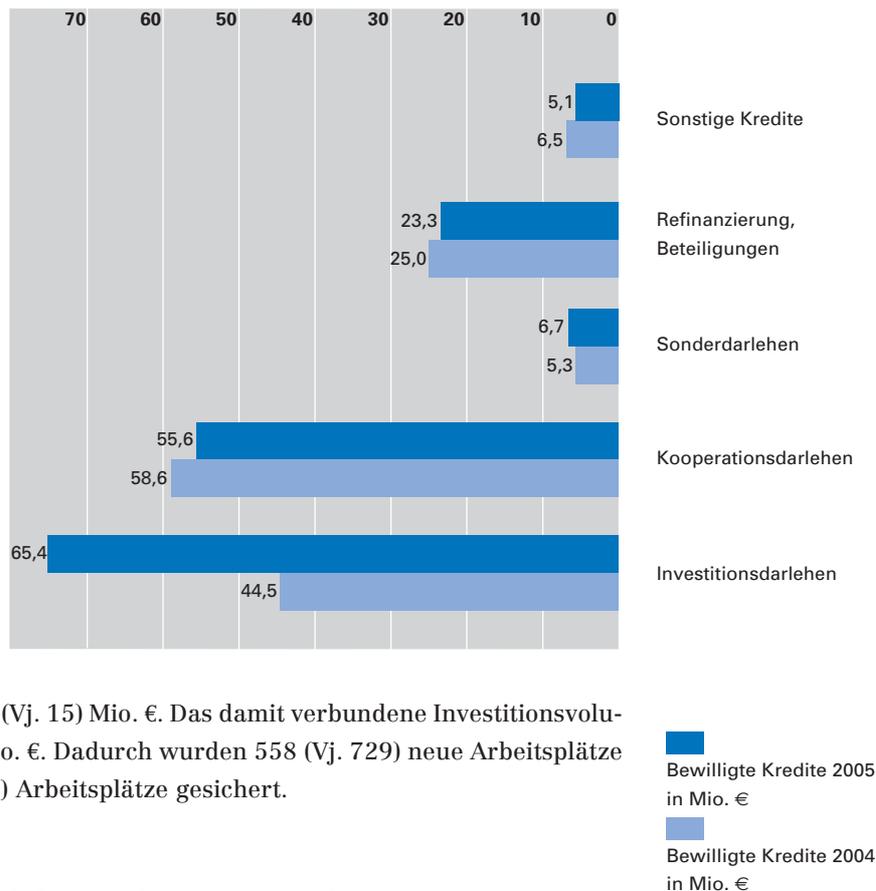
Mit unseren Krediten lösten wir im Jahre 2005 bei kleinen und mittleren Unternehmen Investitionen in Schleswig-Holstein von 493,6 (Vj. 374,0) Mio. € aus. Dies sicherte 10.761 (Vj. 9.564) bestehende und schuf 710 (Vj. 811) neue Arbeitsplätze. Der Gesamtbestand an Krediten erhöhte sich auf rd. 809 (Vj. 708) Mio. €. Wir unterstützen in diesem Geschäftsbereich mehr als 1.700 mittelständische Unternehmen.

Im Rahmen der „Gemeinschaftsaufgabe Einzelbetriebliche Förderung“ bewilligten wir Zuschüsse in Höhe von 26,9 (Vj. 15) Mio. €. Das damit verbundene Investitionsvolumen betrug 208,2 (Vj. 127,0) Mio. €. Dadurch wurden 558 (Vj. 729) neue Arbeitsplätze geschaffen und 3.552 (Vj. 2.048) Arbeitsplätze gesichert.

Finanzierungspartner

Kooperationsdarlehen ermöglichen Kreditinstituten Spielräume zur Finanzierung des Mittelstandes

Ziel unseres Kooperationsdarlehens ist die Eigenkapitalschonung und Risikoentlastung der Kreditinstitute. Indem wir als Finanzierungspartner der Hausbank das Kreditengagement und damit das Risiko teilen, verbessern wir die Kreditvergabemöglichkeit der Hausbanken und erleichtern mittelständischen Unternehmen den Zugang zu Krediten. Für fast alle Finanzierungszwecke stellen wir dieses Darlehen zur Verfügung. Kreditinstitute erhalten hierdurch erweiterte Spielräume zur Finanzierung ihrer Kunden im Mittelstand. Die Übernahme von Finanzierungsanteilen der Hausbanken an deren Firmenkrediten erfolgt sowohl bei Neuinvestitionen (Kooperationsdarlehen Neugeschäft) als auch bei Darlehen aus dem Bestand der Hausbanken (Kooperationsdarlehen Bestandsgeschäft).



Beteiligungskapital

Sonderdarlehen stark nachgefragt

Mit unserem eigenkapitalähnlichen „Sonderdarlehen“ verbessern wir durch das Bereitstellen von mezzaninem Kapital die Bonität und Kreditwürdigkeit von Unternehmen. Diese Darlehen werden ohne Absicherung als Festdarlehen vergeben und werden durch eine Rangrücktrittserklärung ergänzt. Die Eigenkapitalbasis insbesondere wachstumsorientierter kleiner und mittlerer Unternehmen kann auf diese Weise verbreitert werden.

Daneben stellt die Mittelständische Beteiligungsgesellschaft (MBG) kleinen und mittelständischen Unternehmen Beteiligungskapital zur Verfügung. Die Investitionsbank hält an der MBG einen Anteil von knapp 17 Prozent.

Mit Sonderdarlehen im Gesamtvolumen von 6,7 (Vj. 5,3) Mio. € stärkten wir die Eigenkapitalbasis von 29 (Vj. 27) Unternehmen in Schleswig-Holstein. Die Darlehensmittel dienten der Mit- und Nachfinanzierung von Investitionen sowie zur Forderungs-, Vorrats- und Außenwirtschaftsfinanzierung.

Ergänzende Angebote

Über die vier Säulen der Mittelstandsförderung hinaus unterstützen wir Unternehmen mit bedarfsgerechten Zusatzangeboten

Euro Info Centre – Brückenfunktion zu skandinavischen und osteuropäischen Ländern

Die IB berät und informiert schleswig-holsteinische Betriebe zu europarelevanten Themen. Diese sind damit eine wichtige Zielgruppe der EU-Beratungsstelle, die über ihre Brückenfunktion zu skandinavischen und osteuropäischen Ländern erfolgsversprechende Möglichkeiten zur Zusammenarbeit im Ostseeraum bietet.

Euro Info Centre beriet rund 600 Unternehmen. Das Euro Info Centre (EIC) hat im vergangenen Jahr 599 Unternehmen beraten und über EU-Fördermöglichkeiten informiert. Im Mittelpunkt der Beratungen standen die Programme für die Bereiche Umwelt, erneuerbare Energien und F&E/Innovation, aber auch Informationen über Förder- und Investitionsbedingungen in den neuen EU-Mitgliedsstaaten. Als Ansprechpartner in Schleswig-Holstein arbeitet das EIC eng mit dem IB-Verbindungsbüro in Brüssel zusammen. Durch die Nähe zu den Entscheidungsträgern auf EU-Ebene können Beratungsaufträge schnell und unkompliziert umgesetzt werden.

Unterstützung im Bereich Umwelt und Energie

Die Energieagentur der Investitionsbank bietet den Handwerks- und Gewerbebetrieben in Schleswig-Holstein ihr Know-how in den Bereichen Energiemanagement, Energieeinsparung, rationelle Energieverwendung und Nutzung regenerativer Energien an. Für diese Unternehmen kann die Energieagentur aufgrund ihrer Erfahrungen und Kenntnisse als „Türöffner“ auch in den neuen EU-Mitgliedsländern wirken und so zur Standortsicherung und zur Schaffung oder zum Erhalt von Arbeitsplätzen beitragen.

Insbesondere im Bereich der erneuerbaren Energien können keine Standardlösungen angeboten werden, da unterschiedlichste Rahmenbedingungen bedacht und berücksichtigt werden müssen. Im Auftrag des Landes bietet unsere Energieagentur daher speziell im Bereich der Biomassenutzung Unterstützung von der Projektentwicklung, Finanzierungsberatung, Risikoabschätzung bis hin zur wirtschaftlichen Bewertung.

Meister-BAföG-Förderungszahlen blieben konstant

Das Interesse an Weiterbildungen im Rahmen des „Gesetzes zur Förderung der beruflichen Aufstiegsfortbildung (AFBG)“ erreichte 2005 mit 2.300 Erst- und Folgescheiden exakt das Ergebnis des Vorjahres. Dabei sind gut ein Drittel der Antragsteller Frauen.

IB als Bindungsglied zwischen Wissenschaft und Wirtschaft.

Die Fortbildungen im Handwerksbereich, die nach den Einschränkungen durch die Novellierung der Handwerksordnung einen Rückgang zu verzeichnen hatten, befinden sich weiterhin im Aufwind. Aufgrund der bisherigen Nachfragen rechnen wir für 2006 mit einem ähnlichen Förderergebnis.

Ausblick

Die Zukunftsaussichten für das Jahr 2006 beurteilen wir optimistisch und gehen weiterhin von einer leichten Erholung der Konjunktur in Schleswig-Holstein aus. Unter Beteiligung der Investitionsbank wird (im Rahmen des Schleswig-Holstein-Fonds) ein Beteiligungsfonds für den Mittelstand und ein Beteiligungsfonds für Seed- und Start-up-Finanzierungen bereitgestellt. Des Weiteren wird über das neue Kreditprogramm „IB.KMUDirekt“ kleinen und mittleren Unternehmen mit geringem Finanzierungsbedarf der Zugang zum Kreditmarkt erleichtert.

Mit der Aufnahme der landwirtschaftlichen Haupterwerbsbetriebe als weitere Zielkundengruppe im Bereich Wirtschaft positioniert sich die Investitionsbank mit ihren Finanzierungsangeboten neben der Energieberatung sichtbar auch wieder im ländlichen Raum.

Wir rechnen auch im Jahre 2006 mit einer verstärkten Nachfrage nach Fremdfinanzierung und Beteiligungskapital, so dass unsere Produkte Kooperationsdarlehen und Produkte mit mezzaninem Kapital auch weiterhin im Vordergrund stehen werden.

Gesellschaft für Wagniskapital Mittelständische Beteiligungsgesellschaft Schleswig-Holstein GmbH (MBG)

Die MBG schließt Eigenkapitallücken

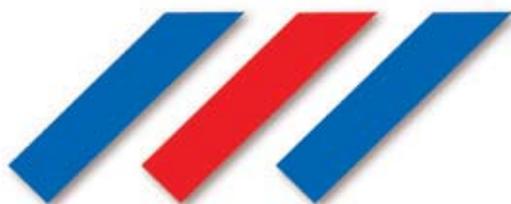
Die MBG beteiligt sich mit typisch stillen und offenen Beteiligungen zwischen 50.000 € und 2,5 Mio. € an mittelständischen Unternehmen in Schleswig-Holstein. Sie stärkt das wirtschaftliche Eigenkapital dieser Unternehmen und verbessert damit u.a. deren Möglichkeiten, weiteres Fremdkapital einzuwerben.

2005: bestes Neugeschäft der MBG in der Unternehmensgeschichte

In 2005 konnte die MBG die Rekordergebnisse des Vorjahres nochmals deutlich steigern und damit eine sehr erfreuliche Förderbilanz präsentieren.

Im Einzelnen stellen sich die Förderergebnisse wie folgt dar:

MBG



Plus 38 % im Neugeschäft!

Das Neugeschäftsvolumen lag 2005 bei knapp 19 Mio. € und damit um 38 % über dem Vorjahresniveau. Im gleichen Zeitraum konnte auch die Zahl der geförderten Unternehmen von 67 auf 76 erhöht werden.

Neuer Beteiligungsfonds für strukturschwache Gebiete ein voller Erfolg!

Aus dem von MBG, IB und Land neu aufgelegten und auch mit EU-Mitteln ausgestatteten Fonds wurden seit April 2005 insgesamt 26 Unternehmensbeteiligungen i.H.v. zusammen 6,4 Mio. € finanziert. Dadurch konnte allein in den strukturschwachen Regionen des Landes ein Investitionsvolumen von mehr als 38 Mio. € begleitet werden.

9 Mio. € (38 Fälle) für Wachstumsfinanzierungen!

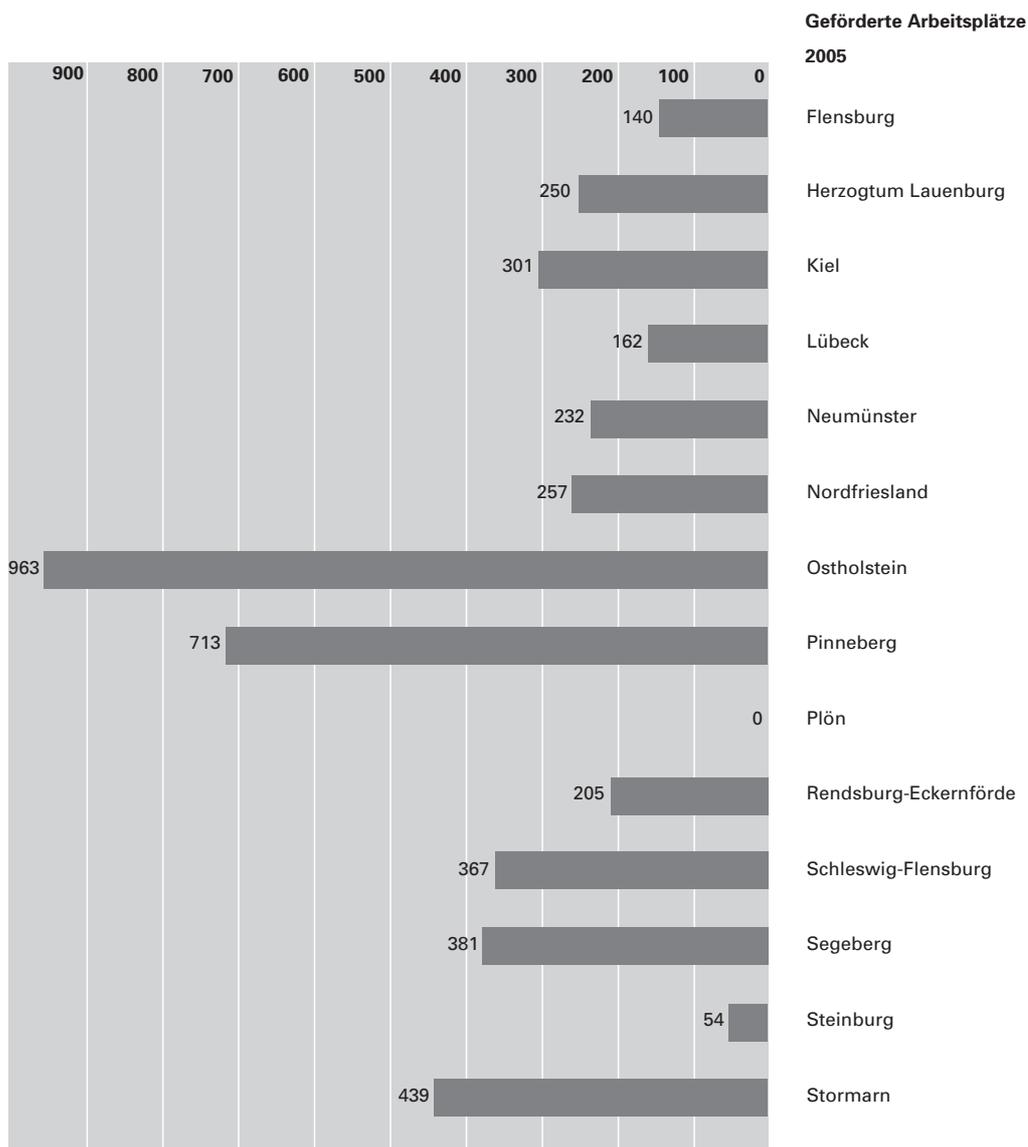
Mit rd. 9 Mio. € entfielen 2005 rd. 48 % des MBG-Neugeschäfts auf Wachstumsfinanzierungen. Diese Entwicklung hat wesentlich dazu beigetragen, dass die MBG in 2005 mit über 4.600 geförderten Arbeitsplätzen bei dieser wichtigen Förderkennzahl ein Plus von 67 % gegenüber dem Vorjahr verzeichnen konnte. Mit 4,1 Mio. € (19 Fälle) hatten außerdem Start-up-Finanzierungen, die Existenzgründungen und junge Unternehmen betreffen, großen Anteil am MBG-Geschäft.

Informations- und Kommunikationstechnologien vorn!

Die MBG investierte in 2005 3,5 Mio. € in 12 Unternehmen dieser Branche, die damit deutlich vor dem Handel (2 Mio. € / 7 Untern.), dem Maschinenbau (1,6 Mio. € / 7 Untern.) rangierte. Die MBG wertet dies als Indiz dafür, dass sich der bereits 2004 erkennbare Aufschwung in der I.u.K-Branche Schleswig-Holsteins im Jahr 2005 gefestigt hat.

Gute Perspektiven für 2006

Die MBG-Geschäftsführung rechnet für 2006 mit einer anhaltend hohen Nachfrage nach Beteiligungskapital. Dabei wird die gestiegene Investitionsbereitschaft der mittelständischen Wirtschaft in Schleswig-Holstein die treibende Kraft sein. Dazu beitragen werden aber auch in 2006 neue Förderangebote, die das Einsatzspektrum für Beteiligungsprodukte weiter vergrößern werden. Im Januar 2006 wurde der Gründer- und Unternehmensfonds Steinburg aufgelegt. Es folgen im April der für junge Unternehmen und Ausgründungen aus Hochschulen und Forschungseinrichtungen konzipierte „Seed- und Start-Up-Fonds“ mit einem Gesamtvolumen von 20 Mio. € und im weiteren Verlauf des Jahres voraussichtlich ein Beteiligungsangebot für den breiten Mittelstand. Damit werden MBG und IB auch in 2006 ihre sehr erfolgreiche Zusammenarbeit bei der Entwicklung neuer Beteiligungsangebote für die mittelständische Wirtschaft in Schleswig-Holstein forsetzen.





In der Friedrichstraße 2 in Pinneberg ist ein Alten- und Pflegeheim mit Altenwohnanlage und Serviceangebot entstanden, das durch die AWO betreut wird. Die Anlage bietet 132 Betten in der stationären Pflege, 15 Tagespflegeplätze und 25 Wohnungen für betreutes Wohnen.

Auf 9.129 qm entstand ein Objekt, in dem Pflege und Service auf die individuellen Bedürfnisse der Bewohner abgestimmt sind. Die Investitionsbank Schleswig-Holstein und die Kreissparkasse Pinneberg (jetzt Südholstein) haben das Projekt gemeinsam finanziert.





Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Immobilienbereiches sind Kompetenzträger bei der Koordination vielfältiger Fördermittel. Damit ist die IB nicht nur ein wichtiger Partner für Personen, die bauen, kaufen oder modernisieren wollen, sondern auch der Kreditinstitute, Bausparkassen, Versicherungsgesellschaften und freien Berater, die die Wohneigentumsbildung finanzieren wollen. Immer umfangreichere Ansprüche an das Wohnen sowie immer individuellere Finanzierungen erfordern ausgefeilte Konzepte. Mit unserem breit gefächerten Know-how, verbunden mit unserer Erfahrung in der Erarbeitung maßgeschneiderter Finanzierungsangebote, ermöglichen wir bauinteressierten Kunden eine zielgruppenspezifische Förderung. Spiegelbild dafür ist unser Bereichsergebnis: Insgesamt konnten wir ein Neugeschäftsvolumen in Höhe von rd. 324 Mio. € erreichen und rd. 4.500 Neukunden gewinnen.

Sinkende Immobilienpreise und anhaltend niedriges Zinsniveau

2005 war geprägt von sinkenden Immobilienpreisen. Auf dem Kapitalmarkt herrschte weiter ein sehr niedriges Zinsniveau. Gerade für junge Menschen, die nach bezahlbarem Wohneigentum suchten, waren die Voraussetzungen für Bau oder Kauf damit günstig wie nie. Die durch die anhaltende Debatte über die steuerliche Förderung der Eigentumsbildung ausgelösten Vorzieheffekte hatten jedoch bereits in den vergangenen zwei Jahren das Potenzial an davon begünstigten Immobilienkunden nahezu ausgeschöpft.

Das anhaltend niedrige Zinsniveau erschwerte die Platzierung der Fördermittel des Landes, da die Subventionsvorteile eher gering waren.

Deutlich zu spüren war im vergangenen Jahr die Unsicherheit vieler Interessenten hinsichtlich persönlicher Perspektiven (z.B. Arbeitsplätze, Sozialsysteme, Energiepreise). Das so für 2005 entstandene Nachfrageloch konnte der Vertrieb Immobilien nur mit verstärktem Einsatz überwinden. Eine Absatzunterstützung durch das zum Jahreswechsel beschlossene Aus für die Eigenheimzulage führte noch zu einem befriedigendem Neugeschäft. Auf die erhöhte Nachfrage in den letzten vier Wochen des Jahres zeigte sich der Bereich Immobilien gut vorbereitet.

Gemeinsames Engagement mit unseren Partnern ausgeweitet

Der Vertrieb Immobilien arbeitete bis zum Ende des Jahres 2005 bereits mit 56 institutionellen Partnern auf der Basis eines IB.Partnervertrages zusammen. Damit haben wir die potenziell in unserem Land vorhandenen Partner fast vollständig erschlossen. Die Zusammenarbeit gestaltete sich sehr erfolgreich. Unsere Kunden erhalten eine umfassende Beratung, in der auch auf die Möglichkeiten des Einsatzes von Fördermitteln des Landes hingewiesen wird. Die Betreuung der gemeinsamen Kunden ist so aufeinander abgestimmt, dass eine schnelle und unkomplizierte Bearbeitung der Kredite gewährleistet ist, auch unter besonderen Bedingungen, wie sie zum Jahreswechsel durch den Wegfall der Eigenheimzulage eingetreten sind. Bei der Zusammenarbeit mit unseren Partnern handelt es sich also inzwischen um ein erprobtes und bewährtes Konzept, das fortgeführt werden wird. Unsere Erfahrungen daraus kommen auch den nicht an Institutionen gebundenen Zuführern zu Gute, die in wachsender Zahl die IB als kompetente Partnerin für Immobilienfinanzierungen



Energyagentur
Wohnraumförderung
IB.Invest

IB.ImmoCheck

IB.TandemPlus

Modernisieren

Sanieren
Kapitalisierung der Eigenheim

Cooperationsdarlehen

einbinden. Die Qualität des zugeführten Geschäftes unterliegt einer ständigen Kontrolle durch den Bereich Immobilien. Bezogen auf die Stückzahlen unseres Gesamtgeschäftes erfolgte in 2005 in rd. 75 Prozent der Fälle eine Zusammenarbeit mit unseren Partnern oder freien Zuführern.

Unsere Produktausrichtung orientiert sich an den Finanzierungsbedürfnissen unserer Kunden

Mit unseren Finanzierungs- und Beratungsangeboten im Bereich Immobilien erfüllen wir bereits heute wesentliche Bedürfnisse unserer Kunden. Während unsere 13 Beratungsstellen den „kurzen Weg“ zum Kunden gewährleisten, reagieren wir mit nachrangigen Finanzierungen und variablen Produktmodellen auf individuelle Anforderungen. Zunehmend im Trend lag der Kauf eines Eigenheims aus dem Bestand. Die Nachfrage nach „gebrauchtem“ Wohnraum wächst beständig. Dieser Entwicklung stand ein ebenfalls steigendes Angebot gegenüber, was zu einer ausgeglichenen Preisentwicklung führte.

Anstieg der Nachfrage nach gebrauchtem Wohnraum.

Die Investitionen im Wohnungsbau sind ein wichtiges Standbein unserer Wirtschaft. Die anhaltende Zurückhaltung im Wohnungsneubau führte dazu, dass Bestandsmaßnahmen wie Modernisierung und Sanierung in 2005 weiter an Bedeutung gewannen. Dies galt sowohl für den Eigennutzer wie auch für die Wohnungswirtschaft. Der Bereich Immobilien hielt lösungsorientierte Angebote bereit und unterstützte die Wohnungswirtschaft bei fundierten Investitionsentscheidungen für eine renditebewusste Umsetzung von Investitionsmaßnahmen.

Trotz schwierigen Umfeldes die Fördermittel des Landes erfolgreich eingesetzt

Die Vorgaben des Landes für die Förderung von Eigentumsmaßnahmen und den Mietwohnungsbau belaufen sich für das Doppelprogrammjahr 2005/2006 auf insgesamt 156 Mio. € (inkl. Bundesfinanzhilfen in Höhe von rd. 6 Mio. €). Die Zahl der in 2005/2006 zu fördernden Wohneinheiten beträgt insgesamt 4.130, davon 1.280 Einheiten für den Eigentumsbereich. Trotz der schwierigen Rahmenbedingungen konnten wir in 2005 bereits 1999 neue Wohneinheiten fördern, davon 660 für den Eigentumsbereich und 1.339 Einheiten im Mietwohnungsbau. Für den Eigenheimbereich haben wir damit bereits über die Hälfte der vorgegebenen Einheiten in 2005 gefördert. Insgesamt konnten rd. 64 Mio. € platziert werden.

Neugeschäft in der Allgemeinen Wohnraumförderung insgesamt stabil

Vor dem Hintergrund der schwierigen Marktsituation erzielten wir mit einem Neugeschäftsvolumen von rd. 260 Mio. € ein zufrieden stellendes Ergebnis. Besonders erfolgreich waren wir mit unserem Produkt IB.TandemPlus, das inzwischen auch im zugeführten Geschäft eine hohe Marktakzeptanz erreicht hat. Die bisherige Ausgestaltung des IB.TandemPlus bezog die Eigenheimzulage in die Finanzierung mit ein. Nach Wegfall der Subvention des Bundes haben wir daher ein Ersatzprodukt konzipiert und für den Einsatz vorbereitet, das die Vorteile des IB.TandemPlus weiterhin sichert. Dabei ist geplant, dass der aufgrund des Wegfalls der Eigenheimzulage für den Kunden nicht mehr zu vermeidende Belastungssprung erst zu einem Zeitpunkt eintritt, zu

dem die Tragbarkeit der Mehrbelastung aufgrund verbesserter Einkommenssituation der Familie (z.B. Ende der Elternzeit, gestiegenes Einkommen, Ansparung vermögenswirksamer Leistungen, Rückführung sonstiger Fremdmittel) gegeben ist.

Schwierig gestalteten sich in 2005 das Individual- und das Spezialgeschäft. In der Summe blieben wir in diesem Segment deutlich hinter unseren Erwartungen zurück. Der Wegfall des Teilschulderlasses im Gebäudesanierungsprogramm der KfW hatte zu Vorzieheffekten in 2004 geführt. Eine weitere Ursache für das in 2005 rückläufige Ergebnis ist die immer größer werdende Komplexität der einzelnen Investitionsvorhaben. Die Umsetzung der geplanten Vorhaben benötigt einen zeitlich umfangreichen Vorlauf, so dass ein erheblicher Teil der Kreditvolumina nicht mehr als Neugeschäft für das Jahr 2005 generiert werden konnte. In diesem Segment erwarten wir daher in 2006 einen größeren Nachlauf.

Wohnwirtschaftliche Programme für die KfW auf hohem Niveau an den Kunden durchgeführt

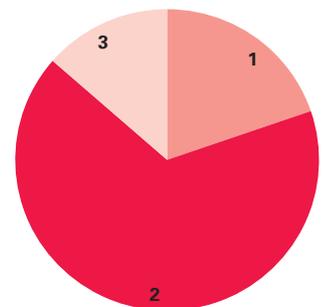
Insgesamt ging unser Geschäft mit der KfW Bankengruppe leicht zurück. Die Zusagen in den einzelnen KfW-Programmen entwickelten sich dabei unterschiedlich. Dem Trend folgend nahmen dabei die Finanzierungen für den Wohnungsbau deutlich ab. Der Bereich Immobilien leitete insgesamt ein Neugeschäftsvolumen in Höhe von 44 Mio. € an die Endkreditnehmer durch.

Ausblick

Wenn die steuerlichen Rahmenbedingungen sich nicht verbessern, wird der Umfang der Neubauinvestitionen weiter abnehmen und schließlich hinter dem Bedarf zurückbleiben. Diese Einschätzung wird bestätigt durch die Ergebnisse des Institutes für Stadtforschung und Strukturpolitik GmbH (IfS) aus der Wohnungsmarktprognose für Schleswig-Holstein bis 2020. Impulse für den Wohnungsbau sind dringend erforderlich, erste Ansätze dazu erkennbar. So ist vorgesehen, das CO₂-Gebäudesanierungsprogramm für den Bund auf mindestens 1,5 Milliarden € pro Jahr deutlich aufzustocken. Das Zinsniveau soll dabei verbessert, die Zielgruppen erweitert werden.

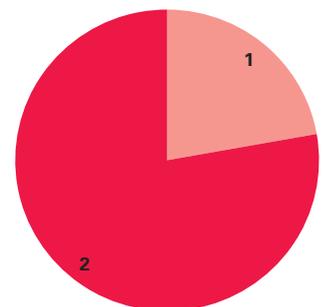
Durch die immer weiter steigenden Ansprüche von Mietern und Eigentümern, (z.B. Flächenausweitung, Raumaufteilung, Barrierefreiheit oder der Einbau von Balkonen und Fahrstühlen) bietet sich uns die Chance für zielgruppenspezifische Angebotsstrategien. Mit der Weiterentwicklung unserer Produkte und Beratungsdienstleistungen besteht die Möglichkeit, Alleinstellungsmerkmale am Markt zu entwickeln.

Durch die Entwicklung neuer Ansprachewege, wie z.B. interaktive Beratungsangebote auf der IB-Internetseite, können Markteintrittsbarrieren überwunden werden, um auf den IB-Service aufmerksam zu machen.



Neukreditvolumen in Mio. €

- 1 Sozialer Wohnraumförderung (rd. 64)
- 2 Eigene Produkte (rd. 216)
- 3 Kreditanstalt für Wiederaufbau (rd. 44)



Anzahl der geförderten Wohnungen

- 1 Sozialer Wohnraumförderung (rd. 1.999)
- 2 Anzahl der mit eigenen Produkten inkl. KfW-Mitteln geförderten Wohnungen (rd. 7.000)



In Ellerhoop-Thiensen - im Zentrum der Baumschulregion Schleswig-Holsteins - errichtet die Landwirtschaftskammer ihr neues Kompetenzzentrum Gartenbau. Dort werden künftig alle Aktivitäten der Landwirtschaftskammer für den Gartenbau in Schleswig-Holstein konzentriert. Neben der Berufsschule Elmshorn werden die überbetriebliche Ausbildung der Kammer, ihre Versuchsbetriebe, Beratungsdienstleistungen sowie der amtliche Pflanzenschutz dort ihren neuen Sitz haben. Insgesamt werden rund 16,5 Mio € investiert. Die Investitionsbank Schleswig-Holstein hat das Vorhaben von Anfang an beratend begleitet und unter anderem ein Projektkostencontrolling aufgebaut und die Finanzierung unterstützt.





Kommunaler Investitionsfonds
Zukunft

Bildung

Viele schleswig-holsteinische Kommunen stehen angesichts eines schwierigen wirtschaftlichen Umfeldes vor großen Herausforderungen. Um notwendige Investitionen in die kommunale Infrastruktur voranzutreiben, suchten viele Kommunen 2005 die Partnerschaft der Investitionsbank:

Betreuung

Städtebauförderung
ÖPP-Modelle

Bei der Vergabe von Kommunalkrediten und Fördermitteln, der Unterstützung notwendiger kommunaler Projekte durch das Projektmanagement der IB, der Erarbeitung alternativer und innovativer Finanzierungsformen durch das ÖPP-Kompetenzzentrum, der Einführung von Energiemanagementstrukturen durch die Energieagentur, dem Einsatz kommunaler EU-Programme mit der Unterstützung des Euro Info Centre und durch die vielfältigen Beratungsdienstleistungen der kommunalen Kundenbetreuung.

Zukunft auf dem Land

Euro Info Centre

Kommunalkreditgeschäft

Das Kommunalkreditgeschäft erreichte mit 371 Mio. € ein bemerkenswertes Ergebnis und lag damit über Plan. Dazu trug neben dem anhaltend attraktiven Zinsniveau vor allem die gute Zusammenarbeit zwischen IB und den vermittelnden Banken bei.

IB-EnergieCheck

Kompetenzzentrum

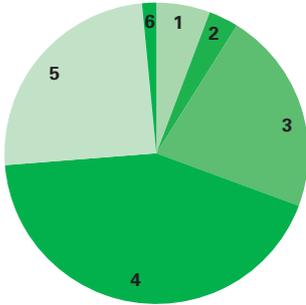
Kommunalförderung

Energiemanagement

Mit Zuwendungen in Höhe von 17,1 (Vj. 15,9) Mio. € leistete die Städtebauförderung einen wichtigen Beitrag, Wohnen und Arbeiten in den Städten und Gemeinden attraktiver zu machen. Im Regionalprogramm 2000 (RP 2000) erfolgten Auszahlungen von 50,3 (Vj. 60,0) Mio. €. Das RP 2000 bildet das Dach der regionalen Wirtschaftsförderung für die strukturschwachen Regionen Schleswig-Holsteins für die Förderung aus dem Europäischen Regionalfonds (ERDF) und der Infrastrukturförderung der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GA) und zusätzlichen Landesmitteln. Gefördert werden nicht nur die „harten“ klassischen Infrastrukturprojekte, wie etwa Gewerbeparks oder Hafenmaßnahmen. Ebenso gefördert werden Projekte zur Stärkung des Tourismus und auch Projekte der sogenannten „weichen“ wirtschaftsnahen Infrastruktur wie z.B. Projekte, die Existenzgründungen unterstützen, die die berufliche Qualifizierung der Arbeitnehmer verbessern, die das technologische Potenzial und damit die Innovationskraft der Unternehmen stärken, die die berufliche Qualifizierung der Arbeitnehmer verbessern oder die die Anwendung moderner Informationstechnologien fördern. An Darlehensfinanzierungen für Krankenhäuser, Behinderteneinrichtungen, Fachkliniken, deren Schuldendienstübernahme durch das Land erfolgt, refinanzierten wir 48,9 Mio. €.

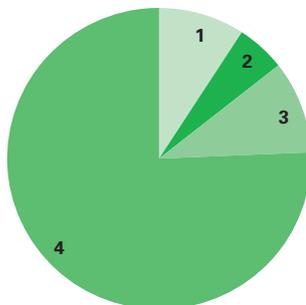
Neben der Erfüllung der Aufgaben aus dem Zukunftsinvestitionsprogramm 2004 des Landes Schleswig-Holstein, wie „Schulbausanierung an sozialen Brennpunkten“, „Modernisierung städtischer Wohnquartiere“ und „Maßnahmen im Energiebereich“, förderte die IB im Rahmen der Initiative „Biomasse und Energie“ 74 Ganztagschulprojekte.

Aus dem Kommunalen Investitionsfonds (KIF), mit dem nahezu alle kommunalen Investitionen gefördert werden können, wurden 71 Mio. € im Auftrag des Innenministeriums vergeben.



Förderprogramme in Mio. €

- 1 Städtebauförderung (8,3)
- 2 Soziale Stadt (4,6)
- 3 Schulbaufonds (31,6)
- 4 Regionalprogramm (62,5)
- 5 Initiative Bildung und Betreuung (35,9)
- 6 Zukunftsinvestitionsprogramm Energie/Schulbau (2,2)



Förderkredite in Mio. €

- 1 Kommunalinvestitionsfonds (45,0)
- 2 KIF-Sonderprogramm Schulen (25,6)
- 3 Krankenhausfinanzierung* (48,9)
- 4 Kommunalinvestitionsfonds (45,0)

* = einschließlich Fachkliniken / Behinderteneinrichtungen

Kredite an kommunalnahe Unternehmen

In 2005 wurde die Betreuung der Kundengruppe der kommunalnahen Unternehmen (z.B. Stadtwerke, Hafengesellschaften und Wirtschaftsförderungsgesellschaften) gezielt intensiviert. Erste Geschäftsabschlüsse und viel versprechende Anfragen verdeutlichen bereits jetzt, dass hier sowohl die Kunden als auch die Banken und Sparkassen an einer Zusammenarbeit mit der IB interessiert sind. Geplant sind diverse größere Vorhaben mit hohem Investitionsbedarf, bei deren Begleitung die IB sowohl als Dienstleister (Projektmanagement, Energieagentur) und auch als Finanzierungspartner für Infrastrukturvorhaben einen wichtigen Beitrag leisten kann.

ÖPP-Kompetenzzentrum

Der Sektor Öffentliche Private Partnerschaften hat im vergangenen Jahr in Schleswig-Holstein deutlich an Fahrt aufgenommen und ist auch im bundesweiten Vergleich auf dem Vormarsch. Das steigende Interesse verdeutlichte u.a. die hohe Teilnehmerzahl während der ÖPP-Informationsveranstaltung, die die IB anlässlich der „Nordbau“-Messe 2005 in Neumünster durchführte.

Gemeinsam mit dem neu gegründeten „ÖPP-Koordinierungsteam“ im Finanzministerium hat das ÖPP-Kompetenzzentrum im vergangenen Jahr ein Konzept für Schleswig-Holstein entwickelt. Ziel ist die koordinierte Weiterentwicklung geeigneter Vorhaben und Modelle im Land. Wesentliche Bausteine des Konzeptes sind die Durchführung von Workshops sowie die Identifizierung von Pilotvorhaben sowohl auf kommunaler als auch auf Landesebene.

Als herausragendes Beispiel für ÖPP in Schleswig-Holstein steht mit dem Gymnasium in Schwarzenbek das erste ganzheitliche Betreibermodellkonzept im Schulbau. Das Konzept umfasst die gesamte Realisierung der Maßnahme, von der Planung, über den Bau und Betrieb bis hin zur langfristigen Instandhaltung der Schule. Gleichzeitig ist die Maßnahme durch den privaten Betreiber zu finanzieren. Der ÖPP-Vertrag wird voraussichtlich in der ersten Jahreshälfte 2006 unterzeichnet werden.

Um weitere Pilot-Vorhaben im Land auf ihre Umsetzbarkeit im Rahmen eines ÖPP-Modells zu prüfen und zügig in Gang zu setzen, unterstützt das Land die Kommunen bei der Konzeptentwicklung und Durchführung von Wirtschaftlichkeitsvergleichen in Form einer Beratungsleistung durch das ÖPP-Kompetenzzentrum der Investitionsbank. Neben dem bundesweiten Austausch mit den Kompetenzzentren und anderen Förderbanken werden aktuelle Entwicklungen im ÖPP-Bereich (z. B. Pilot-Modelle für den sechsspurigen Autobahnausbau) maßgeblich unterstützt. Außerdem ist die Investitionsbank Mitglied der deutsch-dänischen Arbeitsgruppe für eine feste Fehmarnbelt-Querung, deren Aufgabe die Gestaltung geeigneter Finanzierungsmodelle für die Realisierung des Vorhabens im Rahmen eines ÖPP-Modells ist.

Projektmanagement

Öffentliche Projekte stehen im Fokus des gesellschaftlichen Interesses. Aus volkswirtschaftlicher Sicht wird deshalb stets eine erfolgreiche, ressourcengünstige Umsetzung angestrebt. Die Projektmanager des Bereiches Öffentliche Projekte der IB begleiten ein Projekt von der ersten Idee bis zum erfolgreichen Abschluss. Neben der Entwicklung einer individuell erforderlichen Struktur wird das Vorhaben hinsichtlich seiner Machbarkeit auf „Herz und Nieren“ geprüft. Ziel ist es, diverse öffentliche Einrichtungen und häufig auch private Akteure sowie Interessensgruppen in die Entwicklung einzubinden.

Der Neubaukomplex des Gartenbauzentrums der Landwirtschaftskammer Schleswig-Holstein in Ellerhoop-Thiensen bei Pinneberg demonstriert die Begleitung eines Vorhabens durch die Investitionsbank von Anfang bis zu Abschluss. Während in der Planungsphase u.a. an der Konzeption der Finanzierung mitgearbeitet wurde, unterstützen die Projektmanager den Kunden jetzt in der Bauphase mit einer regelmäßigen Aufbereitung und Auswertung der aktuellen Kosten, der momentanen Inanspruchnahme von Finanzierungs- und Fördermitteln sowie einer Abbildung der Liquiditätsströme.

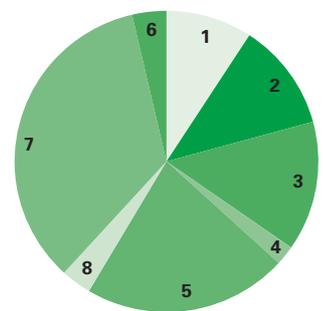
Im Jahr 2005 hat die IB ihre Arbeit als strategischer Partner des sog. „Maritimen Clusters“ aufgenommen. Sie unterstützt das Land bei einem für die Jahre 2006 bis 2008 definierten Schwerpunktthema: Schleswig-Holstein soll durch eine verstärkte Vernetzung seine Potenziale auf dem maritimen Sektor besser erkennen und einsetzen.

Die IB hat Veranstaltungen im maritimen Kontext geplant und durchgeführt, wie z.B. einen Workshop zum Thema ‚Public Funding and Financing of Maritime Projects‘ auf dem Kongress der InWaterTec 2005. Die Netzwerkarbeit des Maritimen Clusters begleitet die IB als Mitveranstalter des viermal im Jahr stattfindenden ‚Maritimen Jour Fixe‘, mit dem ein branchenübergreifender, die Wissenschaft einbindender Dialog gefördert wird. Ein wesentlicher Tätigkeitsbereich der IB liegt bei der Beratung und Initiierung von Projektansätzen aus dem maritimen Spektrum. Zudem bietet die IB Unterstützung bei der Entwicklung alternativer Förder-/Finanzierungsinstrumente für maritime Projekte.

IB-Energieagentur

Die Energieagentur Schleswig-Holstein ist Spezialist in den Bereichen Energieeinsparung, Steigerung der Energieeffizienz und Nutzung regenerativer Energieträger. Als Partner unterstützt und berät sie Kommunen, Wohnungsbauunternehmen und Gewerbebetriebe. Bei der Umsetzung von Sanierungs- und Modernisierungsmaßnahmen reicht das Dienstleistungsangebot von der Unterstützung bei der Erstellung technischer Konzepte und Wirtschaftlichkeitsanalysen über die Beratung in Förder- und Finanzierungsfragen bis hin zur Ausschreibungsunterstützung sowie Termin- und Kostenkontrolle.

Mit „IB.EnergieCheck“ bietet die Energieagentur eine Beratungssoftware, die Daten über Energieverbräuche und deren Kosten (ca. 120 Mio. € p.a.) aufzeigt sowie die Energieeinsparpotenziale in Gebäuden, technischen Einrichtungen und bei Pro-



**Projekte und Dienstleistungen
2005 in T €**

- 1 Stromausschreibung/
Stadtwerke (101,0)
- 2 IB.Energiecheck (127,0)
- 3 ZAL -Biomasse-Beratung (153,0)
- 4 IB.Immocheck (23,0)
- 5 Energetische Sanierung
öffentlicher Gebäude (239,0)
- 6 Projektmanagement (35,7)
- 7 ÖPP-Projekte (380,0)
- 8 Energieberatung (40,0)

duktionsprozessen offen legt. In mehr als 30 Kommunen in Schleswig-Holstein kommt „IB.EnergieCheck“ zum Einsatz. Mehr als 240 Gebäude wurden bisher erfasst und auf ihre Einsparpotenziale hin untersucht.

Bei Wohngebäuden kommt „IB.ImmoCheck“ zum Einsatz. Mit diesem Software-Tool werden steuerliche, finanztechnische und förderrelevante Aspekte in der Wohnraummodernisierung abgebildet sowie energetische Sanierungsmaßnahmen optimiert. Gleichzeitig können hiermit noch die ab 2006 erforderlichen Energiepässe erstellt werden.

In der europaweiten Ausschreibung der Strombelieferung stecken Kosteneinsparpotenziale von bis zu 14 Prozent. Zusammen mit der KUBUS GmbH, Schwerin hat die Energieagentur ihr Know-how im Berichtsjahr auch bei den Stromausschreibungen für die Kreise, Städte und Gemeinden in den Bundesländern Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern eingebracht und bereitet derzeit die Folgeausschreibung für die Kommunen in Schleswig-Holstein vor.

Abbau von Energieimporten bedeutet, regenerative Energiepotenziale intensiver als bisher zu nutzen. Insbesondere der Bereich Bioenergie bietet hierbei neben den Erfolgen bei der Windenergie noch erhebliche Ressourcen. Die Energieagentur hat die Ministerien, Planer, Betreiber, potenzielle Investoren, Banken und Sparkassen in allen Fragen der Bioenergienutzung intensiv beraten.

Die Beratungsdienstleistungen der Energieagentur gingen 2005 über die Landesgrenzen hinaus. Über den Bund, andere Fördereinrichtungen und Unternehmen erhielt die IB Aufträge zur Entwicklung und Umsetzung energierelevanter Projekte insbesondere in den osteuropäischen Ländern. Überdies unterstützt die Energieagentur das Land bei der Wahrnehmung seiner energiepolitischen Interessen in der Ostseekooperation.

EU-Förderung / Euro Info Centre

Die Investitionsbank Schleswig-Holstein hat sich mit dem Euro Info Centre (EIC) auf die wachsende Bedeutung regionaler EU-Aktivitäten eingestellt. Für Kommunen und Wirtschaft stellt Sie eine breite Angebotspalette von EU-Beratungs-, Betreuungs- und Finanzierungsdienstleistungen zur Verfügung. Für die Wirtschaft und die Kommunen Schleswig-Holsteins birgt der Integrationsprozess Herausforderungen, die mit Chancen zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit und zur Erschließung neuer Märkte verbunden sind.

2005 stand das EIC rund 250 schleswig-holsteinischen Kommunen mit Beratung und Information zu europarelevanten Themen zur Verfügung. Diese sind damit eine wichtige Zielgruppe der EU-Beratungsstelle. Insgesamt hat das EIC 1.070 Beratungen durchgeführt und in 50 eigenen und mit Kooperationspartnern organisierten Veranstaltungen über EU-Fördermöglichkeiten informiert. Im Mittelpunkt der Beratung standen Programme für die Bereiche Umwelt, erneuerbare Energien und Städtepartnerschaften sowie Finanzierungsmöglichkeiten in den neuen EU-Beitrittsländern.

Seit Oktober 1998 ist die Investitionsbank mit einem Verbindungsbüro in Brüssel vertreten. Durch die räumliche Nähe zu den Entscheidungsträgern und Multiplikatoren auf der europäischen Ebene können Beratungs- und Betreuungsaufträge der IB zu

europäischen Themen schnell und effektiv umgesetzt werden. Weitere Angaben und Programme werden bei europäischen Institutionen akquiriert und Fördereffekte für schleswig-holsteinische Unternehmen und Kommunen nutzbar gemacht.

Ausblick

Im Rahmen der vom Land beschlossenen Verwaltungsstrukturreform steht die Investitionsbank Schleswig-Holstein den Kommunen als Partner und Dienstleister bei der Umsetzung zur Verfügung. Das Kommunalkreditgeschäft und Infrastrukturfinanzierungen werden weiter ausgebaut. Aufgrund der permanent hohen Energiepreise erwarten wir eine anhaltend hohe Nachfrage nach den Produkten und Dienstleistungen der Energieagentur. Darüber hinaus wird 2006 von den Vorbereitungen zur Übernahme neuer Verantwortung im Rahmen der Förderperiode 2007 bis 2013 geprägt sein.

Öffentliche Bundesförderung

Erfreuliche Steigerung des Neugeschäftes

Im Rahmen unserer Zentralbankfunktion verzeichnete das Neugeschäft der Öffentlichen Bundesförderung einen erfreulichen Zuwachs um 5,5 Prozent. Es stieg 2005 um 18 Mio. € auf 347 Mio. € (Vj. 329). Motor unserer Neugeschäftserhöhung war das gewerbliche Kreditgeschäft zum Ende des Jahres 2005. Neben Investitionen in das Anlagevermögen bestehender Unternehmen sind insbesondere Finanzierungen für den Erwerb von Windkraft-(Repowering-) und Photovoltaikanlagen hervorzuheben.

60 Prozent (Vj. 55) des KfW refinanzierten Neugeschäftes entfällt auf das gewerbliche Kreditgeschäft, 27 Prozent (Vj. 33) auf den KfW refinanzierten Immobilienbereich und 13 Prozent (Vj. 12) auf den von der LR refinanzierten landwirtschaftlichen Sektor. Bundesfördermittel zur Finanzierung von Investitionen in Immobilien wurden auf Grund zurückhaltender Bautätigkeit in vermindertem Maße eingesetzt. Finanzierungsmittel der Landwirtschaftlichen Rentenbank trugen anteilig zur Steigerung unseres Neugeschäftes bei.

Per 31. Dezember 2005 leiteten wir Fördermittel der Kreditanstalt für Wiederaufbau, Frankfurt/Main, (KfW) und der Landwirtschaftlichen Rentenbank, Frankfurt/Main, (LR) an insgesamt 27 (Vj. 28) Sparkassen weiter, deren Anzahl fusionsbedingt abnahm. Darüber hinaus refinanzierten wir – zum Teil mit KfW-Mitteln – drei (wie Vj.) mit der IB kooperierende Kapitalbeteiligungsgesellschaften. Zu diesen Gesellschaften

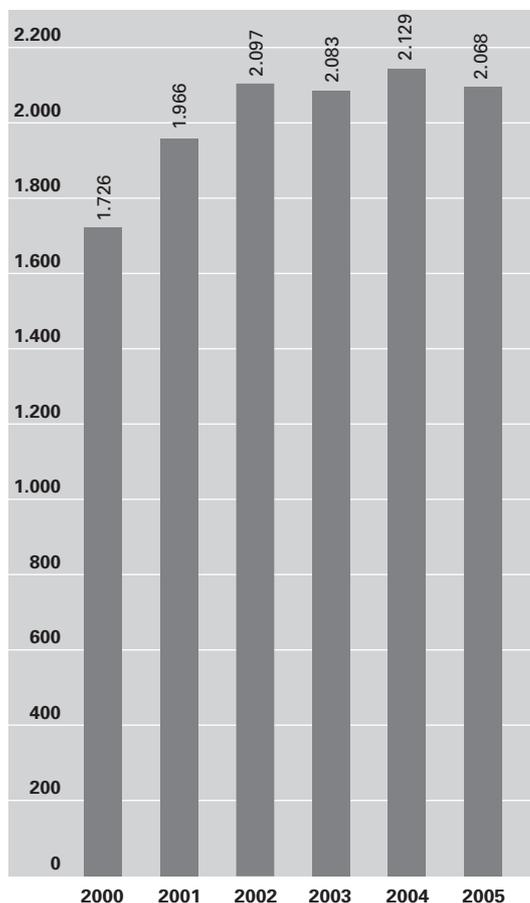
gehört auch die Gesellschaft für Wagniskapital Mittelständische Beteiligungsgesellschaft (s. S. 46).

Das Durchleitungsgeschäft zu den Bundesförderinstituten ist unverändert als kleinteilig zu bezeichnen, da 62 Prozent (wie im Vorjahr) der Stückzahlen dem Immobilienbereich zuzurechnen sind. 25 Prozent (Vj. 25) entfallen auf das großteiligere gewerbliche Geschäft, 13 (Vj. 13) Prozent auf den landwirtschaftlichen Sektor.

Ein Blick auf die Neugeschäftsentwicklung der vergangenen Jahre (s. Abbildung S. 63) zeigt, dass sich der Einsatz von Bundesfördermitteln auf einem Niveau von 350 – 400 Mio. € pro Jahr stabilisiert hat.

Der Stichtagsbestand betrug per 31. Dezember 2005 2,068 Mrd. € (Vj. 2,129) Wider Erwarten hielt das niedrige Zinsniveau in der Bundesrepublik Deutschland an. Viele Unternehmen schuldeten daher

Entwicklung der Stichtagsbestände in Mio. €



unverändert um und befreiten sich von hohen Zinskosten. Diese Umschuldungen führten bei uns zu außerordentlichen Rückzahlungen und einem Bestandsrückgang um 61 Mio. €.

Förder-Rahmenbedingungen verbessert

Das Jahr 2005 war geprägt von einer weitestgehenden Neugestaltung der Förder-Rahmenbedingungen. Die 27 mit uns kooperierenden Sparkassen in Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern haben unser Angebot angenommen, die Software FGCenter von der Firma b+m kostenfrei zu nutzen, um KfW-Anträge, Darlehenszusagen und -abrufe auf elektronischem Wege zu transportieren. Der Abschluss von Darlehensverträgen, der Abruf von Darlehensmitteln und der Austausch von darlehensbezogenen Informationen ist so sehr viel schneller geworden. Darüber hinaus hat sich die Datensicherheit erhöht. Bei den Sparkassen und der IB ergeben sich erhebliche Kosteneinsparungen durch Verkürzung der Abläufe und Verringerung organisatorisch-unterstützender Maßnahmen.

Seit dem 1. April 2005 stellt die FinanzIT den Sparkassen die „WebFörderberatung“ zur Verfügung. Dabei handelt es sich um eine Beratungssoftware für den Einsatz von Fördermitteln insbesondere bei gewerblichen Finanzierungen. Im Softwarepaket enthalten ist darüber hinaus ein Fördermittelhandbuch. Es gibt Auskunft über den Einsatz von Bundes- und Landesförderprogrammen bei gewerblichen Investitionen sowie bei Finanzierungen im Wohnungsbau und in der Landwirtschaft.

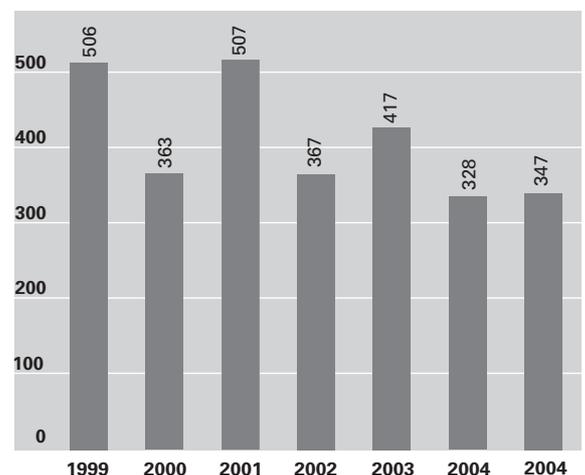
„WebFörderberatung“ löste die S-Förderberatung ab und wurde – wie das FGCenter – webbasiert programmiert. Die Software wird nur noch auf einem Server installiert, auf den alle Sparkassen und die IB via Standleitung zugreifen. Für die Sparkassen ergibt sich eine Kosten sparende Lösung, da hausinterne, organisatorisch-unterstützende Maßnahmen entfallen. Die IB leistet für die „WebFörderberatung“ fachlichen Input und berät in Anwendungsfragen. Weitere Einspareffekte ergeben sich für die Sparkassen dadurch, dass wir zum 1. Juli 2005 unsere Marge für die Durchleitung erheblich gesenkt haben.

Durch den Einsatz des risikogerechten Zinssystems ermöglicht die KfW seit dem 1. April 2005 bei gewerblichen Finanzierungen eine dem Risiko und den Sicherheiten angemessene Verzinsung.

Über das risikogerechte Zinssystem werden kleinen und mittleren Unternehmen sowie Freiberuflern sehr gute Refinanzierungsmöglichkeiten der KfW zur Verfügung gestellt. Sie bilden die Grundlage für die gestiegenen Inanspruchnahmen gewerblicher Refinanzierungsmittel der KfW. Seit dem 1. Januar 2006 bietet auch die LR eine Zinsflexibilisierung von bis zu 0,5 Prozent p.a. an.

Fachlicher IB-Input bei WebFörderberatung.

Entwicklung der Neugeschäfte in Mio. €





EU Förderprogramme im Ostseeraum

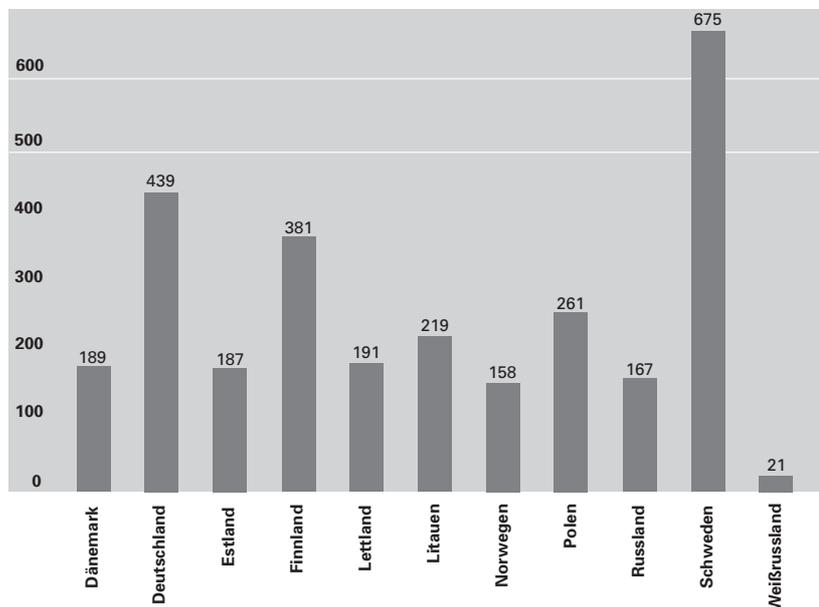
INTERREG III B: Alle Fördermittel gebunden

Das Förderprogramm INTERREG III B Ostseeraum unterstützt seit 2001 Regionen, die gemeinsam mit Partnern aus anderen Ostseeanrainern Ideen zur Raumplanung und Regionalentwicklung umsetzen wollen. Ziel ist es, durch Zusammenarbeit die Zukunftschancen und Lebensbedingungen in der Ostseeregion zu verbessern. Im Auftrag der beteiligten EU-Mitgliedstaaten übernimmt die IB die Rolle der „Managing and Paying Authority“ (gemeinsame Verwaltungsbehörde und Zahlstelle). Dafür betreibt sie die Joint Secretariats in Rostock und Riga (Lettland) mit achtzehn Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Das Joint Secretariat in Karlskrona (Schweden), das hauptsächlich für die Projektgenerierung zuständig war, wurde zum Jahresende geschlossen.

Im Jahr 2005 hat sich das Baltic Sea Region (Ostseeraum) INTERREG III B Neighbourhood Programme stark weiterentwickelt. Alle verbliebenen EFRE-Mittel wurden in der siebten und achten Bewerbungsrunde gebunden. Der Lenkungsausschuss genehmigte im Juni 17 und im Dezember noch einmal 20 Projekte. Erstmals in der Geschichte von INTERREG konnten sich Partner aus Russland und Weissrussland gemeinsam mit Partnern der EU um Fördermittel bewerben. Die Gelder für Weissrussland und Russland stammen aus dem Tacis Programme. Trotz der Unterscheidung in EFRE- und Tacis-Mittel wird durch die Partner eine gemeinsame Bewerbung und auch ein gemeinsamer Fortschrittsbericht eingereicht. In 17 von 20 im Dezember 2005 genehmigten Projekten sind Partner aus Russland und Weissrussland involviert. Insgesamt betreut INTERREG III B 120 transnationale Projekte, von denen 36 ihre Arbeit zum Jahresende abgeschlossen haben.

Im Jahr 2005 wurde ebenfalls mit den Vorbereitungen für die neue Programmperiode (2007-2013) begonnen. Die am BSR INTERREG III B Neighbourhood Programme beteiligten Mitgliedstaaten gründeten ein Joint Programming Committee, das für den Entwurf der neuen Programmdokumente zuständig ist. (www.bsrinterreg.net)

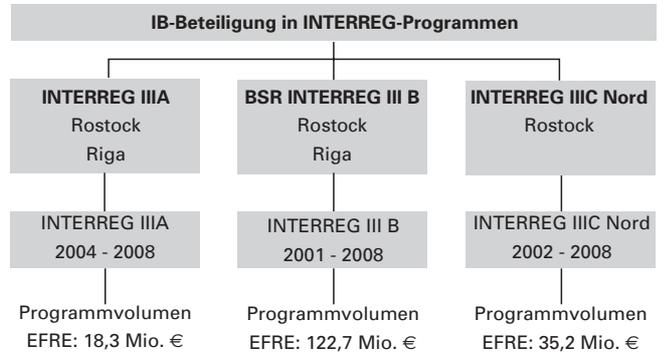
Projektpartner pro Land (III B)



Mit der Entscheidung vom 15. Mai 2006 haben die an INTERREG III B Ostseeprogramm beteiligten EU-Mitgliedstaaten die Investitionsbank Schleswig-Holstein zur Managing- und Certifying Authority für das Baltic Sea Programme 2007 - 2013 bestimmt.

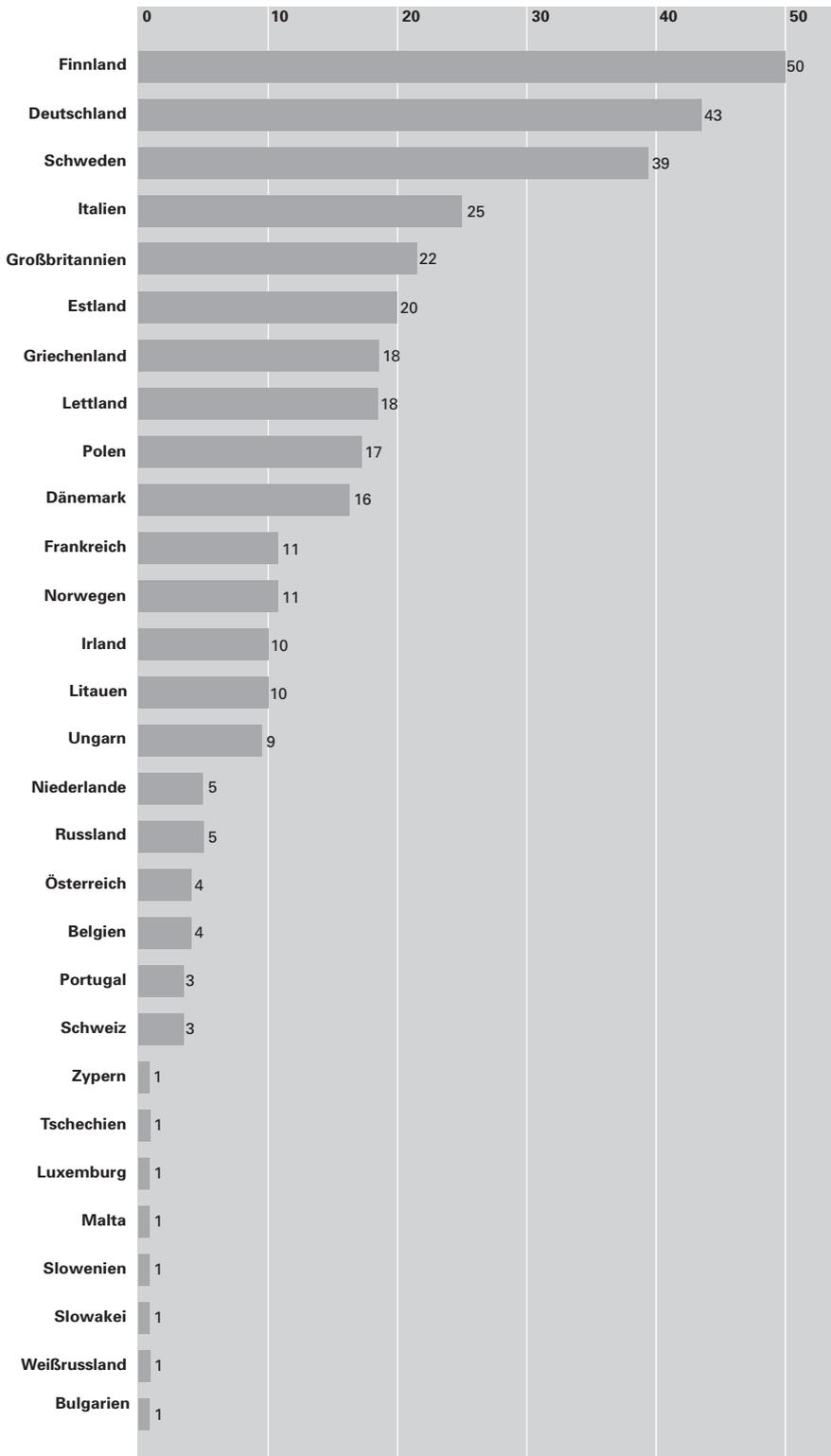
**INTERREG III A:
Die erste gemeinsame Antragsrunde für INTERREG
und Tacis an der EU-Außengrenze**

Seit dem erfolgreichen Start der zwei neuen Förderprogramme INTERREG III A Nord und INTERREG III A Süd in den baltischen Ländern in 2004 vergaben die Lenkungsausschüsse insgesamt sieben Mio. Euro EFRE-Mittel an 26 Projekte in zwei Antragsrunden. Im Rahmen der dritten Runde im Herbst 2005 bewarben sich insgesamt 85 Projekte, über die im Januar 2006 entschieden wurde. Als erstes der so genannten Nachbarschaftsprogramme ermöglichte das INTERREG IIIA Süd Programm eine gemeinsame Bewerbung für INTERREG- und Tacis-Projektpartner im Frühjahr 2005. Insgesamt wurden zwei der sechs Anträge genehmigt. In der dritten Runde haben sich in beiden Programmen 31 Projekte für die Kooperation mit Weißrussland und Russland beworben. Die beiden INTERREG IIIA Programme sind in die Verwaltungsstrukturen des INTERREG III B Ostseeraum Programms eingegliedert und liegen somit im Verantwortungsbereich der IB.



- Förderregionen des
EU-Programmes INTERREG III B
Ostssee**
- Förderfähiges Gebiet im Kooperationsraum Barentssee
 - Förderfähige Gebiete in Weißrussland und Russland
 - Förderfähiges Gebiet in Norwegen
 - Förderfähiges Gebiet in EU-Mitgliedsstaaten

**Projektpartner
 pro Land (IIC Nord)**

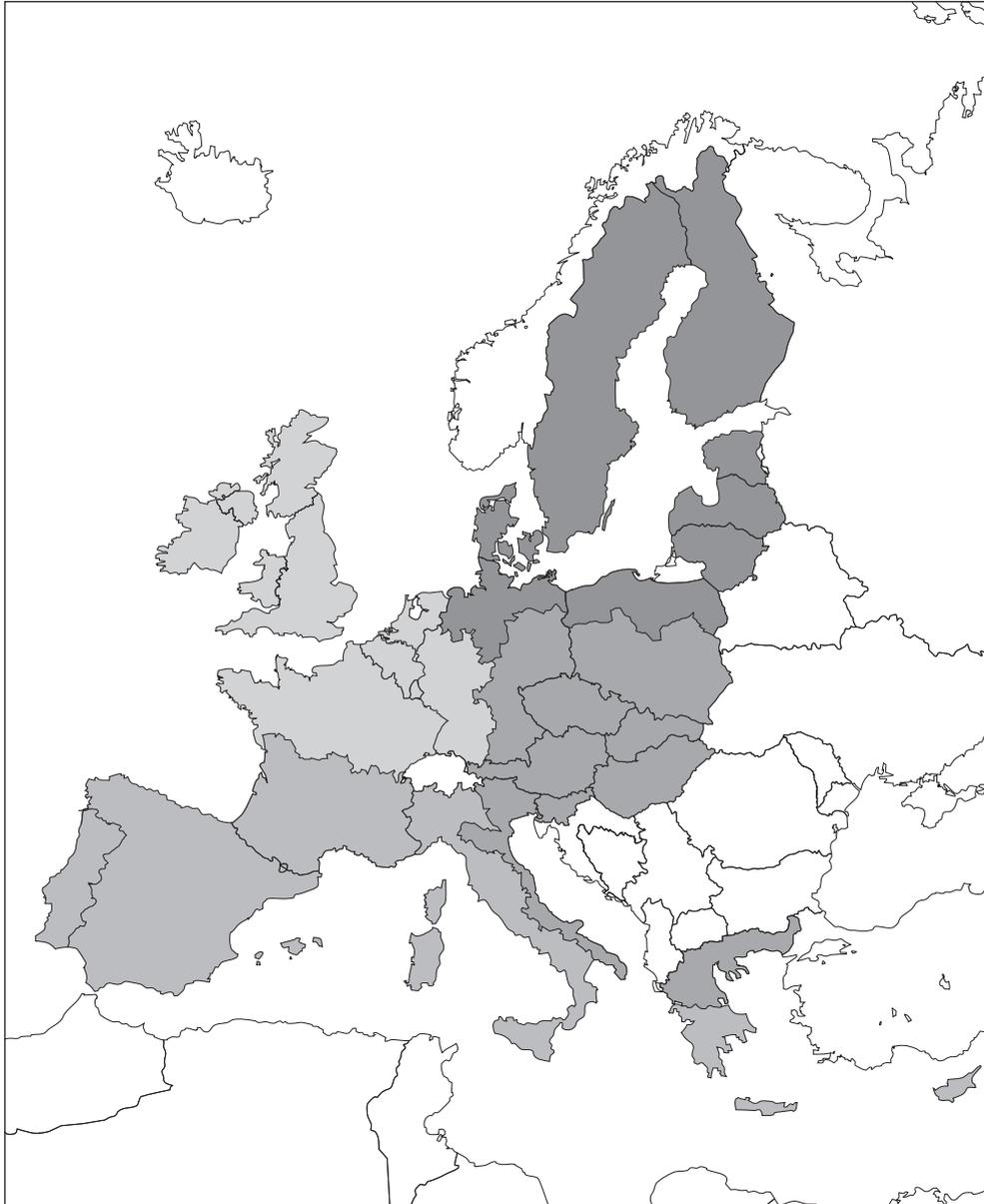


INTERREG IIC Nord:

Das INTERREG IIC Nord Programm fördert den Wissens- und Erfahrungsaustausch zwischen Kommunen und Regionen in der gesamten Europäischen Union. Ziel ist es, die Effizienz und Effektivität regionaler Entwicklungsmaßnahmen und -programme zu verbessern. Die IB betreut dieses Förderprogramm als gemeinsame Verwaltungsbehörde und Zahlstelle seit vier Jahren.

Insgesamt genehmigte der Lenkungsausschuss, der sich aus Vertretern der EU-Mitgliedstaaten Dänemark, Deutschland, Estland, Finnland, Lettland, Litauen und Polen sowie Norwegen und Weißrussland zusammensetzt, 35 interregionale Projekte – davon die letzten elf im Jahr 2005. Das Gesamtvolumen der laufenden Projekte beträgt 51 Mio. €. Davon sind 30 Mio. € Fördermittel aus dem EFRE.

Seit Anfang 2004 koordiniert das Sekretariat in Rostock zusätzlich federführend die Zusammenarbeit zwischen den vier INTERREG IIC Programmzonen. Diese Aktivitäten sind in dem „INTERACT Point IIC Coordination“ zusammengefasst. Für die Durchführung der gemeinsamen Aktivitäten wurden zusätzlich 2,1 Mio. € Fördergelder aus dem EFRE zur Verfügung gestellt.



Programmzonen INTERREG III C

■ Programmzone Nord

■ Programmzone Ost

■ Programmzone Süd

■ Programmzone West

Investitionsbank Schleswig-Holstein

Jahresbilanz

zum 31. Dezember 2005

Aktiva	€	€	Vorjahr €
1. Barreserve			
a) Kassenbestand	1.408,40		1.378,83
b) Guthaben bei Zentralnotenbanken	4.548.920,34		483.387,23
darunter:		4.550.328,74	484.766,06
bei der Deutschen Bundesbank	€ 4.548.920,34		
	(Vorjahr € 483.387,23)		
2. Forderungen an Kreditinstitute			
a) täglich fällig	67.461.619,48		116.580.520,58
b) andere Forderungen	2.246.430.792,65		2.078.551.858,85
		2.313.892.412,13	2.195.132.379,43
3. Forderungen an Kunden		5.919.744.914,51	5.321.784.939,60
darunter:			
durch Grundpfandrechte gesichert	€ 10.319.475,81		
	(Vorjahr € 13.870.711,75)		
Kommunalkredite	€ 1.532.935.816,19		
	(Vorjahr € 981.978.490,51)		
durch Schiffspfandrechte gesichert	0,00		
	(Vorjahr € 0)		
4. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere			
a) Anleihen und Schuldverschreibungen			
aa) von anderen Emittenten	489.971.273,01		
darunter:		489.971.273,01	422.962.321,06
beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	€ 489.971.273,01		
	(Vorjahr € 422.962.321,06)		
5. Beteiligungen		1.928.465,13	5.493.656,54
6. Anteile an verbundenen Unternehmen		60.124.361,90	25.000,00
7. Treuhandvermögen	891.061.204,65		
darunter:		891.061.204,65	996.863.940,33
Treuhandkredite	€ 879.198.185,85		
	(Vorjahr € 987.564.305,01)		
8. Immaterielle Anlagewerte		1.201.593,00	888.841,18
9. Sachanlagen		10.232.370,23	10.097.283,66
10. Sonstige Vermögensgegenstände		6.073.073,47	62.993.909,24
11. Rechnungsabgrenzungsposten		9.558.468,73	657.193,62
Summe der Aktiva		9.708.338.465,50	9.017.384.230,72

Passiva

	€	€	Vorjahr €
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten			
a) täglich fällig	93.737.158,93		113.737.899,22
b) mit vereinbarter Laufzeit	6.013.083.052,24		5.236.869.053,28
		6.106.820.211,17	5.350.606.952,50
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden			
a) täglich fällig	61.523.686,28		130.495.479,14
b) mit vereinbarter Laufzeit	142.530.075,49		24.580.154,07
		204.053.761,77	155.075.633,21
3. Verbindlichkeiten der Investitionsbank aus der Förderung mit Bundesmitteln mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist von vier Jahren oder länger			
		426.758.293,26	443.530.799,62
4. Treuhandverbindlichkeiten	891.061.204,65		
darunter:		891.061.204,65	996.863.940,33
Treuhandkredite	€ 879.198.185,85		
	(Vorjahr € 987.564.305,01)		
5. Sonstige Verbindlichkeiten		5.344.441,23	2.783.898,79
6. Rechnungsabgrenzungsposten		128.757.729,98	137.591.793,36
7. Rückstellungen			
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	26.416.497,00		25.945.068,00
b) andere Rückstellungen	13.427.356,00		9.147.047,40
		39.843.853,00	35.092.115,40
8. Fonds für Zinsausgleich		893.147.625,46	893.641.625,46
9. Eigenkapital			
a) gezeichnetes Kapital	100.000.000,00		100.000.000,00
b) Kapitalrücklage	897.598.050,99		892.344.178,06
c) Gewinnrücklagen	9.853.293,99		4.904.062,03
d) Bilanzgewinn	5.100.000,00		4.949.231,96
		1.012.551.344,98	1.002.197.472,05
Eventualverbindlichkeiten	Summe der Passiva	9.708.338.465,50	9.017.384.230,72
a) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen		178.902.860,46	138.376.644,39
b) Unwiderrufliche Kreditzusagen		390.503.060,76	396.160.062,05

Gewinn- und Verlustrechnung
für die Zeit vom
1. Januar 2005 bis 31. Dezember 2005

	€	€	€	Vorjahr €
1. Zinserträge aus				
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften	315.748.093,92			271.310.127,75
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen	13.772.784,00			9.062.459,44
		329.520.877,92		280.372.587,19
2. Zinsaufwendungen	271.057.686,91			223.950.032,29
			58.463.191,01	56.422.554,90
3. Laufende Erträge aus				
a) Beteiligungen			1.152,00	1.152,00
b) Anteilen aus verbundenen Unternehmen			3.370.000,00	0,00
4. Provisionserträge	11.164.672,99			8.978.077,90
5. Provisionsaufwendungen	8.518.094,01			6.949.956,72
			2.646.578,98	2.028.121,18
6. Sonstige betriebliche Erträge			5.616.071,04	7.220.808,98
7. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen				
a) Personalaufwand				
aa) Löhne und Gehälter	19.903.969,81			17.601.340,71
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	5.203.482,21			5.937.527,08
darunter:		25.107.452,02		25.538.867,79
für Altersversorgung	€ 1.666.872,24			
	(Vorjahr € 2.771.015,38)			
b) andere Verwaltungsaufwendungen	12.528.411,32			12.389.569,17
			37.635.863,34	35.928.436,96
8. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen			1.324.065,88	1.040.433,05
9. Sonstige betriebliche Aufwendungen			330.900,81	398.644,30
10. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft			28.460.808,93	23.402.717,97
11. Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere			2.768.133,59	0,00
11. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit			5.113.487,66	4.902.404,78
12. Sonstige Steuern			13.487,66	2.404,78
13. Jahresüberschuss			5.100.000,00	4.900.000,00
14. Gewinnvortrag/ Verlustvortrag aus dem Vorjahr			0,00	49.231,96
15. Einstellung in andere Gewinnrücklagen			0,00	0,00
16. Bilanzgewinn			5.100.000,00	4.949.231,96

Die Investitionsbank Schleswig-Holstein ist das zentrale Förderinstitut des Landes Schleswig-Holstein und unterstützt das Land bei der Erfüllung der öffentlichen Aufgaben in der Regel in Schleswig-Holstein.

Die Investitionsbank Schleswig-Holstein beachtet dabei die Grundsätze und Ziele der staatlichen Förderpolitik sowie die Bestimmungen der Europäischen Gemeinschaft.

Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze

Der Jahresabschluss der Investitionsbank ist nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB) sowie nach der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute (RechKredV) erstellt.

Die Bewertung der Vermögensgegenstände und Schulden erfolgt nach den Vorschriften der §§ 252 ff. und §§ 340 ff. HGB.

Forderungen werden zum Nennwert bzw. zu Anschaffungskosten oder dem niedrigeren beizulegenden Wert (strenges Niederstwertprinzip), Verbindlichkeiten mit dem Rückzahlungsbetrag angesetzt. Die Unterschiedsbeträge werden in den aktiven bzw. passiven Rechnungsabgrenzungsposten eingestellt und zeitanteilig aufgelöst.

Allen erkennbaren Risiken im Kreditgeschäft wird durch die Bildung von Einzelwertberichtigungen bzw. Rückstellungen ausreichend Rechnung getragen. Das latente Risiko im Kreditgeschäft wird durch Pauschalwertberichtigungen abgedeckt. Die Einzel- und Pauschalwertberichtigungen werden von den Forderungsbeständen abgesetzt.

Sämtliche Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere sind dem Anlagebestand zugeordnet.

Agien und Disagien werden seit diesem Jahr laufzeitanteilig erfolgswirksam gebucht.

Bei Wertpapieren mit einem Buchwert in Höhe von Mio. 286,5 € und einem beizulegenden Zeitwert von Mio. 285,6 € wird unter Anwendung des gemilderten Niederstwertprinzips auf Abschreibungen verzichtet, da sich die Bonität der Emittenten im Berichtsjahr nicht verschlechtert hat.

Die Bank hält Schuldscheindarlehen mit einem Nominalwert von Mio. 428,5 € als Liquiditätsreserve im Bestand.

Die Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen werden zu den Anschaffungskosten, vermindert um die erforderlichen Abschreibungen, bilanziert.

Die Bank hat die Anteile an der Gesellschaft für Wagniskapital Mittelständische Beteiligungsgesellschaft Schleswig-Holstein mbH, Kiel, im Geschäftsjahr auf 16,67 % reduziert.

Unter den Anteilen an verbundenen Unternehmen werden im Geschäftsjahr erstmalig die Anteile an der NordwestLotto Schleswig-Holstein GmbH & Co. KG, Kiel, ausgewiesen.

Gegenstände des Sachanlagevermögens, deren Nutzung zeitlich begrenzt ist, werden in Anlehnung an die steuerlichen AfA-Tabellen abgeschrieben. Geringwertige Wirtschaftsgüter werden im Jahr der Anschaffung voll abgeschrieben und als Abgang behandelt.

Unter „Verbindlichkeiten der Investitionsbank aus der Förderung mit Bundesmitteln“ werden die bis zum 31.12.2005 zugeflossenen Mittel des Bundes gezeigt, die im Zweckvermögen Wohnraumförderung eingesetzt werden.

Die Pensionsrückstellungen werden nach versicherungsmathematischen Grundsätzen ermittelt und mit dem steuerlich zulässigen Teilwert der Verpflichtungen für Pensionszahlungen und Pensionsanwartschaften mit einem Zinssatz von 6 % bewertet. Dabei kommen erstmalig die Heubeck-Richttafeln 2005 G zur Anwendung. Wirtschaftsgüter werden im Jahr der Anschaffung voll abgeschrieben und als Abgang behandelt.

Für tarifvertraglich geregelte Vorruhestandsverpflichtungen besteht eine angemessene Rückstellung.

Der „Fonds für Zinsausgleich“ stellt eine Wertkorrektur für die ausgezahlten und auf der Aktivseite zum Nominalwert ausgewiesenen unverzinslichen oder niedrig verzinslichen Forderungen aus dem Fördergeschäft der Investitionsbank dar.

Für die in den Jahren 1995 bis 1998 herausgelegten unverzinslichen oder niedrig verzinslichen Forderungen hat sich das Land Schleswig-Holstein verpflichtet, diese Förderdarlehen auf Anfordern zum Nennwert zu übernehmen. Durch den Fonds für Zinsausgleich wird in jedem Fall eine verlustfreie Bewertung der Förderdarlehen gemäß § 253 Abs. 3 i.V.m. § 340e Abs. 1 HGB sichergestellt.

Im Rahmen von für Dritte erbrachte Dienstleistungen erhält die Bank Provisionen aus der Verwaltung von Treuhand- und Verwaltungskrediten.

Die Bank hat Zinstauschvereinbarungen zur Absicherung einzelner Positionen wie auch der Gesamtzinsposition abgeschlossen. Die Erfolge aus Zinstauschvereinbarungen werden brutto bei den Zinserträgen und Zinsaufwendungen ausgewiesen.

Derivative Geschäfte

Das Derivategeschäft der Investitionsbank wurde im Berichtsjahr ausgeweitet und beschränkt sich weiterhin auf den Abschluss von Zinsswaps. Zum Jahresende hat die Bank Zinsswaps mit einem Nominalvolumen von Mio. 2.006,4 € (Vj. Mio. 975,3 €) im Bestand. Sämtliche Geschäfte wurden mit Banken mit Sitz in einem OECD-Land abgeschlossen. Der überwiegende Teil des Bestandes (Mio. 1.594,4 €) hat eine Restlaufzeit von mehr als 5 Jahren.

Nach der Laufzeitmethode (§ 11 Grundsatz I) entspricht diesem Nominalvolumen ein Kreditäquivalent von Mio. 172,0 € (Vj. Mio. 91,8 €).

Die Bewertung zum Jahresende nach der mark to market-Methode hat für diesen Bestand positive Marktwerte in Höhe von Mio. 94,5 € (Vj. Mio. 11,6 €) und negative Marktwerte in Höhe von Mio. 24,9 € (Vj. Mio. 64,5 €) ergeben.

Angaben zur Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung

Angaben zu Bilanzaktiva	31.12.2005 Mio. €	31.12.2004 Mio. €
Aufgliederung nach Restlaufzeiten		
Die Bilanzaktiva gliedern sich wie folgt nach Restlaufzeiten auf:		
- andere Forderungen an Kreditinstitute		
- weniger als 3 Monate	224,8	51,3
- 3 Monate bis 1 Jahr	74,6	98,5
- mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	604,4	558,2
- mehr als 5 Jahre	1.342,6	1.370,5
- Forderungen an Kunden		
- weniger als 3 Monate	203,3	202,8
- 3 Monate bis 1 Jahr	142,8	138,2
- mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	999,8	860,9
- mehr als 5 Jahre	4.573,8	4.119,9
- darunter mit unbestimmter Laufzeit	97,9	87,6
Unternehmen mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht		
In den Forderungen an Kunden ist folgender Betrag enthalten:	44,4	33,8
Verbundene Unternehmen		
In den Forderungen an Kunden ist folgender Betrag enthalten:	3,4	0,0
Nachrangige Forderungen		
Nachrangige Forderungen werden ausgewiesen in:		
- Forderungen an Kreditinstitute	10,1	0,0
- Forderungen an Kunden	24,8	11,9
- Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	30,1	0,0
Angabe zu der Wertpapierposition		
Im Bestand befindliche Wertpapiere sind folgendermaßen zuzuordnen:		
- von anderen Emittenten	490,0	423,0
darunter:		
- börsennotierte Anleihen und Schuldverschreibungen	490,0	412,9
- nicht börsennotierte, aber börsenfähige Anleihen und Schuldverschreibungen	0,0	10,1
- im Folgejahr fällig	240,7	68,0
Treuhandvermögen		
Das Treuhandvermögen betrifft:		
- Forderungen an Kreditinstitute		
- täglich fällig	11,2	8,5
- andere Forderungen	0,0	0,5
- Forderungen an Kunden	879,9	987,9
Sonstige Vermögensgegenstände		
In dem Ausweis enthalten:		
- Anzahlungen auf Anteile an verbundenen Unternehmen	-	60,1
- Anzahlungen auf erworbene Forderungen	4,6	2,3

	31.12.2005 Mio. €	31.12.2004 Mio. €
Rechnungsabgrenzungsposten		
In dem Ausweis sind enthalten:		
- aus Agioabgrenzung	9,1	0,3
- aus Disagioabgrenzung	0,1	(T€ 42)

Anlagevermögen

	Immaterielle Anlagewerte	Betriebs- und Geschäfts- ausstattung	Grundstücke und Gebäude	darunter: eigengenutzte Grundstücke und Gebäude
	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Mio. €
historische Anschaffungskosten	1,3	3,3	8,1	8,0
Zugänge	0,7	1,0	0,1	0,1
Abgänge	-	-	-	-
Zuschreibungen	-	-	-	-
Abschreibungen, kumuliert	0,8	1,7	0,5	0,5
Abschreibungen, lfd. Jahr	0,4	0,7	0,2	0,2
Buchwert 31.12.2005	1,2	2,5	7,7	7,6

Finanzanlagen

	Beteiligungen	Anteile an verbundenen Unternehmen	Wertpapiere des Anlage- vermögens 1)
	Mio. €	Mio. €	Mio. €
Buchwert 01.01.2005	5,5	(T€ 25)	420,0
Zugänge	(T€ 7)	60,1	185,6
Zuschreibungen			0,4
Abschreibungen			0,3
Abgänge	-3,6		120,6
Buchwert 31.12.2005	1,9	60,1	485,1

1) Der Bilanzausweis beinhaltet Zinsabgrenzungen in Höhe von 4,9 Mio. €

Angaben zu Bilanzpassiva

	31.12.2005 Mio. €	31.12.2004 Mio. €
Aufgliederung nach Restlaufzeiten		
Die Bilanzpassiva gliedern sich wie folgt nach Restlaufzeiten auf		
- Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten		
- weniger als 3 Monate	189,1	129,5
- 3 Monate bis 1 Jahr	419,2	220,8
- mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	1.190,2	1.447,8
- mehr als 5 Jahre	4.214,6	3.438,8
- Verbindlichkeiten gegenüber Kunden		
- weniger als 3 Monate	82,3	0,3
- 3 Monate bis 1 Jahr	-	0,0
- mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	0,2	0,3
- mehr als 5 Jahre	60,0	24,0
Aufgliederung der Bundesschuld nach Restlaufzeiten		
Die Bundesschuld gliedert sich nach Restlaufzeiten wie folgt auf:		
- weniger als 3 Monate	12,5	10,6
- 3 Monate bis 1 Jahr	9,7	9,4
- mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	81,8	72,4
- mehr als 5 Jahre	322,8	351,1
Als Sicherheit übertragene Vermögensgegenstände		
Es wurden Dahrlehensforderungen aus dem Fördergeschäft als Sicherheiten für Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten abgetreten:	588,4	716,7
Verpfändung von Wertpapieren an die Deutsche Bundesbank:	80,0	90,0
Treuhandverbindlichkeiten		
Die Treuhandverbindlichkeiten betreffen:		
- Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten		
- täglich fällig	1,3	1,3
- andere Verbindlichkeiten	87,2	130,3
- Verbindlichkeiten gegenüber Kunden		
- täglich fällig	0,0	0,5
- andere Verbindlichkeiten	802,6	864,8
Sonstige Verbindlichkeiten		
In dem Ausweis sind enthalten:		
- Verbindlichkeiten aus Zuschussgewährung EFRE-Fonds	3,8	0,0
- Verbindlichkeiten gegenüber der HSH Nordbank aus nichtbankgeschäftlichen Tätigkeiten	0,3	1,5
Rechnungsabgrenzungsposten		
In dem Ausweis enthalten:		
- aus der Disagioabgrenzung	84,6	87,7
- aus Forderungsankauf zum Barwert	35,5	38,5
- aus der Vorfinanzierung von Baudarlehen	3,1	6,1
Eventualverbindlichkeiten		
Bei den Eventualverbindlichkeiten handelt es sich um Kreditbürgschaften.	178,9	138,4
Unwiderrufliche Kreditzusagen		
Es bestehen Auszahlungsverpflichtungen aus dem Fördergeschäft für Bau- und Aufwendungsdarlehen.	390,5	396,2

Anzahl der Beschäftigten im Jahresdurchschnitt

	Weiblich	Männlich	Insgesamt	Vorjahr
Beschäftigte	221	173	394	377
davon Teilzeitbeschäftigte	96	17	113	98

Bezüge des Vorstandes

Die Gesamtbezüge des Vorstandes beliefen sich im Geschäftsjahr auf Mio. € 0,6 (Vj. 0,5).

Kredite an Mitglieder der Organe

	31.12.2005 Mio. €	31.12.2004 Mio. €
Vorstand	0,3	0,4
Verwaltungsrat	0,3	0,3

Sämtliche Kredite wurden zu marktüblichen Bedingungen vergeben.

Anteilsbesitz gemäß § 285 Nr. 11 HGB

Nummer, Name, Sitz	Eigenkapital in T. € 1)2)	Anteil am Kapital in v. H.	Davon: Ergebnis in T. € 2)
Projektgesellschaft Westküste mbH, Tönning	26	24,75	0
Wirtschafts- und Aufbaugesellschaft Stormarn mbH, Bad Oldesloe	22.173	24,0	-1.664
NordwestLotto Schleswig-Holstein GmbH, Kiel	25	100,00	3
NordwestLotto Schleswig-Holstein, GmbH & Co. KG, Kiel - 3)	7.366	100,00	3.407

1) Eigenkapital in der Definition der §§ 266 und 272 HGB

2) Vorjahreszahlen

3) Zahlen aus 2005

Organe der Investitionsbank Schleswig-Holstein

Vorstand

Vorsitzender

Lutz Koopmann, Altenholz

Dr. Heinz Engelhaupt, Kiel
Dr. Klaus Rave, Kronshagen

Gewährträgerver- sammlung (bis 17.05.05)

Vorsitzender

Dr. Ralf Stegner
Finanzminister des Landes
Schleswig-Holstein, Kiel

Ständiger Vertreter

Uwe Döring
Staatssekretär im
Finanzministerium des Landes
Schleswig-Holstein, Kiel

Bestellte Mitglieder

Dr. Bernd Rohwer

Minister für Wirtschaft, Arbeit
und Verkehr des Landes
Schleswig-Holstein, Kiel

Klaus Buß

Innenminister
des Landes Schleswig-Holstein,
Kiel

Anne Lütkes

Ministerin für Justiz, Frauen,
Jugend und Familie des Landes
Schleswig-Holstein, Kiel

Ständige Vertreter der bestellten Mitglieder

Michael Rocca

Staatssekretär im Ministerium
für Wirtschaft, Arbeit
und Verkehr des Landes
Schleswig-Holstein, Kiel

Ulrich Lorenz

Staatssekretär im Innen-
ministerium des Landes
Schleswig-Holstein, Kiel

Mathilde Diederich

Staatssekretärin im Ministerium
für Justiz, Frauen, Jugend
und Familie des Landes
Schleswig-Holstein, Kiel

Gewährträgerver- sammlung (ab 18.05.05)

Bestellte Mitglieder

Vorsitzender

Rainer Wiegard
Finanzminister des Landes
Schleswig-Holstein, Kiel

Stellvertretender Vorsitzender

Dietrich Austermann
Minister für Wissenschaft, Wirt-
schaft und Verkehr des Landes
Schleswig-Holstein, Kiel

Dr. Ralf Stegner

Innenminister des Landes
Schleswig-Holstein, Kiel

Uwe Döring

Minister für Justiz, Arbeit und
Europa des Landes Schleswig-Hol-
stein, Kiel

Ständige Vertreter der bestellten Mitglieder

Dr. Arne Wullf

Staatssekretär im Finanzministerium
des Landes Schleswig-Holstein,
Kiel

Karin Wiedemann

Staatssekretärin im Ministerium
für Wissenschaft, Wirtschaft
und Verkehr des Landes
Schleswig-Holstein, Kiel

Ulrich Lorenz

Staatssekretär im Innenministerium
des Landes Schleswig-Holstein, Kiel

Peter Nissen

Staatssekretär im Ministerium für
Justiz, Arbeit und Europa des
Landes Schleswig-Holstein, Kiel

Verwaltungsrat (bis 17.05.05)

Vorsitzender

Uwe Döring

Staatssekretär im Finanzministerium des Landes Schleswig-Holstein, Kiel

1. Vertreter des Vorsitzenden

Michael Rocca

Staatssekretär im Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr des Landes Schleswig-Holstein, Kiel

2. Vertreter des Vorsitzenden

Ulrich Lorenz

Staatssekretär im Innenministerium des Landes Schleswig-Holstein, Kiel

Mathilde Diederich

Staatssekretärin im Ministerium für Justiz, Frauen, Jugend und Familie des Landes Schleswig-Holstein, Kiel

Horst-Dieter Fischer

Staatssekretär im Ministerium für Soziales, Gesundheit und Verbraucherschutz des Landes Schleswig-Holstein, Kiel

Peter Knitsch

Staatssekretär im Ministerium für Umwelt, Naturschutz und Landwirtschaft des Landes Schleswig-Holstein, Kiel

Jan-Christian Erps

Geschäftsführer der Arbeitsgemeinschaft der Kommunalen Landesverbände, Kiel

Wolf-Rüdiger Janzen

Hauptgeschäftsführer der Vereinigung der Industrie- und Handelskammer zu Kiel

Von den Betriebsangehörigen gewählte Mitglieder

Ulrich Adolf, Kiel

Axel Barkow, Trappenkamp

Patricia Friedrichs, Kiel

Knuth Lausen, Kiel

Verwaltungsrat (ab 18.05.05)

Vorsitzender

Dr. Arne Wulff

Staatssekretär im Finanzministerium des Landes Schleswig-Holstein, Kiel

1. Vertreterin des Vorsitzenden

Karin Wiedemann

Staatssekretärin im Ministerium für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr des Landes Schleswig-Holstein, Kiel

2. Vertreter des Vorsitzenden

Ulrich Lorenz

Staatssekretär im Innenministerium des Landes Schleswig-Holstein, Kiel

Peter Nissen

Staatssekretär im Ministerium für Justiz, Arbeit und Europa des Landes Schleswig-Holstein, Kiel

Dr. Hellmut Körner

Staatssekretär im Ministerium für Soziales, Gesundheit, Familie, Jugend und Senioren des Landes Schleswig-Holstein, Kiel

Ernst-Wilhelm Rabius

Staatssekretär im Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume des Landes Schleswig-Holstein, Kiel

Jan-Christian Erps

Geschäftsführer der Arbeitsgemeinschaft der Kommunalen Landesverbände, Kiel

Wolf-Rüdiger Janzen

Hauptgeschäftsführer der Vereinigung Industrie- und Handelskammer zu Kiel

Von den Betriebsangehörigen gewählte Mitglieder

Ulrich Adolf, Kiel

Axel Barkow, Trappenkamp

Patricia Friedrichs, Kiel

Knuth Lausen, Kiel

Mandate der Vorstandsmitglieder in Aufsichtsgremien

Lutz Koopmann

MBG Gesellschaft für Wagniskapital
Mittelständische Beteiligungsgesellschaft
Schleswig-Holstein GmbH
Lorentzendamms 21, 24103 Kiel

Thyen, Theilen & Partner AG
Steuer-Beratungsgesellschaft,
Rathausplatz 15, 24937 Flensburg

Dr. Heinz Engelhaupt

Thomas Concrete Group AS
Göteborg, Schweden

Dr. Klaus Rave

Energie Systeme Nord GmbH
Ingenieurunternehmen für
Energie und Umwelttechnik
Lise-Meitner-Straße 25-29,
24223 Raisdorf

RePower-Systems AG
Flughafenstr. 54
22355 Hamburg


Koopmann


Dr. Engelhaupt


Dr. Rave

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang - unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Investitionsbank Schleswig-Holstein, Kiel, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2005 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Vorschriften des IBG liegen in der Verantwortung des Vorstands der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen des IBG und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Kiel, den 11. April 2006

PricewaterhouseCoopers

Aktiengesellschaft

Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

(Schlüter)

Wirtschaftsprüfer

(ppa.Martens)

Wirtschaftsprüfer

**Investitionsbank
Schleswig-Holstein**

Postfach 1128
24100 Kiel
Fleethörn 29-31
24103 Kiel

Tel. (04 31) 99 05-0
Fax (04 31) 99 05-33 83
info@ib-sh.de
www.ib-sh.de

IB.Büros:

Flensburg

Friesische Str. 1-9
(04 61) 14 48 60

Kiel

Fleethörn 29-31
(04 31) 99 05-0

Lübeck

Fackenburger Allee 2
(04 51) 79 98 60

Norderstedt

Rathausallee 31
(0 40) 526 83 00

Ahrensburg

An der Strusbek 60-62
Tel. (0 41 02) 45 82 33

Elmshorn

Ramskamp 71-75
(0 41 21) 47 15 50

Eutin

Königstraße 2
(0 45 21) 77 46 38

Husum

Rote Pforte 10
(0 48 41) 87 20 03

Itzehoe

Hanseatenplatz 5
(0 48 21) 6 77 70

Neumünster

Großflecken 26
(0 43 21) 48 88 30

Rendsburg

Jungfernstieg 25
(0 43 31) 12 25 44

Schleswig

Michaelisstraße/
Carstengang 2
(0 46 21) 98 97 71

Schwarzenbek

(Rathaus)
Ritter-Wulf-Platz 1
(0 41 51) 89 43 90

**Standorte außerhalb
Schleswig-Holsteins:**

Rostock

Grubenstraße 20
(03 81) 4 54 84 52 81

B-Brüssel

50, Rue Wiertz
+32 22 30 72 24

LV-Riga

(in Kooperation mit
der State Regional
Development Agency,
Lettland)
Elizabetes iela 19
+371 735 7368



■ IB.Büros
■ Sprechtage

Herausgegeben
von der Investitionsbank
Schleswig-Holstein
Kommunikation/Marketing
Telefon (0431) 9905-3448
oder (0431) 9905-3507

Fotos
ide stampe
(Oliver Franke,
Hermann Jansen)
Investitionsbank
Schleswig-Holstein

Gestaltung
ide stampe GmbH

Druck
Norddruck Neumann KG

Mittels

INTERREG

Beratungszent

Mittelstandsförderung

Euro Info Centre

Kommunen

EU-Förder